

Kleingewerbe und Nationalsozialismus in einer agrarisch-mittelständischen Region

Das Beispiel Lüneburg 1930—1939

Erst in jüngster Zeit zeigen sich Ansätze, globale Synthesen in der Erklärung des Nationalsozialismus zu überwinden und in überschaubareren, empirisch exakteren Detailuntersuchungen erst einmal die Voraussetzungen für jene Synthesen zu liefern. Auffallend ist dabei, daß in neueren, vor allem regionalgeschichtlichen Studien fast ausschließlich die Aufstiegsphase des Nationalsozialismus behandelt wurde¹, während die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zwar als komplexes Problem erkannt², jedoch bislang kaum einer genaueren Analyse unterzogen worden ist; eine Ausnahme macht allerdings die wichtige Arbeit Masons³.

Sozialgeschichtlich orientierte, schichtenspezifische Untersuchungen, die, von der älteren These Geigers ausgehend, vor allem das Protestpotential im »Mittelstand«⁴ in der expandierenden Industriegesellschaft und dessen Affinität zum Nationalsozialismus herausstellten, sind vielfach über generalisierende Aussagen nicht hinausgekommen. Schweitzers Beitrag zur »Nazifizierung des Mittelstandes« diskutiert insbesondere den Stellenwert des Handwerks im NS-Herrschaftsapparat. Auch Winklers Ansatz greift kaum über organisationshistorische Fragen hinaus, die an einigen großen Gesetzgebungsakten zur Handwerkswirtschaft in den zwanziger Jahren zu beantworten gesucht werden; seine eigentliche Thematik Mittelstand und Nationalsozialismus ist bis 1933 allzu kurz und gerafft geraten, sein Ausblick auf die Jahre 1933–1945 (und darüber hinaus) ist weitgehend kompilatorischer

1 Vgl. u. a. *Jeremy Noakes*, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921 – 1933*, London 1971; *William S. Allen*, »Das haben wir nicht gewollt!« Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 – 1935, Gütersloh 1966; *Wilfried Böhnke*, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920 bis 1933*, Bonn-Bad Godesberg 1974; *Geoffrey Pridham*, *Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923 – 1933*, London 1973; *Eberhard Schön*, *Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen*, Meisenheim 1972; *Falk Wiesemann*, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933*, Berlin 1975; *John Farquharson*, *The NSDAP in Hannover and Lower Saxony 1921 – 1926*, in: *Journal of Contemporary History* 8, 4, 1973, S. 103 – 120; *Donald R. Tracey*, *The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924 – 1930*, in: *Central European History* 8, 1975, S. 23 – 50; *Ellsworth Faris*, *Takeoff Point for the National Socialist Party. The Landtag Election in Baden, 1929*, ebda., S. 140 – 171.

2 *Peter Hüttenberger*, *Nationalsozialistische Polykratie*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2, 1976, S. 417 ff.

3 *Timothy W. Mason*, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 – 1939*, Opladen 1975.

4 Unter »Mittelstand« sollen in der vorliegenden Darstellung insbesondere das Handwerk, der Handel und die Kleinindustrie verstanden werden. – Über die Schwierigkeiten einer nach ökonomischen Merkmalen vorzunehmenden Begriffsbestimmung und die Unzulänglichkeit der dafür verwertbaren statistischen Unterlagen Anfang der dreißiger Jahre vgl. *Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung* 7, 1933, T. A, S. 203 f.

Natur⁵. Eine genauere Bestimmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage mittelständischer Schichten und der Faktoren ihrer Radikalisierung fehlt bisher ganz, sieht man einmal von der älteren Arbeit Heberles ab⁶.

In Anknüpfung an Wulfs Regionalstudie über die schleswig-holsteinische Handwerkswirtschaft⁷ in der Krise und ihre Annäherung an die Nationalsozialisten, die allerdings auch 1933 endet, will der vorliegende Beitrag den Versuch machen, die Beziehung des mittelständischen Gewerbes zum Nationalsozialismus in einer begrenzten Region – dem Gau Ost-Hannover, speziell dem Stadt- und Landkreis Lüneburg – bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu verfolgen. Dabei wird von der These Lipsets ausgegangen, daß vor allem die konkrete Krisensituation nach 1929 entscheidend für den Erfolg der NSDAP gewesen ist⁸. Ausmaß und Intensität der ökonomischen Krise, ihre Rückwirkung auf das politische Bewußtsein und die parteipolitische Orientierung des Mittelstandes stehen dabei im Vordergrund^{8a}.

Weiter soll gefragt werden, ob und in welcher Weise das mittelständische Gewerbe gemäß den propagandistischen Erklärungen der Nationalsozialisten von der Wirtschaftspolitik nach 1933 so begünstigt wurde, daß das Protestpotential gegen das gesellschaftliche und staatliche Ordnungsgefüge wirksam abgebaut werden konnte und womöglich eine Integration resp. Identifikation in oder mit dem neuen Herrschaftssystem nach 1933 stattgefunden hat. In dieser Perspektive will die Studie auch einen kleinen Beitrag zur Erhellung faschistischer Herrschaft liefern, die gerade in letzter Zeit – nach Aufgabe der Totalitarismustheorie – mit Kategorien wie »Polykratie« (Hüttenberger), »Kompetenzanarchie« (Winkler) oder »chaotischer Führungsstruktur« (Tyrell) etc. beschrieben worden ist. Eine solche Detailuntersuchung, die zweifellos nur Vorarbeit für eine systematische Analyse sein kann, bietet die Chance, von relativ homogen bleibenden gesellschaftlichen Beziehungen vor einem relativ einheitlichen ökonomischen Hintergrund ausgehen zu können. Damit sind Interdependenzen, Affinitäten sowie kurz- und langfristige Trends sozial-ökonomischer Entwicklung exakter bestimmbar als in globaler gesamtgesellschaftlicher Betrachtung⁹. Die Orientierung dieser Untersuchung an Handwerk und Kleinindustrie bei Vernachlässigung der Landwirtschaft und des Handels leitet sich von der Tatsache her, daß jene Gewerbe einmal zur ökonomisch tragenden Schicht der Lüneburger Kleinstadtgesellschaft gehörten, zum anderen weil die Quellenlage nur gestattet, differenzierende Aussagen zu diesen Gruppen zu machen.

5 Arthur Schweitzer, Die Nazifizierung des Mittelstandes, Stuttgart 1970; Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972; ähnlich auch Valentin Chesi, Struktur und Funktionen der Handwerksorganisation in Deutschland seit 1933. Ein Beitrag zur Verbandstheorie, Berlin 1966.

6 Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963.

7 Peter Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928 – 1932, Köln/Opladen 1969.

8 Seymour M. Lipset, Nationalsozialismus – ein Faschismus der Mitte, in: Von Weimar zu Hitler 1930 – 1933, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln u. a. 1968, S. 101 ff.

8a Die Verfasser sind Frau Dr. Reinhardt vom Lüneburger Stadtarchiv, Herrn Dr. Brosius vom Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover sowie den Herren Dr. Bacmeister und Dipl.-Volkswirt Linke von der Handwerkskammer Lüneburg – Stade für Auskünfte und Hinweise zu Dank verpflichtet. Frau Ursula Rühaak hat wichtige Vorarbeiten geleistet und ist insbesondere bei der Erstellung des publizistischen Materials behilflich gewesen.

9 David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln 1968 (dt.).

Das empirische Material setzte der Untersuchung insgesamt engere Grenzen, als anfangs vorhersehbar war. Fast alle Akten der örtlichen Industrie- und Handels- sowie der Handwerkskammer sind durch den Zweiten Weltkrieg vernichtet worden. Aber auch andere Überlieferungen sind nur noch beschränkt greifbar. Im Gegensatz zum Handel bietet der höhere Organisationsgrad des Handwerks, etwa in Innungen und regionalen Handwerkerbünden, zwar die Chance faßbarer Selbstaussagen; die Bünde und Innungen vertraten jedoch bei weitem nicht alle Handwerker. Ferner ergaben sich Schwierigkeiten, da Aktenbestände der in der Lüneburger Region ansässigen Innungen ebenfalls durch den Krieg vernichtet worden sind und die Handwerkerschaften ihre Aufbewahrungspflicht von Unterlagen auf 10 Jahre begrenzt hatten. Die Untersuchung stützt sich daher im wesentlichen auf die im Stadtarchiv Lüneburg verwahrten Innungs- und Verbandsakten, die noch vorhandenen Gewerbeakten des Magistrats, die Aktenbestände der Regierung Lüneburg im Hauptstaatsarchiv Hannover, auf die ausführliche Berichterstattung der Lüneburger Presse sowie die überlieferten Geschäftsberichte der Handwerkskammer Harburg-Lüneburg und die der örtlichen Industrie- und Handelskammer. Wichtige Aufschlüsse gaben ferner die amtlichen Reichsstatistiken. Abgerundet wurde dieses Material durch persönliche Informationen von noch lebenden Repräsentanten aus der Lüneburger Wirtschaft und aus den regionalen Parteiorganisationen.

DAS LÜNEBURGER HANDWERK IN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Das Landesarbeitsamt Hannover betonte noch Mitte 1930 die relativ ausgeglichene, krisenresistente regionale Wirtschaftsstruktur der Kleinstadt Lüneburg nach dem Ersten Weltkrieg¹⁰. Als einer der wirtschaftlichen Mittelpunkte und als Verwaltungsmetropole mit dem Sitz des Regierungspräsidenten im nordöstlichen Teil der preußischen Provinz Hannover zeichnete sich die Lüneburger Region insbesondere im Vergleich zu der größeren Stadt Harburg durch ihre diversifizierte wirtschaftliche Infrastruktur aus. Während beispielsweise in Harburg zahlreiche Großbetriebe der verarbeitenden Industrie (Öl- und Gummiwarenindustrie) sowohl beim Bezug von Rohstoffen als auch beim Absatz der produzierten Güter auf das Ausland angewiesen waren und durch die Handelsbeschränkung des Versailler Vertrages schwere Rückschläge hinnehmen mußten, die wiederum nicht ohne Rückwirkung auf den örtlichen Handel und das Handwerk blieben, kennzeichneten die Lüneburger Wirtschaft in den zwanziger Jahren vor allem der von der regionalen Landwirtschaft abhängige Handel und das Kleinhandwerk¹¹.

Die überragende Bedeutung der Landwirtschaft in der Lüneburger Region mit einer Bevölkerungsdichte von 52 Einwohnern auf den qkm (Provinz Hannover 82, Reichsdurchschnitt 133)¹² zeigt die Berufszählung im Juni 1925:

10 *Die Wirtschaftsstruktur im Bezirk des Landesarbeitsamtes Niedersachsen*, Hannover 1930, S. 4 f.

11 *Gustav Luntowski*, *Die Industrie- und Handelskammern und die Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr im Regierungsbezirk Lüneburg*. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Lüneburg am 26. Mai 1966, Lüneburg 1966, S. 69 ff.

12 *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich* 1930, S. 5 f.

*Struktur der Erwerbstätigkeit**

Von je 100 Einwohnern der Gesamtbevölkerung entfielen auf

	Stadtkreis/Landkreis Lüneburg		Stadtkreis Harburg	Reg.-Bez. Lüneburg	Provinz Hannover	Deutsches Reich
Landwirtschaft	1,9	57,5	0,6	36,5	31,7	23,0
Industrie und Handwerk	41,9	20,9	58,2	32,2	33,9	41,3
Handel und Verkehr	24,2	8,3	24,2	15,3	16,9	16,9
Verwaltung	9,0	3,3	4,8	3,8	4,7	5,1
Sonstige	23,0	10,0	12,2	12,2	12,8	13,7
	100	100	100	100	100	100

* *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 408, Berlin 1931, S. 32 ff.

Die Agrarstruktur bestimmten Mittel- und Kleinbetriebe – Großbetriebe mit mehr als 100 ha waren selten –, die vor allem Gemüse für das hamburgische Absatzgebiet anbauten. Ähnliche Produktionsstrukturen kennzeichneten auch das Gewerbe und den Handel. Wie sehr die Landwirtschaft die anderen Wirtschaftsbereiche beeinflusste, zeigen die zahlreichen Groß- und Einzelhandelsbetriebe, die, z. B. im Gegensatz zu Harburg oder Hannover, insbesondere Vieh und Felle, Kartoffeln, Getreide und Gemüse, Futter- und Düngemittel sowie Heu, Stroh etc. vertrieben, wobei charakteristisch für den Großhandel war, daß er seine Geschäfte größtenteils in der näheren Umgebung abwickelte¹³.

Wie der Handel kam auch das Gewerbe über einige mittlere Industriebetriebe nicht hinaus. Mit Ausnahme eines Eisenwerks, das 1925 435 Arbeitnehmer beschäftigte, beruhte die industrielle Produktion auf den spezifischen regionalen Rohstoffen: Die Lüneburger Saline mit rund 270 Arbeitern gewann Speise- und Futtersalze; daneben gab es mit mehr als 50 Arbeitern lediglich einige ländliche Wachsfabriken, die von der Bienenzucht der Lüneburger Heide abhingen, eine Baustoff-, eine Holz-, eine Papierfabrik sowie zwei Tapetenwerke, welche beide zusammen jedoch nur knapp 100 Arbeiter beschäftigten. Ohne tiefgreifende beschäftigungspolitische Auswirkungen überstanden lediglich die Saline, die insbesondere nach Skandinavien exportierte, sowie das Eisenwerk und die Holzfabrik die Weltwirtschaftskrise nach 1929. Die Papier- und Tapetenfabriken gingen bereits 1930/31 in Konkurs, während sich die Baustofffabrik durch den Verkauf umfangreicherer Baugeländes an die Stadt zu Siedlungszwecken im Gegengeschäft für vermehrte Aufträge über Wasser halten konnte. Das Lüneburger Eisenwerk wurde, nachdem die Beschäftigtenzahl von 435 auf 180 bei einem Konkurs im Jahre 1931 zurückgegangen war, von der Lüneburger Stadtparkasse als Hauptgläubigerin der zahlreichen nicht eingelösten Verbindlichkeiten erworben; bereits 1932 sanierten kommunale Hilfen diesen größten Industriebetrieb wieder. Trotz der in jenen Betrieben evidenten Krisenerscheinungen bewog die Vielzahl der kleinen und mittleren Betriebe in den Wirtschaftsbereichen des Lüneburger Raumes und den angrenzenden Gebieten die Landesarbeitsverwaltung dennoch zu ihrer optimistischen Analyse der regionalen Wirtschaftsstruktur, welche einerseits durch die innere Ausgeglichenheit der

13 *Tätigkeitsbericht der Industrie- und Handelskammer Lüneburg für das I. Vierteljahr 1930*, MS, S. 1 ff.; die Geschäftsberichte der Industrie- und Handelskammer Lüneburg liegen entweder gedruckt oder als hektographierte Manuskripte in der Bibliothek der Kammer vor.

verschiedenen Gewerbebezüge und andererseits durch die enge Beziehung von Handwerk und Landwirtschaft gegeben sei¹⁴.

Auffallend bei der Entwicklung des Handwerks vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise war im Bereich der Handwerkskammer Harburg–Lüneburg die wachsende Anzahl der Gewerbebetriebe seit der Vorkriegszeit. Mit nur wenigen Ausnahmen vor allem in den verschiedenen Zweigen des Baugewerbes dominierte der Trend zum Kleinbetrieb ohne oder mit nur wenigen Gesellen, wobei auch ehemals größere Betriebe die Tendenz zur Schrumpfung hatten, eine Entwicklung, die sich in den dreißiger Jahren fortsetzte (Tab. 1, S. 46). Die kontinuierliche Zunahme handwerklicher Kleinstbetriebe entsprach auch der Entwicklung im Reichsdurchschnitt, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Handwerksdichte im Gebiet der Handwerkskammer Harburg–Lüneburg ohnehin über dem Reichsdurchschnitt lag:

	Zahl der Handwerksbetriebe *		Handwerksdichte (Betriebe auf 1000 Einw.)	
	Deutsches Reich	Reg.-Bez. Lüneburg	Deutsches Reich	Reg.-Bez. Lüneburg
1926	1 307 867	15 483	21,0	25,9
1933	1 542 996	17 909	23,7	27,1
1939	1 351 912	11 756 **	19,5	21,2

* *Jahrbuch des Deutschen Handwerks 1935*, Berlin 1936, S. 125 ff.; *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 570, Berlin 1944, S. 58 ff.; *Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 – 1944*, München 1949, S. 8 f.

** Beim Rückgang der absoluten Zahlen ist das Ausscheiden Harburgs (Groß-Hamburg-Gesetz) aus dem Reg.-Bezirk zu berücksichtigen.

Die agrarische und kleinbetriebliche Verfassung der Wirtschaft im Regierungsbezirk Lüneburg spiegelte sich gleichfalls in der Beschäftigungsstruktur wider. Knapp ein Fünftel aller Erwerbstätigen war selbständig. Zusammen mit den mithelfenden Familienangehörigen umfaßte diese Gruppe Mitte der zwanziger Jahre – mit Ausnahme der Stadt Lüneburg – etwas weniger als die Hälfte aller Berufstätigen und überstieg noch die Zahl der Arbeiter, deren Höhe nur im Lüneburger Stadtbezirk die der Selbständigen und deren mithelfenden Angehörigen überstieg (Tab. 3, S. 48).

Auch in der Weltwirtschaftskrise setzte sich jener Trend der expandierenden Zahl kleiner Handwerks- und Handelsbetriebe fort. In Tabelle 2 sind die Veränderungen der Betriebsstruktur nach den Berufszählungen von 1925 und 1933 erkennbar. Generell vermehrten sich die Betriebsstätten im Stadt- und Regierungsbezirk um ca. 15 %, wobei die Zahl der Beschäftigten im sekundären Sektor des Handwerks und der Industrie zurückging, während im tertiären Bereich die Beschäftigtenzahl wohl anstieg, der Anteil der Arbeiter jedoch sank. In den statistisch erkennbaren Großbetrieben der Stadt Lüneburg (Saline, Eisenwerk) wird insbesondere der Beschäftigungsrückgang in Großbetrieben erkennbar. Das Gleiche bestätigen die Ausweise für den Regierungsbezirk mit den Großunternehmen der Harburger Region (chemische Betriebe, Öl- und Gummiindustrie). Insgesamt abgenommen

14 Auch die Handwerkskammer betonte in ihrem Abschlußbericht für 1929, wie sehr sich die »auf soliden Grundlagen aufgebaute Handwerkswirtschaft auch unter den krisenhaften Erscheinungen des Notjahres 1929 bewährt hat«, *Handwerkskammer zu Harburg. Geschäftsbericht für das 4. Kalendervierteljahr 1929*, o. O., S. 1.

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Handwerke 1913–1926 (1937) im Bereich der Handwerkskammer Harburg–Lüneburg*

Hand- werks- zweig	Betriebe		Gesellen (inkl. ungelernete Betriebe mit Gesellen Arbeiter)															
	1913 1926 1937		0		1		2–3		4–5		6–10		11–20		über 20			
	1913	1926	1913	1926	1913	1926	1913	1926	1913	1926	1913	1926	1913	1926	1913	1926		
Schmiede	1 139	1 382	1 443	777	889	553	681	467	601	108	92	7	6	2	—	2	2	—
Schlosser	333	586	302	398	514	166	311	81	154	61	93	11	17	12	10	2	1	—
Klempner	329	497	390	397	468	146	251	109	165	53	58	12	13	7	7	1	2	1
Elektro- installateure	55	229	370	159	344	19	112	14	62	11	38	3	9	5	6	2	1	1
Mechaniker	76	299	352	58	191	46	196	16	67	11	28	2	5	1	2	—	1	—
Tischler	1 471	1 911	2 029	1 625	1 713	738	1 024	420	609	229	214	46	37	27	15	8	8	3
Stellmacher	593	703	708	413	340	331	453	214	214	42	34	2	2	4	—	—	—	—
Maurer	993	1 533	1 623	7 300	7 143	314	656	112	267	212	286	120	117	116	114	69	61	50
Zimmerer	775	1 139	1 264	2 539	2 385	299	519	122	227	154	211	71	78	74	60	41	33	14
Maler	824	1 334	1 707	954	983	400	762	220	414	146	111	34	28	18	13	4	4	2
Schneider	2 534	3 520	5 160	1 052	1 069	1 994	2 942	355	409	124	122	33	26	22	15	6	4	—
Schuster	1 995	2 701	2 876	622	649	1 538	2 162	352	462	92	73	10	4	3	—	—	—	—
Müller	669	791	925	725	623	346	464	235	239	74	69	9	15	5	3	—	—	1
Bäcker	1 252	1 513	1 774	1 049	1 313	545	638	531	649	159	199	13	22	4	5	—	—	—
Schlachter	799	1 019	1 120	528	601	450	605	253	330	85	71	10	8	—	5	1	—	—
Friseure	453	756	1 519	193	374	297	482	125	208	29	60	2	5	—	1	—	—	—

* Ausschluß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, III. Unterausschuß, 8. Arbeitsgruppe, Bd. 2: Das deutsche Handwerk (Statistische Grundlagen), Berlin 1930, fortld.; die Zahlen der Betriebe für 1937 (Stand 1. 1. 1937) aus: Geschäftsbericht der Handwerkskammer Harburg – Wilhelmsburg vom 1. April 1936 bis 31. März 1937, S. 23.

Tabelle 2: Entwicklung der Betriebe in der Lüneburger Region 1925–1933*

	Stadtkreis				Landkreis				Regierungsbezirk									
	Betriebe		Beschäftigte		Betriebe		Beschäftigte		Betriebe		Beschäftigte		davon: Arbeiter					
	1925	1933	1925	1933	1925	1933	1925	1933	1925	1933	1925	1933	1925	1933				
Handwerk und Industrie	774	832	5 750	4 394	4 217	2 448	516	1 323	1 959	3 271	1 368	1 349	15 483	17 909	97 160	70 473	72 855	37 538
Handel und Verkehr	807	981	3 269	3 858	909	882	430	981	708	1 885	128	156	12 904	14 620	39 396	44 157	10 774	9 557
Gesamtzahl	1 581	1 813	9 019	8 252	5 126	3 330	946	2 304	2 667	5 156	1 496	1 505	28 387	32 529	136 556	114 630	83 629	47 095
Gewerbegruppen u. a.:																		
Saline, Torfwerke	1	1	271	229	234	189	1	—	5	—	4	—	69	66	3 666	2 460	3 230	2 108
Steine, Erden	8	12	139	103	117	70	10	17	335	216	304	187	217	197	5 582	2 329	5 067	1 962
Metallgewinnung	1	1	435	338	391	271	—	—	—	—	—	—	1	4	435	420	391	349
Schlosser	46	53	185	162	124	47	47	147	133	307	80	86	1 286	1 544	4 643	3 878	3 087	1 148
Maschinen- und Kfz.-Bau	20	19	169	41	117	5	7	21	44	55	36	15	439	432	5 809	2 328	4 597	1 083
Elektro-Industrie	33	17	110	85	60	23	11	14	18	21	7	4	382	227	1 136	630	617	148
Optische Industrie	15	15	22	22	1	1	11	11	15	15	3	3	—	164	258	—	28	—
Chemische Industrie	6	4	300	211	245	161	2	1	100	5	77	—	85	62	5 215	4 670	4 193	3 602
Textilindustrie	12	11	100	64	80	45	3	8	11	11	8	—	122	129	4 531	1 254	4 150	967
Gummiindustrie	27	1	39	1	5	—	2	—	2	—	—	—	153	27	6 636	3 651	5 772	3 113
Holzindustrie	77	81	1 209	607	1 064	415	86	176	184	297	96	70	2 153	2 126	9 444	5 909	6 844	2 665
Nahrungsgewerbe	108	113	597	738	347	316	74	242	207	640	99	197	2 642	3 142	16 060	16 651	10 851	8 483
Baugewerbe	132	143	1 025	763	793	488	112	274	718	1 109	583	710	2 741	3 259	18 495	13 272	15 107	8 122
Großhandel	87	93	451	485	100	117	52	70	45	110	9	17	1 607	1 357	4 265	4 112	1 309	1 087
Einzelhandel	415	555	1 158	1 563	181	212	121	336	171	559	12	7	5 109	6 870	10 674	14 832	10 191	1 184
Gasstätten	115	117	378	435	179	179	133	242	235	620	43	70	2 848	2 833	5 966	7 682	1 572	1 292

* Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 416, 7 a, Berlin 1929, S. 60 ff.; Bd. 464, 7, Berlin 1935, S. 54 ff.

Tabelle 3: Beschäftigungsentwicklung in der Lüneburger Region*

	Stadtkreis			Landkreis			Regierungsbezirk		
	1925	1933	1939	1925	1933	1939	1925	1933	1939
Landwirtschaft	378	356	313	9 993	17 390	16 971	161 254	155 441	146 679
Handwerk und Industrie	5 864	3 899	5 668	2 462	3 689	5 610	98 121	69 762	86 438
Handel und Verkehr	3 360	3 281	3 806	886	2 040	2 414	41 853	43 358	36 874
Öffentliche und private Dienstleistungen	1 599	1 952	3 747	526	929	2 126	14 053	16 872	27 423
Häusliche Dienste	1 170	787	954	518	375	610	14 358	8 243	9 314
Summe, davon	12 371	10 275	14 488	14 385	24 423	27 731	329 639	293 676	306 728
Selbständige mithelfende Familienangehörige	1 994	1 878	1 610	2 661	5 406	4 864	60 491	62 507	50 463
Beamte	340	506	561	4 579	8 972	9 453	80 883	84 132	84 714
Angestellte	3 312	1 186	1 865	1 075	766	1 522	37 910	12 298	14 455
Arbeiter	5 859	2 078	3 092	5 689	699	964	139 961	21 682	22 639
Hausangestellte	866	758	—	381	365	—	10 394	8 083	—
Gesamtbevölkerung		31 171	35 239		44 103	50 580	597 615	662 281	554 272**

* Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 416, 7 a, Berlin 1929, S. 60 ff.; Bd. 455, 14, Berlin 1936, S. 47 ff.; Bd. 457, 14, Berlin 1943, S. 62 ff.
 ** Durch das Groß-Hamburg-Gesetz war die Stadt Harburg - Wilhelmsburg 1937 aus dem Regierungsbezirk ausgeschieden und in die Großstadt Hamburg eingemeindet worden.

haben im Regierungsbezirk auch die meist größeren Betriebe des industriellen Bereichs, so u. a. in der Industrie der Steine und Erden, d. h. Zementwerke und Ziegeleien, im Maschinenbau, in der Holzindustrie u. a. Demgegenüber haben bei zum Teil abnehmenden Beschäftigtenzahlen Betriebe zur Versorgung des konstanten Konsums sowie solche der »klassischen« Gewerbe zugenommen (Nahrungsgewerbe, Einzelhandel, Schlosser, Bauhandwerker). Auffallend ist, daß in der Krise eine umfangreiche Verlagerung von Betriebsstätten aus dem städtischen Bereich in den Landkreis Lüneburg stattgefunden hat, wobei es sich offenkundig um Kleinstbetriebe handelte. Wohl vermehrten sich z. B. die Gewerbebetriebe im Landkreis von 516 auf 1323 in den Jahren 1925 bis 1933, auch die Zahl der dort Beschäftigten erhöhte sich um mehr als die Hälfte, aber die in diesen Betrieben tätigen Arbeiter und Gesellen vermehrten sich nicht, so daß die statistisch ausgewiesene Erhöhung der Beschäftigung im wesentlichen auf mithelfende Familienangehörige zurückgeführt werden dürfte. Das wird auch vom Anstieg der Beschäftigung im tertiären Bereich auf dem Lande auf fast das Dreifache bestätigt, da mithelfenden Familienangehörigen in der Güterverteilung weniger Grenzen gezogen waren als in der handwerklichen Güterproduktion. Noch deutlicher geht jene Entwicklung aus Tabelle 3 hervor, die zeigt, wie in der Wirtschaftskrise die städtische Beschäftigtenzahl in fast allen Wirtschaftsbereichen zurückging, während sie im Landkreis bis 1933 sowohl vertikal in den Berufsschichten als auch horizontal in den Wirtschaftssektoren rapide anwuchs. Wie stark der Trend auf das Land vornehmlich auf elementarste existentielle Versorgungsbedürfnisse zurückzuführen ist, zeigen die Zunahme der Beschäftigung im Agrarbereich und die Expansion des an keine besondere Qualifikation gebundenen Kleinhandels. Mit Ausnahme der von tradierten Besitzstrukturen bestimmten Landwirtschaft, von der vor allem die höhere Zahl der beschäftigten Arbeiter resorbiert wurde, dürften in den anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Handwerk und im Handel, arbeitslose Gesellen oder sonstige Berufslose einen letzten Versuch gesehen haben, als Selbständige durch die Krise zu kommen, worauf die Verdoppelung der Selbständigenzahl und mittelbar auch die der mithelfenden Familienangehörigen hinweist¹⁵.

Jene Verlagerung war bereits Mitte der zwanziger Jahre eingeleitet worden. Als Beitrag zur regionalen Strukturpolitik hatte der Lüneburger Regierungspräsident arbeitslosen Handwerkern vor allem aus den übersetzten Branchen mit umfangreichen Krediten die Ansiedlung auf dem Lande schmackhaft zu machen gesucht¹⁶. Während der Krise verselbständigte sich dieser Prozeß, da das Landhandwerk in der Depression sich offensichtlich besser stand als der städtische Betrieb, denn einerseits verfügten die dort bodenständigen Handwerke größtenteils über ländliche Kleinwirtschaften zur Selbstversorgung, andererseits wurde das Landhandwerk – bei den verminderten Umsätzen zu beiderseitigem Vorteil – von der Landwirtschaft häufig zur Schwarzarbeit angefordert. In den Handwerksinnungen beobachtete man dieses Geschäftsgebaren nach Ausbruch der Krise mit immer größerem Mißtrauen und schob dafür die Verantwortung den neuen Selbständigen zu, denen die eingessenen Handwerksmeister ohnehin den »kollegialen Geist« absprachen, insbesondere dann, wenn jene sich ohne Meisterbrief selbständig gemacht hatten¹⁷.

15 Zur Entwicklung im Deutschen Reich vgl. *Rudolf Schraut u. a.*, *Das Handwerk in Staat und Wirtschaft*, Berlin 1938, S. 258; *Joachim Tiburtius*, *Der deutsche Einzelhandel im Wirtschaftsverlauf und in der Wirtschaftspolitik von 1925 – 1935*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 142, 1935, S. 566 ff.

16 *Handwerkskammer zu Harburg. Geschäftsbericht 3/1927*, S. 10.

17 Vgl. *ebda.*, 1/1928, S. 1; 1/1931, S. 8; 3/1931, S. 7.

Verfolgt man den Trend der Beschäftigung im Raum Lüneburg weiter bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, so wird gerade für das Handwerk – neben den öffentlichen und häuslichen Diensten – eine gegenüber den anderen Sektoren überproportionale Zunahme der Beschäftigung erkennbar. Die Berufszählung von 1939 weist dabei eine Abnahme der Selbständigen aus, die im Stadtkreis dem Trend seit Mitte der zwanziger Jahre entsprach; im Landkreis jedoch lag die Zahl der Selbständigen trotz Abnahme weit über den Ergebnissen der Berufszählung von 1925. Einerseits dürfte diese absolute Abnahme auf die von den Handwerksorganisationen in den Jahren der Weimarer Republik immer wieder geforderte und dann von den Nationalsozialisten praktizierte rigide Handwerkspolitik, so z. B. die Einführung des »Großen Befähigungsnachweises«, der den selbständigen Betrieb eines Handwerks an die erfolgreiche Meisterprüfung band¹⁸, zurückzuführen sein. Andererseits erscheint der relative Zuwachs gegenüber den zwanziger Jahren offensichtlich als Indiz für jene von der preußischen Regierung eingeleitete und von den Nationalsozialisten fortgesetzte Infrastrukturpolitik zur Auflockerung der handwerklichen Ballungsgebiete in den Kleinstädten. Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang, ob sich die handwerkliche Mittelstandspolitik der Nazis nicht auf diejenigen Maßnahmen beschränkte, deren vorrangiges Ziel im Abbau des sozialen Protestpotentials bestand, ohne daß gezielte wirtschaftliche Förderungen langfristig eingeleitet werden mußten.

Während in den Jahren der relativen Stabilität die wachsende Zahl der Betriebe auch wachsende Umsätze verbuchen konnte – das Handwerk konnte von 1924 bis 1928 seinen Umsatz um rund 50 % erhöhen¹⁹ –, mußten sich nach Ausbruch der Krise die weiterhin zunehmenden Betriebe, allerdings mit verminderter Gesamtmenge der Lohnabhängigen, die sinkenden Umsätze teilen:

*Umsätze und Gewinne im deutschen Handwerk 1928–1935**

	Umsätze		Gewinne	
	Mrd. RM	1928 = 100	Mrd. RM	1928 = 100
1928	18,8	100	3,1	100
1929	18,4	98	2,5	81
1930	16,1	86	2,1	68
1931	12,2	65	1,5	48
1932	9,4	50	1,1	35,3
1933	10,1	54	1,4	45
1935	14,5	77	1,8	57

* *Walter Weise*, Der Haushalt der Handwerkswirtschaft. Einnahmen und Ausgaben des deutschen Handwerks in den Jahren 1928 bis 1933, Hannover o. J., S. 65 ff. Die Zahlen dieser Verbandsuntersuchung scheinen insgesamt erheblich unter den tatsächlichen Ergebnissen angesetzt zu sein; vgl. dazu Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung 7, 1933, T. A., S. 203 ff.; *Ulrich Müller*, Die Entwicklung des Handwerks in den letzten Jahren unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Handwerkspolitik und Handwerksgesetzgebung, Phil. Diss. Berlin 1938, S. 111 f.

18 3. Verordnung über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 18. 1. 1935, RGBl. 1935, I, S. 15.

19 *Emil Grünberg*, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung, Leipzig 1932, S. 82; *Winkler*, S. 30.

Bei solchen Übersichten ist jedoch zu berücksichtigen, daß die verschiedenen Gewerbegruppen nicht einheitlich von diesem konjunkturellen Rückgang getroffen wurden. Die Zweige des starren Bedarfs (Nahrungsgewerbe) mußten gegenüber denen des elastischen Bedarfs eine relativ konstante Nachfrage befriedigen. Auch regional wirkte sich die Krise unterschiedlich aus. Die ausgeglichene Wirtschaftsstruktur der agrarisch-kleingewerblichen Lüneburger Region bestätigte sich auch in der Weltwirtschaftskrise, als die dortigen Umsätze deutlich über denen im Reichsdurchschnitt lagen; erst 1938 überschritten sich die beiden entsprechenden Umsatzkurven wieder²⁰.

Für die Entwicklung des schleswig-holsteinischen Handwerks, welches wie das in Lüneburg eng mit der Landwirtschaft verbunden war, ist P. Wulf in seiner Detailuntersuchung bereits zu ähnlichen Ergebnissen gekommen²¹. In einigen wesentlichen Punkten unterschied sich die Lage des Lüneburger Kleingewerbes jedoch von der des schleswig-holsteinischen, die auch eine Erklärung für den verschieden verlaufenen Aufstieg der NSDAP in diesen beiden Gebieten liefern könnten. Wulf betont, daß vor allem die landwirtschaftliche Notlage Aufträge für das Handwerk immer weiter einschränkte. Im Zeichen der Kreditkrise führten dessen weiterlaufende Verbindlichkeiten bei steigenden Zinslasten im Vergleich zum Einkommen zu wachsenden Spannungen²². Bei dieser Sachlage verwundert, daß die Expansion des Kleinhandwerks in Lüneburg gerade in die ländlich-agrarischen Bezirke stattfand. Sicher bot das kleinstädtische handwerkliche Ballungsgebiet für die vielen »neuen« Selbständigen kaum Aussicht auf wirksame Geschäftserfolge oder mindestens die Sicherung des Lebensunterhalts. Ein wichtiger Grund scheint jedoch die besondere Lüneburger Agrarstruktur gewesen zu sein, die mit ihrer überwiegend auf den Großraum Hamburg ausgerichteten Gemüse- und Kartoffelproduktion im Gegensatz zur schleswig-holsteinischen Veredelungswirtschaft relativ günstiger die Krise überstand. Die Agrarproduktion hatte sich im Deutschen Reich von 1928 = 100 auf 106 im Jahre 1932 erhöht, der Nettoerzeugungswert agrarischer Erzeugnisse war jedoch im gleichen Zeitraum um 30 % gesunken²³. Besonders betroffen wurde davon die hochwertigere Viehwirtschaft²⁴, da die Verkaufspreise für die veredelten tierischen Produkte angesichts der geringen Massenkauflkraft schneller fielen als die der pflanzlichen Nahrungsmittel²⁵. Die Krise hat daher auch die Lüneburger Landwirtschaft und damit das regionale Kleingewerbe relativ weniger hart getroffen als das Gewerbe in der anders strukturierten Provinz Schleswig-Holstein oder in den großstädtischen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit bzw. niedriger Massenkauflkraft.

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE DER LÜNEBURGER INDUSTRIE NACH 1930

Zur Charakterisierung der wirtschaftlichen Lage der Industrie in der Krise sei exemplarisch der in Lüneburg größte Gewerbebetrieb, das Lüneburger Eisenwerk, herausgegriffen. An dessen Entwicklung vor 1933 wird insbesondere deutlich, daß sich der Kriseneinbruch auch

20 Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 43: *Die Umsatzentwicklung in den Oberfinanzbezirken von 1928 bis 1938*, Berlin 1941, S. 42 f.

21 Wulf, S. 90.

22 *Ebda.*, S. 50 und 120.

23 *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, Berlin 1935, S. 46.

24 Vgl. dazu Heberle, S. 124 ff.

25 Im Vergleich zum Vorjahr waren 1932 die Großhandelspreise für Schlachtvieh um 21 %, für tierische Erzeugnisse um 13 % und für pflanzliche Nahrungsmittel um 6 % gesunken; *Wirtschaft und Statistik* 13, 1933, S. 44.

im industriellen Bereich relativ geringer zuspitzte als in den Ballungsgebieten wie z. B. der Harburger Region. Eine wichtige Rolle spielten dabei die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der öffentlichen Verwaltung, die schon vor Ausbruch der Depression ähnlich wie in der Handwerkspolitik mit gezielter finanzieller Förderung bei Ansiedlung und Ausbau verarbeitender Industriebetriebe die regionale Beschäftigungsstruktur zu verbessern suchte²⁶.

Am Lüneburger Eisenwerk, dem ältesten ortsansässigen industriellen Großbetrieb schon aus der Frühzeit der Industriellen Revolution, Aktiengesellschaft seit 1857, wird beispielhaft sichtbar, wie die diversifizierte provinzielle Kleinproduktion relativ flexibel auf die verschiedenen Konjunkturschwankungen in den zwanziger Jahren reagierte. Darüber hinaus zeigt die Geschäftspolitik des Werkes in prägnanter Deutlichkeit die Eigentümlichkeiten, denen die deutsche Industrie nach dem Ersten Weltkrieg gegenüberstand, und sie macht zudem deutlich, wie sehr die direkten Folgen des Krieges für enorme Gewinne genutzt werden konnten.

Seit der Werksgründung hatte sich das Aktienkapital ebenso wie das der Saline, des anderen vergleichbaren Großbetriebes, weit gestreut im Besitz des örtlichen Handwerks befunden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten während der Hungerjahre im Ersten Weltkrieg zwangen viele Handwerker zum Verkauf ihrer Anteile. 1917 kaufte sich die Deutsche Evaporator AG des cleveren Finanziers Paul Litwin, in deren Aufsichtsrat unter anderem auch Stresemann und Schacht saßen²⁷, als Mehrheitsaktionär in Lüneburg ein, und damit begannen die Probleme für das Werk, das trotz kontinuierlich voller Auftragsbücher und reichlicher Gewinne 1931 Konkurs anmelden mußte. Nach 1918 machte das Eisenwerk zunächst hohe Sonderprofite beim Aufkauf großer Mengen als Schrott deklariertes Kriegsmaterialien, die auf dem nahegelegenen Truppenübungsplatz Munster lagerten und mit kräftigem Aufschlag an die junge nationale Industrie der Tschechoslowakei veräußert wurden. Schwere Rezessionen in den angelsächsischen Ländern begünstigten zudem den Absatz von Spezialöfen und Rohgußformen nach England trotz aller handelspolitischen Beschränkungen des Versailler Vertrages. Diese in der Nachkriegsinflation ertragreichen Exporte verschafften dem Eisenwerk erhebliche Deviseneinnahmen, ohne daß es jedoch darüber verfügen konnte. In regelmäßigen Abständen mußten die in der Inflation begehrten Devisen an die Muttergesellschaft in Berlin abgeführt werden, welche dem Eisenwerk in wertloser Papiermark zum Tageskurs gutgeschrieben wurden. Auch nach der Währungsstabilisierung profitierte das Werk finanziell nur wenig von den steigenden Aufträgen in der Rationalisierungskonjunktur seit 1924. Für den Binnenmarkt wurden vor allem auf steigende Nachfrage stoßende Rohgußformen für den Maschinenbau und Fertigprodukte wie Badewannen, Waschbecken etc. hergestellt. Aus dem Export zog das Eisenwerk auch weiterhin überdurchschnittliche Gewinne. Sogenannte »Reparationsaufträge« wurden nur zu erhöhten Preisen ausgeführt, und für die Ausfuhr von Milchmaschinen in die Sowjetunion wurden gar doppelt so hohe Preise wie auf dem Binnenmarkt verlangt. Gerade die sogenannten »Russenexporte« mit staatlicher Bürgschaft boten für die deutsche Industrie nach 1926 kontinuierliche und vor allem risikofreie Absatzmöglichkeiten²⁸.

Trotz jener günstigen Umsätze und hoher Gewinnspannen mußte das Eisenwerk 1928 einen

26 Zu den Offerten des Magistrats an verschiedene mittlere Industriebetriebe im Deutschen Reich für eine Ansiedlung in Lüneburg vgl. Stadtarchiv (St. A.) Lüneburg, Nr. VI A, Nr. 19.

27 Hans W. Gatzke, Stresemann und Litwin, in: VZG 5, 1957, S. 76 ff.

28 Zu den sogen. »Russenkredit« vgl. B. Puchert, Die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen 1918 bis 1939, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, S. 11 ff.

Vergleich schließen und im Oktober 1931 hochverschuldet Konkurs anmelden, der nur mittelbar auf die Auswirkung der Krise zurückzuführen war. Nach der Stabilisierung hatte die Deutsche Evaporator Gesellschaft ihre aus der Inflation stammenden spekulativen Aufkäufe mit umfangreichen Zuschüssen stützen müssen. In der »Reinigungskrise« im Winter 1925/26 konzentrierte sie im Rahmen der Kostenrationalisierung die Produktion, das Feuerungsgeschäft wurde hierbei u. a. an die Brown Boveri & Cie verkauft. Dennoch konnten die Verbindlichkeiten der verschiedenen Zweigwerke nicht abgebaut werden. Die Evaporator AG verlegte daraufhin 1926/27 ihre Hauptverwaltung von Berlin in das finanziell konsolidierte Werk nach Lüneburg und übertrug dabei einen Schuldenberg, bei dem rund 200 000 RM allein aus Steuerrückständen stammten, unter dem das Eisenwerk finanziell zusammenbrach²⁹. Zunächst konnten die Raten für den Vergleich noch gezahlt werden, doch nach Ausbruch der Krise und zurückgehenden Aufträgen konnten die Annuitäten den Betriebsmitteln nicht mehr entnommen werden. Im Konkurs Ende 1931 übernahm die städtische Sparkasse als Hauptgläubigerin den Betrieb³⁰. Durch Gewährung langfristiger Steuerstundungen und günstiger öffentlicher Kredite, die nach den Kalkulationen des Magistrats für die öffentliche Hand billiger waren als die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung bei Betriebsstillegung³¹, gelang es, die Produktion in einem Umfang aufrechtzuerhalten, der die Belegschaft nur für kurze Zeit um mehr als die Hälfte sinken ließ. Die Zahl der Beschäftigten war Ende 1931 von 435 auf 180 abgefallen, 1932 war sie jedoch schon wieder auf mehr als 300 gestiegen.

Im Februar 1932 verpachtete die Sparkasse das Eisenwerk an Harry Behrens, einen ehemaligen Direktor, zu günstigen Konditionen. Sofern er die Pachtbeträge, die auf den Einstandspreis bzw. die Verbindlichkeit bei der Sparkasse als Tilgung gutgeschrieben wurden, innerhalb eines Jahres regelmäßig abführen würde, wollte die Sparkasse auf die zahlreichen zweitrangigen Hypotheken auf den verschiedenen Grundstücken verzichten. Durch Lohn- und Gehaltskürzungen konnten diese Auflagen erfüllt werden, und im Sommer 1933 wurde Behrens das Werk für einen minimalen Preis zum Kauf angeboten³². Inzwischen hatten nämlich verschiedene Großunternehmen, so u. a. die Buderusschen Eisenwerke, Interesse an einer billigen Übernahme des fallierten Werkes gezeigt, um es anschließend zur Ausschaltung der Konkurrenz stillzulegen. Diesen Plänen kam der Magistrat mit dem Verkauf an Behrens zuvor. Damit industrielle Arbeitsplätze erhalten blieben, schrieb der Magistrat den größten Teil seiner Forderungen an das Eisenwerk in den Verhandlungen und Verträgen mit Behrens ab.

Von Behrens wurde in den Jahren seit 1932/33 insbesondere das Südosteuropa- und Levante-Geschäft aktiviert, das bereits 1935 fast zur Verdoppelung der Rohgußerzeugung gegenüber der Boomphase Mitte der zwanziger Jahre führte³³.

Wie der relative Ausgleich zwischen Stadt und Land im Kleinhandwerk und im Handel und insbesondere die Resorbierung eines Teiles der in der Stadt nach 1929 freigesetzten

29 Zu den Steuerschulden der Evaporator Gesellschaft und den Versuchen Litwins, über Stresemann einen Nachlaß des Reichsfinanzministeriums zu erwirken, vgl. *Gatzke*, a. a. O., S. 87.

30 St. A. Lüneburg, II Hi, Nr. 1, Sparkasse der Stadt Lüneburg am 5. 10. 1931 an Magistrat.

31 Ebda., Notiz des Magistrats ohne Datum (Ende 1931).

32 Ebda., Vermerk für den Oberbürgermeister vom 4. 2. 1938.

33 Diese Angaben und die Daten zur Entwicklung des Unternehmens seit dem Ersten Weltkrieg verdanken wir dem ehemaligen Finanzdirektor W. Rückert und dem früheren Verkaufschef O. Lange, die uns am 6. 1. 1977 hilfsbereit Auskunft gaben. Die Darlegung der Geschäftspolitik des Eisenwerks nach 1918 fügt sich bruchlos ein in die Ausführungen Gatzkes zu den Geschäftspraktiken Litwins.

Arbeitskräfte in der relativ ertragreichen Landwirtschaft funktionierte, so scheint auch am Beispiel des Lüneburger Eisenwerks deutlich zu werden, daß im großbetrieblichen Bereich die Kriseneinbrüche – vor allem dank öffentlicher Hilfen – ebenfalls einigermaßen gering blieben. Im ersten Krisenjahr von 1929 auf 1930 hatten sich die Konkurse in Lüneburg gegenüber den Vorjahren zunächst sogar noch verringert. Insgesamt stiegen die Geschäftsaufsichten und Insolvenzen nach 1930 im Bereich der Industrie- und Handelskammer Lüneburg gegenüber den Jahren der Stabilisierung wohl erheblich an, sie nahmen für den Raum Lüneburg jedoch kein signifikantes Ausmaß an³⁴. Die günstige wirtschaftliche Lage Lüneburgs wird auch von den Steuereingängen des Finanzamtes im Vergleich zu denen Harburgs veranschaulicht. Insbesondere die Lohnsteuer brachte in Lüneburg nicht nur vergleichsweise kontinuierliche Erträge während der Krise, sondern sie zeigte auch weniger scharfe Schwankungen als das Aufkommen in der Industriestadt Harburg mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit:

*Steueraufkommen im Rechnungsjahr in RM je Kopf der Bevölkerung**

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
<i>Finanzamt Lüneburg</i>								
Lohnsteuer	10,1	10,3	11,7	11,6	10,6	10,6	8,4	8,3
Einkommensteuer	10,7	10,3	9,9	10,6	9,9	7,2	4,0	3,1
Körperschaftsteuer	1,6	1,0	1,3	1,8	2,2	1,4	1,2	1,2
Vermögensteuer	2,9	3,8	3,9	5,0	3,9	3,1	2,8	2,9
Summe	25,3	25,4	26,8	29,0	26,6	22,3	16,4	15,5
Umsatzsteuer	9,5	9,2	10,1	11,0	11,0	9,9	13,3	15,7
<i>Finanzamt Harburg</i>								
Lohnsteuer	34,2	41,7	37,4	37,4	30,3	24,9	17,1	17,2
Einkommensteuer	22,1	21,7	27,0	19,7	24,4	19,6	8,0	6,3
Körperschaftsteuer	9,2	3,2	8,2	10,1	8,1	— 0,2	4,8	4,6
Vermögensteuer	4,6	8,6	6,1	7,8	6,0	5,1	3,8	4,1
Summe	70,1	75,2	78,7	75,0	68,8	49,4	33,7	32,2
Umsatzsteuer	13,8	16,0	17,0	16,6	16,0	14,9	18,2	23,4

* Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 39: *Die Steuerleistungen der Finanzamtsbezirke in den Rechnungsjahren 1926 bis 1938*, Berlin 1941, S. 70 ff.

Auffallend bei den anderen Einkommensteuern sind gegenüber den Trends bei der Lohnsteuer deren rund siebzigprozentige Rückgänge insbesondere auch in der agrarischen Lüneburger Region, die – hier nicht zu thematisierenden – gewaltigen Schwankungen der Körperschaftsteuer bereits vor Ausbruch der Krise sowie der steigende Anteil der den Massenverbrauch belastenden Umsatzsteuer, deren Tarif in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 heraufgesetzt worden war³⁵.

³⁴ *Tätigkeitsbericht der Industrie- und Handelskammer Lüneburg für das III. und IV. Vierteljahr 1931*, MS, S. 6; Luntowski, S. 74.

³⁵ RGBl. 1931 I, S. 699 ff.

Ähnlich wie beim Eisenwerk verfuhr der Magistrat auch bei einem anderen Großbetrieb, der Sperrholzfabrik J. Behrens und Sohn AG (Ibus). Im Mai 1931 teilte die Hauptverwaltung in Potsdam dem Magistrat mit, daß sie sich mit dem Gedanken trage, ihren Sitz an den Ort ihres Zweigwerkes in Lüneburg zu verlegen, und sie fragte an, welche steuerlichen Vergünstigungen bei der Bereitstellung von neuen Arbeitsplätzen für abhängig Beschäftigte mit einem Jahreseinkommen von insgesamt rund 220 000 RM zu erwarten seien³⁶. Die Stadtverwaltung erklärte sich bereit, für fünf Jahre auf 50 % der steuerlichen Mehreinnahmen aus der gemeindeeigenen Gewerbeertragsteuer, die mit der Sitzverlegung aufkommen würden, verzichten zu wollen.

Für die Verhandlungen von Magistrat und Unternehmen, die sich bis 1936 hinzogen, ist nun interessant, welche Änderungen und insbesondere welche Gewichtsverlagerungen im Auspielen von Machtpositionen die Verhandlungsführung bestimmten. In den Gesprächen während der Krise 1931/32 gelang es Ibus, dem Magistrat mit dem Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen, mit geschickter Hinhaltetaktik oder der Drohung günstigerer Angebote aus anderen Gemeinden sukzessive immer weitere steuerliche Zugeständnisse abzurufen. Wurde ursprünglich die Ermäßigung der Gewerbeertragsteuer auf 50 % für 5 Jahre eingeräumt, gewährte der Magistrat auf weitere Bedingungen von Ibus, die erfüllt werden mußten, »um uns zu der Sitzverlegung unserer Verwaltung nach Lüneburg zu veranlassen«³⁷, dem Unternehmen das Recht, in dem fünfjährigen Zeitraum nur den Teil der Steuer abzuführen, der 6 000 RM übersteigen würde³⁸. Auf nochmalige Vorstellungen hin konzedierte die Verwaltung endlich, die in 5 Jahren summierten 30 000 RM Steuernachlaß auch auf andere Art, etwa durch Ermäßigung anderer Gemeindeabgaben, gewähren zu wollen³⁹. Der im Oktober 1932 geschlossene Vertrag schrieb schließlich diese gravierenden Änderungen fest. Von konjunkturabhängigen Steuerermäßigungen war keine Rede mehr, dem Unternehmen wurde vielmehr ein auf 5 Jahre verteilter Zuschuß von 30 000 RM eingeräumt⁴⁰.

Im konjunkturellen Aufschwung nach dem ersten NS-Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 1. Juni 1933, das vor allem den Letztverbrauch anregte (Ehstandsdarlehen, Instandsetzung von Wohnungen etc.)⁴¹, konnte auch Ibus zahlreiche neue Arbeitskräfte über den Krisenbestand von 175 Beschäftigten hinaus einstellen, die dem Magistrat im Jahre 1933 mehr als 12 000 RM Wohlfahrtskosten ersparten⁴². Im Sommer 1936 nahm sich die nationalsozialistische Stadtverwaltung das Abkommen mit Ibus erneut vor. Aus einem Vermerk werden die inzwischen vollzogene Machtverschiebung und die Relativierung der Rechtsnormen offenkundig. Für den Oberbürgermeister Mohrmann war der Vertrag, »wenn er überhaupt damals rechtsgültig gewesen ist, heute völlig anders zu beurteilen, weil sich die tatsächliche und die Rechtslage vollkommen verschoben« hätten. Im derzeitigen Konjunkturaufschwung stehe die Firma Ibus, »da sie in ganz erheblichem Maße an der Kriegsindustrie beteiligt ist«, finanziell sehr günstig da. Im übrigen bezweifelte er, ob der Vertrag überhaupt finanzielle Vorteile für die Stadt gebracht habe, wobei er gleichzeitig seine

36 St. A. Lüneburg, II Hi, Nr. 3, Ibus am 8. 5. 1931 an Oberbürgermeister Schmidt.

37 Ebda., Ibus am 23. 9. 1932 an Magistrat.

38 Ebda., Magistrat am 21. 9. 1932 an Ibus.

39 Ebda., Magistrat am 28. 9. 1932 an Ibus.

40 Ebda., Vertrag zwischen Ibus und der Stadt Lüneburg vom 17. 10. 1932.

41 Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, S. 464 ff.

42 St. A. Lüneburg, II Hi, Nr. 3, Vermerk des Wohlfahrtsamtes vom 8. 4. 1935.

Kritik am bürgerlichen Magistrat der »Systemzeit« verdeutlichte⁴³. Die Rechtsabteilung wurde beauftragt zu prüfen, ob das Abkommen nicht überhaupt für nichtig erklärt werden könne⁴⁴.

Nachdem ein ausführliches Rechtsgutachten die Rechtmäßigkeit des Vertrages bejaht und dessen Aufhebung nur im Wege gütlicher Einigung für denkbar gehalten hatte⁴⁵, versuchte es der Oberbürgermeister mit Einschüchterung. Entgegen dem Votum der Juristen erklärte er dem Unternehmen, daß der Vertrag den Genehmigungspflichten des Kommunalabgabengesetzes nicht entsprochen habe und deshalb nichtig sei. Ibus solle erklären, wie es sich die Rückzahlung der bisher unrechtmäßig gewährten Zuschüsse vorstelle⁴⁶. Das Unternehmen fiel auf diesen Bluff jedoch nicht herein. Mit dem Hinweis auf sein »restloses und opferwilliges Eingehen auf die sehr weitgehenden Wünsche des Reichsluftfahrt-Ministeriums« lehnte es die Diskussion um den Vertrag ab⁴⁷. Der diskrete Hinweis auf die Kontakte zu den »höchsten Stellen« in Berlin stoppte die Insinuationen des Oberbürgermeisters. In einer servil gehaltenen Antwort erklärte er alles für ein Mißverständnis und betonte seinen Wunsch, »die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft enger zu gestalten. Gerade Ihr Antwortschreiben beweist, wie unerlässlich notwendig ein besseres gegenseitiges Verständnis für die zu erfüllenden Aufgaben ist«⁴⁸.

KLEINGEWERBE UND NATIONALSOZIALISMUS

Die Bedeutung der Konjunkturlage für den Aufstieg des Nationalsozialismus⁴⁹ wird auch von der politischen Entwicklung in Lüneburg während der Weltwirtschaftskrise bestätigt. Im Gegensatz zu den bisher in Analysen von Noakes, Heberle und Wulf behandelten agrarisch-kleingewerblichen Regionen des südlichen Niedersachsen und Schleswig-Holsteins hat jene relativ ausgeglichene ökonomische Lage erst mit erheblichem »lag« zum Aufstieg des Nationalsozialismus geführt, wobei zu klären sein wird, ob die »Panik im Mittelstand«⁵⁰ in der Lüneburger Region nicht wesentlich durch exogene Faktoren, etwa durch die propagandistische Beeinflussung des überregionalen Nordwestdeutschen Handwerkerbundes (NWHB), bewirkt worden ist. Bereits seit Frühjahr 1929 verschärfen sich in verschiedenen Bezirken der nördlichen preußischen Provinzen die Proteste des Mittelstandes, der sich wirtschaftlich bedroht fühlte⁵¹. Früh gewannen in jenen Gebieten auch die Nazis eine nennenswertere Anhängerschaft. In Schleswig-Holstein stieg der Stimmenanteil der Nationalsozialisten seit den Wahlen zum Provinziallandtag im November 1929 bis zu den Reichstagswahlen im September 1930 von 3,3 % auf 29,7 %, und im südlichen Hannover hatten die Wahlen zur Göttinger Bürgerschaft bereits 1929 den bis dahin größten Stimmengewinn

43 Ebda., Vermerk des Oberbürgermeisters vom 18. 6. 1936.

44 Ebda.

45 Ebda., Rechtsrat Heinze am 27. 6. 1936 an OB.

46 Ebda., OB am 3. 7. 1936 an Ibus.

47 Ebda., Ibus am 7. 9. 1936 an OB.

48 Ebda., Antwort des OB von 8. 9. 1936.

49 Dazu vgl. Werner Kaltefleiter, *Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, Köln/Opladen 1966, S. 36 ff.; Heinrich Bennecke, *Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus 1918 - 1938*, München/Wien 1970.

50 Theodor Geiger, *Panik im Mittelstand*, in: *Die Arbeit* 7, 1930, S. 648 ff.

51 Heberle, S. 154 ff.; Wulf, S. 46 ff.; zu den Massendemonstrationen von Bauern, Handwerkern und Einzelhändlern in Aurich im Januar 1928 vgl. Noakes, S. 108 ff.

der NSDAP nach Coburg gebracht. Ähnliche Ergebnisse finden sich auch bei den Landtagswahlen in Braunschweig. In den Reichstagswahlen 1930 stieg der Stimmenanteil der NSDAP in den niedersächsischen Kreisen von 4,5 % im Jahre 1928 auf 23 % an und lag damit wie auch in Schleswig-Holstein erkennbar über dem Reichsdurchschnitt von 18,3 %⁵². Vergleichbare Steigerungen lassen sich demgegenüber für den Lüneburger Raum nicht feststellen. Bis 1931 gab es kaum nennenswerte mittelständische Proteste, und bei den Reichstagswahlen 1930 lagen die Ergebnisse für die NSDAP mit 16,6 % nicht nur unter dem Reichsdurchschnitt, sondern auch unter denen der Stadtkreise, deren Wähler gemeinhin mehr zu den sozialistischen Parteien tendierten (Hannover 20,6 %, Emden 23,4 %, Wilhelmshaven 24,4 %) ⁵³. Absolut ist allerdings die Flucht aus den bürgerlichen Parteien auch in Lüneburg unverkennbar. Signifikant für die sich 1930 erst andeutende Radikalisierung sind insbesondere die Wahlergebnisse der Welfenpartei (Deutsch-Hannoversche Partei), die in Niedersachsen in den zwanziger Jahren einen erheblichen Prozentsatz des ländlichen Protestpotentials gegen das »rote Berlin« band. Ihr Stimmenanteil ging nur unerheblich zurück und lag mit rund 18 % weit über dem niedersächsischen Durchschnitt von 8,5 %:

*Reichstagswahlergebnisse 1930 in Lüneburg**

	Wahlkreis LG-Stadt		Wahlkreis LG-Land	
	1928	1930	1928	1930
SPD	6 122	5 648	3 094	2 741
DNVP	1 504	1 017	1 649	1 224
KPD	1 886	2 463	607	779
DVP	2 972	1 711	856	451
Deutsche Staatspartei	1 111	1 346	524	484
Wirtschaftspartei	835	917	137	295
NSDAP	187	2 870	119	2 590
Welfen	1 088	1 049	2 779	2 518
Bauern- und Landvolkpartei	48	34	438	337
Christlich-soziale Reichspartei	—	209	—	82
Deutsche Bauernpartei	7	6	64	59
Christlich-sozialer Volksdienst	—	315	—	341
Haus- und Grundbesitzer	—	99	—	14
Zentrum	262	247	62	75

* Lüneburger Anzeigen (LA) vom 15./16. 9. 1930. Zahlen nach der Reichsstatistik überprüft.

Bis Ende 1930 weisen die politischen Verlautbarungen des Lüneburger Gewerbes noch auf keine Radikalisierung dieser Schichten hin. Von der Handwerkskammer wurden im Herbst 1930 die zurückgegangenen Auftragseingänge nicht primär auf die Krise, sondern auf die »Verworrenheit« der innenpolitischen Lage nach den Reichstagswahlen bzw. auf die Gewinne der NSDAP zurückgeführt. Aus dem »Gefühl der Unsicherheit« über die nächste politische Zukunft habe sich das Publikum mit Bestellungen zurückgehalten ⁵⁴. Die Kritik

⁵² Noakes, S. 152 ff.; Wulf, S. 97.

⁵³ Noakes, S. 154.

⁵⁴ Handwerkskammer zu Harburg. Geschäftsbericht 3/1930, S. 1.

der Geschäftsleute am öffentlichen Finanzgebaren der Stadt und am gesamten Steuersystem, das vermeintlich die Kapitalbildung bzw. die Werterhaltung der Wirtschaft unmöglich mache, entsprach noch ganz den stereotypen Argumentationen, wie sie seit der Währungsstabilisierung immer wieder von organisierten Interessenten geäußert worden waren⁵⁵. Während beispielsweise im südhannoverschen Göttingen die Nationalsozialisten bereits 1929 ihren Wahlkampf auf die Ausgabenwirtschaft der Stadtverwaltung ausgerichtet und damit großen Erfolg gehabt hatten⁵⁶, beschränkte sich das Lüneburger Gewerbe noch 1930 auf eine gemäßigte Kritik an den Beratungen des Magistrats über die Heraufsetzung der Gemeindesteuerzuschläge und Gebühren zur Deckung der Fehlbeträge in den Etats 1930 und 1931⁵⁷. Einer der wichtigsten Bestandteile antisozialistischer Opposition, daß das vermeintlich von den Sozialdemokraten repräsentierte System mit Geld nicht umgehen könne, hatte in der regionalen Verbandsagitation zu dieser Zeit noch keine Bedeutung. Im Gegenteil, sowohl das Handwerk als auch der Handel verwahrten sich gegen die staatliche Deflationpolitik der Notverordnungen, die die Kaufkraft nach dem Preisverfall der Agrarprodukte noch weiter drosseln müsse⁵⁸.

Die Handwerkskammer begrüßte nachdrücklich das »wohlwollende Verhalten der Verwaltungsbehörden«, die mit umfangreichen Aufträgen das Handwerk unterstützten, und sie beklagte noch Ende 1931 die Gefahr, daß im Wege der Notverordnungen und der deflationären Drosselung der öffentlichen Ausgaben die Aufträge zum Beispiel für das Bauhandwerk zurückgehen könnten⁵⁹. Im November 1930 erhoben die regionalen Bäckerinnungen einen scharfen Protest gegen das im Juli 1930 erlassene Brotgesetz^{59a} und den darin enthaltenen Beimischungszwang von Roggen- und Kartoffelmehl zum Weizenmehl. In dieser Entscheidung sahen sie die Rückkehr zur minderwertigen Qualität des Kriegsgebäcks, das kaum die Konsumenten befriedigen werde. Nur um den Interessen der roggenproduzierenden ostelbischen Großagrariere nachzukommen, würden gravierende Umsatzrückgänge riskiert, die der Notwendigkeit einer Kaufkraftausweitung zur Überwindung der Krise genau entgegengesetzt seien⁶⁰.

Wesentlichstes Agitationsfeld des Kleinwerbes war zu dieser Zeit noch die »Solidarität der Mittelstände«⁶¹, durch die man seine Interessen in der Krise zu wahren können glaubte. Im Wahlkampf 1930 warnte die Kammer ihre Mitglieder vor Unterstützung bürgerlicher Sammlungsbewegungen, da das Spektrum der etablierten bürgerlichen Parteien nur wenige mächtige Interessengruppen repräsentiere, gegen die sich der »Mittelstand« kaum behaupten könne.

55 *Tätigkeitsbericht der Industrie- und Handelskammer Lüneburg für das I. und II. Vierteljahr 1930*, MS., S. 3 ff.

56 *Noakes*, S. 131.

57 Vgl. Eingabe der IHK Lüneburg vom 28. 2. 1930 an das Stadtparlament, abgedr. bei *Georg Mackensen*, *Geschichte der Industrie- und Handelskammer zu Lüneburg*, MS, 2 Bde., Lüneburg 1944, Anl. II. – Nach der Kritik an geplanten Steuererhöhungen heißt es in dieser Eingabe weiter: »Die Industrie- und Handelskammer besitzt allerdings zu wenig Einblick in den Verwaltungsapparat der Stadt, als daß sie zur Zeit in dieser Beziehung bestimmte Vorschläge machen könnte«.

58 Vollversammlung der IHK Lüneburg am 27. 11. 1930, *Lüneburger Anzeigen (IA)* vom 28. 11. 1930.

59 *Handwerkskammer Harburg. Geschäftsbericht 4/1930*, S. 8 und *3/1931*, S. 6.

59a Brotgesetz vom 17. 7. 1930, *RGBl.* 1930 I, S. 299.

60 Kundgebung der Kreisbäckerinnungen am 6. 11. 1930 in Hannover, *LA* vom 14. 11. 1930.

61 *Handwerkskammer Harburg. Geschäftsbericht 2/1931*, S. 5.

ten könne. Ebenso wurden zahlreiche Wahlvorschläge abgelehnt, die mit klingendem Namen vor allem das Kleingewerbe anzusprechen suchten⁶².

Den jüngsten Aufschwung der NSDAP hielt man für eine kurzfristige Erscheinung, da deren wirtschaftspolitische Versprechungen weniger auf ökonomischer Analyse als auf einer kruden Weltanschauung beruhten, und damit seien die wirtschaftlichen Probleme nicht zu lösen⁶³. Favorisiert wurde daher die Wirtschaftspartei, die bei den Reichstagswahlen 1930 insbesondere in der ländlichen Region ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln konnte, während ihr Stimmenanteil im Reich und in Preußen zurückgegangen war⁶⁴.

Auf der gleichen Linie lagen die wiederholten Appelle der Innungsvertreter zu stärkerem Zusammenschluß. Mit etwa 500 Mitgliedern gehörten dem örtlichen Kreishandwerkerbund nur knapp 40 % der ortsansässigen Handwerker an. Neben den Innungen, die ausschließlich für fachliche Fragen zuständig waren, sollte eine starke regionale Organisation aufgebaut werden, in der »alle Handwerker als Kampfgenossen zusammenstünden«⁶⁵. Hinter dieser auf dem Kreishandwerkertag im November 1930 erhobenen Forderung stand vor allem auch die Abwehr der »Schwarz- und Pfuscharbeit«, die mit zunehmender Übersetzung des Gewerbes immer weiter um sich zu greifen drohte.

Erst im Laufe des Jahres 1931 wuchs die verbale Radikalität in Teilen des Kleingewerbes. Einerseits mag die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage dazu beigetragen haben, andererseits dürfte der Positionswechsel erst nach massiver propagandistischer Bearbeitung erfolgt sein. Ähnlich wie zuvor in Schleswig-Holstein⁶⁶ begann die NSDAP in Niedersachsen mit planmäßiger Eroberung der Provinz. Wie sehr die Zunahme der NSDAP in den ländlichen Bereichen offenbar auch vom persönlichen Einsatz der Ortsgruppenführer abhing, zeigt zwei Jahre später der Gauparteitag Ost-Hannover der NSDAP im Sommer 1933. Anlässlich dieses Parteitages besuchten auch die Delegierten aus dem Handwerk die Handwerkskammer und trugen sich in das goldene Kammerbuch ein. Auffallend an dieser Unterschriftenliste ist die überproportionale Herkunft der Handwerker aus dem kleinen Orte Ebstorf bei Uelzen; mit sieben Unterschriften stellten sie rund 25 % der Eintragungen. In einer Aufstellung über die vorhandenen SA-Gruppen im Raum Ost-Hannover vom Dezember 1931 nahm jener Ort bereits eine herausragende Position ein. Mit 6 Scharen und 55 aktiven Mitgliedern übertraf Ebstorf alle anderen regionalen SA-Stürme der Standarte Lüneburg bei weitem, in deren Bezirk sonst nur eine Schar pro Dorf mit kaum mehr als 10 Mann existierte, und auch der Trupp in der Stadt Lüneburg zählte nicht mehr als 25 Mann bei einer Gesamtzahl von 40 NSDAP-Mitgliedern⁶⁷.

Nachdem die NSDAP in den Gebieten mit hohem Stimmenanteil ihre Propagandafeldzüge getestet hatte, griff sie sukzessive auf die Regionen ihres relativen Mißerfolgs aus. Im No-

62 So die Reichswahlvorschläge Nr. 18: »Reichsbund des deutschen Mittelstandes« und Nr. 27: »Handel, Handwerk und Hausbesitz«.

63 »Kundgebung des Lüneburger Mittelstands« am 3. 9. 1930, LA vom 4. 9. 1930.

64 Zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen NSDAP und Wirtschaftspartei um die Stimmen der Wähler wie in Schleswig-Holstein kam es in Lüneburg nicht, vgl. dazu *Wulf*, S. 95; s. auch *Martin Schumacher*, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstands 1919 – 1933. Düsseldorf 1972, S. 228.

65 Kreishandwerkertag am 16. 11. 1930 in Lüneburg, LA vom 17. 11. 1930; desgleichen: Jahresbericht des Kreishandwerkerbundes, abgedr. in LA vom 12. 1. 1931.

66 *Wulf*, S. 96 ff.

67 Hauptstaatsarchiv Hannover (H. St. A.), Hann. 80, Lüneburg III, XXX, Nr. 97, Der Polizeipräsident Harburg – Wilhelmsburg am 31. 12. 1931 an Landeskriminalpolizeiamt Berlin (vgl. Anhang II, S. 95 ff.).

vember 1931 fanden in Lüneburg erste überregionale Schulungskurse für SA-Führer statt⁶⁸. Ein taktischer Weg führte dabei über die Infiltration der örtlichen Handwerkerbünde. Bereits im Sommer 1931 hatte im NWHB bei der Auseinandersetzung um die Stellung zur Regierung Brüning eine bemerkenswerte Schwenkung stattgefunden. Die bisher beobachtete bedingte Loyalität gegenüber dem Staat war in scharfe Opposition gegen das »System« und dessen Repräsentanten umgeschlagen. Als die Notverordnung vom 24. August 1931 wiederum keine evidenten wirtschaftlichen Erleichterungen für das Handwerk gebracht hatte, richtete sich die Opposition nicht nur gegen die Reichsregierung, sondern auch gegen den handwerklichen Dachverband, den Reichsverband des Deutschen Handwerks, der es nicht verstanden habe, die gewerblichen Interessen nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Für P. Wulf liegt die Bedeutung jener Vorgänge in der Entfremdung zwischen Spitzenverband und regionalen Organisationen und deren gleichzeitiger Annäherung an die »Nationale Opposition«, die die NSDAP nach Konstituierung spezieller Mittelstandsreferate bei den Gauleitungen 1931 in rühriger Propaganda in ihre Bahnen zu lenken verstand, wobei sie sich anstelle des Spitzenverbandes als eine Art »Ersatzinteressenvertretung« aufbaute⁶⁹. Solche Schlußfolgerungen gelten auch für den Raum Ost-Hannover.

Jene Veränderungen spiegelten sich auch in den Aussprachen der Lüneburger Ortsgruppe des Kreishandwerkerbundes seit Oktober 1931 wider, in denen bisher unbekannte Fronten aufbrachen. In neuer Tonart wurde die schlechte Lage des Handwerks beklagt; eine Besserung sei »nur von einer Änderung des ganzen Systems zu erwarten«. Ein Handwerksmeister meinte plötzlich, daß man »schon mitten im Bolschewismus« stehe. Jetzt komme es darauf an, in Selbsthilfe des Handwerks gegen das »marxistische System« vorzugehen, denn das Bürgertum habe nicht nötig, sich vom »Sozialismus« die Steuern vorschreiben zu lassen. Insbesondere wurden die Delegierten für die anstehende Tagung des NWHB angewiesen, scharfe Kritik an der Wirtschaftspartei deutlich zu machen, da diese den Kurs der Regierung Brüning unterstütze.

Im Gegensatz zu den bisherigen Forderungen des Lüneburger Handwerks zur Steuer- und Ausgabenpolitik wählten einzelne Handwerker jetzt eine neue Form der Kritik, die bereits ihre Beeinflussung durch Nazi-Propaganda verrät. Mittels der mit hohen Zinsen bisher nach Deutschland hereinströmenden Auslandskredite werde die Knebelung der Wirtschaft durch die ehemaligen Feindmächte immer weiter getrieben, und die extrem liberale Gewerbe-freiheit, die jedem arbeitslosen Gesellen erlaube, einen eigenen Betrieb aufzumachen, führe zur »Zertrümmerung des Mittelstandes«⁷⁰, wurde jetzt argumentiert.

Als nach der Tagung des NWHB Anfang November 1931 der Geschäftsführer des Lüneburger Handwerkerbundes über die dortigen Auseinandersetzungen berichtete, dabei auch erklärte, warum dessen Präsident Freidel, der als Reichstagsabgeordneter der Wirtschaftspartei zusammen mit seiner Fraktion das zweite Brüning-Kabinett bei der Debatte um die Notverordnung unterstützt habe, noch das Vertrauen des Handwerks verdiene, und die Lüneburger Delegierten zugaben, daß sie sich »nach eingehender Prüfung der Sachlage zu einer Billigung dieser Politik« hatten durchringen können, erhob sich in Teilen des Handwerks ein Sturm der Entrüstung. Mäßigende Hinweise des Vorsitzenden auf die taktischen

68 *Noakes*, S. 187; erst Anfang 1932 hielten die Nationalsozialisten die ersten Großkundgebungen in Lüneburg, u. a. mit führenden Vertretern der Parteizentrale, z. B. Gottfried Feder, ab, vgl. LA vom 29. 1., 15. 2., 5. 3. 1932 etc.

69 *Noakes*, S. 170 ff.; *Wulf*, S. 112.

70 Sitzung des Kr.-Hw.-Bundes am 29. 10. 1931, LA vom 30. 10. 1931.

Überlegungen der Wirtschaftspartei, die bei einem Votum gegen Brüning zu dessen Sturz beigetragen hätte, ohne daß jedoch die »Nationale Opposition«, die kurz zuvor in Harzburg »nur im Negativen« einig gewesen sei, ihre Fähigkeit zur Regierungsbildung deutlich gemacht habe, blieben ohne Erfolg⁷¹. Der Bootsbauer Ahlers lehnte solche Konzilianz ab, da »ohnehin nichts mehr zu verlieren gewesen« sei. Kurz zuvor hatte er eine »Bürgerliche Not- und Kampfgemeinschaft« gegründet, die »Seite an Seite mit den Bauern die Hiebe der sozialistischen Drahtzieher« des Systems parieren wollte und außer diffusen programmatischen Äußerungen über die »Stärkung der bürgerlichen Macht« lediglich allgemeine Kritik am System abzugeben vermochte⁷².

Für Ahlers forderten außerordentliche Zeiten außerordentliche Mittel. Unter lebhaftem Beifall, allerdings nur einer Minderheit, wies er auf die 800 Handwerker in Schleswig-Holstein hin, die bereits nationalsozialistisch geworden seien und mit Austritt aus dem NWHB gedroht hatten, wenn Führer wie Freidel im Amte blieben. Die Wirtschaftspartei sei längst »4. Klasse beerdigt« worden, und es bestehe die Gefahr, daß man den Anschluß an die NSDAP als die stärkste Gruppe in einer kommenden Regierung verpasse. Solche Äußerungen, die einen Einblick in mittelständische Mentalitäten verraten, nach langem Zögern da zu stehen, wo die stärksten Bataillone der Konterrevolution aufgeboten würden, provozierten aber noch ebenso scharfe Reaktionen anderer Handwerker, die, wie auch der örtliche Vorstand, weiterhin zur Wirtschaftspartei hielten. Der Stellmachermeister Straßberger, dessen Konversion erst 1932, dann aber so unbedingt einsetzte, daß er 1934 bereits zum Kreishandwerksmeister avancierte⁷³, wies darauf hin, daß der Kreishandwerkerbund schon vor Jahresfrist Kontakte mit der NSDAP gesucht habe, »ohne jedoch eine klare Antwort auf seine Fragen« zu bekommen. Der Vorsitzende des Kreishandwerkerbundes, Bäckermeister Greuel, warnte vor der Illusion eines Anschlusses an jene »radikale Partei«. Bislang habe die NSDAP kein klares Wirtschaftsprogramm vorgelegt; er sehe in ihr vielmehr viele Gemeinsamkeiten mit der KPD. Den Massenzulauf der schleswig-holsteinischen Kollegen konnte er sich nur als »eine Art Massensuggestion« vorstellen. Darüber hinaus betonte er, daß der Handwerkerbund niemals den Anschluß an eine Partei beschließen werde, vielmehr könne nur empfohlen werden, daß jeder Handwerker in einer nationalen Partei aktiv mitarbeite und für die freie Wirtschaft eintrete. Nach hitziger Debatte einigte sich jene Versammlung darauf, für ein geschlossenes Mitgliedertreffen ein führendes Mitglied der NSDAP einzuladen, um von ihm die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Partei erklärt zu bekommen. Greuel erreichte dabei noch, zugleich auch einen Vertreter der Welfenpartei zu einem Vortrag zu bitten⁷⁴.

In die Schußlinie der neuen »nationalen Opposition« in Lüneburg geriet zuerst der Magistrat. Begnügte sich das Gewerbe bis Herbst 1931 mit »entschiedenen Protesten« gegen die Steuerpolitik der Stadt, so wurde fortan mit anderen Mitteln gekämpft. Den Auftakt bildete Ende Oktober 1931 ein programmatisches Referat des Geschäftsführers im Kreishandwerkerbund, Struck, in dem der Stadtverwaltung vorgeworfen wurde, daß bisher

71 Zur Politik der Wirtschaftspartei und ihrem allmählichen Zerfall im Sommer 1931 vgl. *Schumacher*, S. 171 ff.

72 St. A. Lüneburg, II Hb, Nr. 122, Programm vom Sept. 1931; zu ähnlichen regionalen Gründungen in Schleswig-Holstein vgl. *Wulf*, S. 122 ff.

73 *50 Jahre Handwerkskammer Lüneburg – Stade*. Festschrift zum 24. Juni 1950, Lüneburg o. J., S. 46.

74 Aussprache des örtlichen Hw.-Bundes am 23. 11. 1931, LA vom 24. 11. 1931.

alles bewilligt worden sei, was »die sozialistische Seite« gefordert habe⁷⁵. Der Konflikt eskalierte, als der Magistrat auf diese Unterstellungen empfindlich reagierte und dem Handwerkerbund »beweislose Stimmungsmache« vorwarf, zumal er wie auch das ihn kontrollierende Bürgervorsteher-Kollegium »bekanntlich in seiner Mehrheit der bürgerlichen Seite angehört«⁷⁶. Als der Handwerkerbund daraufhin seinem Geschäftsführer demonstrativ das Vertrauen aussprach, glaubte der Magistrat, daß jene Anschuldigungen die Meinung des gesamten Handwerks repräsentierten. Er lehnte deshalb ab, künftig noch weitere Beziehungen zum Handwerkerbund zu unterhalten, solange die »ehrenrühri- gen Behauptungen« nicht zurückgenommen werden würden. Außerdem wurde auf die weitere Zusendung der Nordwestdeutschen Handwerkerzeitung verzichtet⁷⁷, ein Schritt, der eine kurz darauf getroffene Entscheidung des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vorwegnahm, der den Handwerkskammern in Niedersachsen und Schleswig-Holstein alle Kontakte zu jener Zeitung wegen deren Verleumdung der Reichsregierung und der Preußischen Staatsregierung untersagte⁷⁸.

Jener Konflikt städtischer Honoratioren nahm die Form eines Rechtsstreits an, als der Vorsitzende der Bürgerlichen Not- und Kampfgemeinschaft, Ahlers, unter den Handwerkern das Gerücht ausstreuete, daß der sozialdemokratische zweite Bürgermeister Richter öffentliche Aufträge nur an Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verbeuge. Nach der für die zwanziger Jahre typischen rechtsradikalen Verleumdungsstrategie konnte Ahlers in der Gerichtsverhandlung keine Beweise für seine Behauptungen erbringen, vielmehr benutzte er das Tribunal zu einer breit angelegten Schmäherei gegen den Magistrat und das ganze politische System, dessen Beseitigung Aufgabe seiner Kampfgemeinschaft sei⁷⁹.

Im Frühjahr 1932 war im örtlichen Handwerkerbund die parteipolitische Umorientierung der Mitglieder zugunsten der »Nationalen Opposition« und bei einer kleineren Gruppe auch zugunsten der NSDAP zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Eine Konsolidierung des nationalsozialistischen Einflusses war keineswegs sicher. In den Verhandlungen der Handwerker wiesen die bereits zum Nationalsozialismus übergetretenen Mitglieder bei ihrer Sympathiewerbung für die Partei und zugleich zur Legitimation ihres eigenen Positionswandels immer wieder auf die nationalsozialistischen Erfolge in den anderen Vertretungskörperschaften hin. Stellmachermeister Straßberger, der einige Monate zuvor noch mäßigend auf seine Kollegen eingewirkt hatte, bekannte sich jetzt zu der »Tatsache, daß die Kreishandwerkerbünde nicht mehr lebensfähig seien ohne Sympathisierung mit der NSDAP«. Bestätigend wies er auf die Entwicklung in der Landwirtschaft als einem ebenfalls »schwer um seine Existenz ringenden mittelständischen Berufsstand« hin, der bei den letzten Wahlen zur Landwirtschaftskammer des Bezirks ein eindeutiges Votum zugunsten der NSDAP abgegeben habe⁸⁰.

Jene Konversion des Stellmachers Straßberger gibt einen Eindruck von den berufsspezifischen Einbruchstellen der Nationalsozialisten. Im Zuge der Mechanisierung und Maschinisierung auch des Kleingewerbes in ländlichen Gebieten – man vergleiche dazu auch die

75 Rede Strucks auf der Sitzung des Kr.-Hw.-Bundes am 29. 10. 1931, LA vom 30. 10. 1931.

76 St. A. Lüneburg, II Hb, Nr. 124, Oberbürgermeister Schmidt am 7. 11. 1931 an Kr.-Hw.-Bund.

77 Ebda., Magistrat am 3. 12. 1931 an Kr.-Hw.-Bund.

78 LA vom 18. 1. 1932. – In diesem Erlaß behielt sich der Preußische Handelsminister vor, die Innungen aus dem Nordwestdeutschen Handwerkerbund zu lösen.

79 St. A. Lüneburg, II Hb, Nr. 122, Aufzeichnung des Magistrats vom 30. 1. 1932.

80 Verhandlung des örtlichen Hw.-Bundes am 10. 3. 1932, LA vom 11. 3. 1932.

Tabellen zur Verlagerung handwerklicher Branchen im Raume Lüneburg – gehörte das Stellmacherhandwerk zum absterbenden Gewerbe. In einer der wenigen erhaltenen Übersichten zur sozialen Zusammensetzung der NSDAP-Führerschaft im Raume Lüneburg von 1931 taucht auch einmal ein Handwerker – ein Stellmacher – als Ortsgruppenführer neben zwei Kaufleuten (Lüneburg und Amelinghausen), zwei Arbeitern und vier in der Landwirtschaft Tätigen (2 Bauernsöhne, 1 Hofpächter und 1 unselbständig Beschäftigter) auf⁸¹.

Überzeugend auf die im örtlichen Handwerkerbund gegenüber der NSDAP noch ambivalenten Mitglieder wirkten ferner die personellen Veränderungen im NWHB. Auf dessen letzter Tagung war Präsident Freidel wegen seiner noch immer vertretenen Einstellung zum Brüning-Kabinett vor allem auf Druck der Delegierten aus Schleswig-Holstein abberufen worden. Die »nationale Opposition« schien im NWHB nur noch unter maßgeblicher Mitwirkung der NSDAP realisierbar zu sein, so daß der nationalsozialistische Schlachtermeister Schmidt-Nordstemmen, Mitglied der NSDAP-Fraktion im Preußischen Landtag, in den Vorstand gewählt wurde⁸².

In der Debatte um das handwerkliche Votum bei den bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen 1932 erreichte die Radikalisierung der handwerklichen Opposition zugunsten der NSDAP eine neue Stufe. Zwar betonten alle Vertreter ihre Hochachtung vor Hindenburg, aber nunmehr gelte es, »einen Mann zu wählen, der uns als Präsident wieder zu besseren Zeiten führe«. In autoritärer Gläubigkeit hoffte man auf eine politische Richtlinienkompetenz beim Reichspräsidenten und sah in Hitler den Mann, der klar erkannt habe, »was unserem Volke nottue«. Scharf angegriffen wurde von der Mehrheit der Mitgliederbasis jetzt erstmalig auch der örtliche Vorstand des Handwerkerbundes, weil er unter Hinweis auf die Bundessatzung eine einseitige parteipolitische Stellungnahme zugunsten Hitlers zu verhindern gesucht hatte. Von einem Mitglied, dem Töpfermeister Schneebeil, wurden sofortige »Konsequenzen« verlangt, weil der Vorstand einen Aufruf zugunsten des überparteilichen Hindenburg unterzeichnet hatte. In der Aussprache versuchte der Vorstand noch einmal die Gründe für seine Unterschrift darzulegen. Nicht Pietät, sondern die Hoffnung, das Vaterland vor schweren Erschütterungen zu bewahren, habe ihn dazu bewogen, denn er argwöhne, »daß der Rechtsterror sich schlimmer auswirken werde als man den Linksterror fürchte«; Hindenburg scheine ihm der einzige Garant für »Ruhe im Vaterland« zu sein. Lautstark griffen die NS-Vertreter in diese Ausführungen ein. Als deren Wortführer hielten Straßberger und der Kampfbund-Vorsitzende Ahlers eine »temperamentvolle« Propagandarede zugunsten der Partei. Auf einige gezielte Nachfragen des Vorstandes über die Stellung der NSDAP zum Handwerk kamen jedoch nur Allgemeinplätze, daß die Partei »nationale Freiheit nach außen und soziale Gerechtigkeit nach innen erstrebe«. Damit hatte der Vorstand einen strategischen Vorteil gewonnen. Mit Hinweis auf das Fehlen einer eindeutigen klaren Stellungnahme zum Handwerk konnte er noch einmal die einheitliche Festlegung auf die Wahl Hitlers verhindern⁸³.

81 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, Nr. 97, Der Polizeipräs. Harburg – Wilhelmsburg am 8. 4. 1931 an Landeskriminalpolizeiamt Berlin (vgl. Anhang I, S. 92 ff.).

82 Verhandlung des örtlichen Hw.-Bundes am 10. 3. 1932 und Mitteilungen des Geschäftsführers Struck, LA vom 11. 3. 1932. – Nach Freidels Rücktritt wurde vorerst kein neuer Präsident nominiert, die Geschäfte des NWHB führte der Vizepräsident.

83 Ebda. Auch die örtliche Welfenpartei unter Führung des Lüneburger Schlossermeisters Mohrbötter trat scharf gegen die NSDAP auf und versuchte, mäßigend dem Handwerk die Verdienste Brünings vor Augen zu führen. Mit der Frage: »Sind wir kompetent zur Kritik unserer Führer?« versuchte die Partei, das Handwerk von irrationalen Reaktionen abzuhalten, vgl. dazu die Kundgebung der Deutsch-Hannoveraner am 15. 2. 1932, LA vom 16. 2. 1932.

Im Vergleich zu den Reichstagswahlen von 1930 und zu den Stimmenergebnissen der umliegenden Landkreise ergaben die Reichspräsidentenwahlen im März 1932 im Lüneburger Stadtbezirk noch kein eindeutiges Votum für Hitler. Während Hindenburg in der Stadt und den unmittelbaren Vororten mit Abstand den Stimmenanteil Hitlers übertraf, siegte in verschiedenen Dörfern Hitler mit deutlichem Vorsprung:

	Hindenburg	Hitler	Thälmann
<i>städtisches Einzugsgebiet:</i>			
Hagen	494	143	134
Lüne	205	125	18
Reppenstedt	113	22	3
Scharnebeck	187	104	8
<i>ländliche Gebiete:</i>			
Amelinghausen	140	228	15
Artlenburg	123	235	5
Echem	75	114	13
Hittbergen	55	117	1

Wahlergebnisse vgl. LA vom 14. 3. 1932.

Trotz des hohen Stimmenanteils für Hitler im Wahlkreis Lüneburg-Land war dieser insgesamt der einzige ländliche Bezirk Ost-Hannovers, in dem Hitler nicht die Stimmenmehrheit bekam:

*Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl im Regierungsbezirk Lüneburg**

Wahlkreis	Düsterberg	Hindenburg	Hitler	Thälmann
Bleckede	2 040	3 637	4 497	455
Celle-Stadt	1 013	8 812	5 208	1 831
Celle-Land	1 852	10 586	12 272	1 520
Gifhorn	1 030	7 114	12 856	1 452
Harburg-Stadt	3 224	38 469	16 895	13 656
Harburg-Land	1 571	8 720	11 111	1 671
Lüchow	2 323	4 384	9 011	374
Lüneburg-Stadt	2 054	9 822	4 395	2 013
Lüneburg-Land	2 891	4 904	4 220	674
Uelzen	4 636	7 668	12 344	604
Winsen	2 250	6 395	9 859	680
Reg.-Bezirk	32 720	147 380	148 661	29 889

* Wahlergebnisse vgl. LA vom 14. 3. 1932.

Der gegenüber den anderen Kreisen mäßige Erfolg der Nationalsozialisten intensivierte deren mittelständische Propaganda. Zu den preußischen Landtagswahlen einige Wochen

nach der Wiederwahl Hindenburgs setzten die NSDAP-Vertreter im Kreishandwerkerbund einen Aufruf an die Kollegen in der regionalen Presse durch, der die Wahlen zum endgültig »entscheidenden Stoß gegen das bestehende politische System« erklärte, »unter dessen Herrschaft das Handwerk zugrunde gerichtet worden ist«⁸⁴.

Fortan fehlte auch auf keiner Versammlung des Kreishandwerkerbundes der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Lebensmittelgroßhändler Burmeister. Bisher waren Repräsentanten der NSDAP nur zusammen mit anderen Parteivertretern eingeladen worden, um ihre Vorstellungen von einer mittelständisch orientierten Wirtschaft vorzutragen. Ab Frühjahr 1932 wurden nach dem Positionswechsel einiger Vorstandsmitglieder nur noch Vertreter der NSDAP eingeladen bis zur institutionalisierten Anwesenheit Burmeisters. Erleichtert wurde dieser Infiltrationsprozeß, da der Ortsgruppenleiter offensichtlich zum »antikapitalistischen« Flügel der NSDAP um Gottfried Feder gehörte und in den Versammlungen des Handwerkerbundes den richtigen Ton und anscheinend überzeugende Argumente fand, um die noch skeptischen Handwerker anzusprechen. Wie ein roter Faden hatte sich durch die Diskussionen des Bundes und seiner monatlichen Berichte zur Wirtschaftslage seit Ausbruch der Krise die Kritik an Preissenkungsaktionen, Lohn- und Gehaltsabbau sowie generell zur Deflationspolitik der Notverordnungen gezogen. Propagandistisch knüpften die Nationalsozialisten an diese Argumente bei ihrer ersten großen Massenkundgebung in Lüneburg Ende Januar 1932 an, für die eigens Gottfried Feder, der Wirtschaftsexperte in der Reichsleitung der NSDAP, angereist war und die programmatische Rede hielt⁸⁵. Auch in der Folgezeit akzentuierten die an das Handwerk gerichteten Propagandareden des Ortsgruppenführers Burmeister immer wieder Gedanken Feders, und es ist wahrscheinlich, daß er deshalb zuvor den bisherigen Ortsgruppenleiter Albrecht, einen Einzelhändler, der sich zudem wegen einiger unseriöser Geschäftspraktiken kompromittiert hatte, ablösen konnte⁸⁶.

Unmittelbar vor den Reichstagswahlen im Juli 1932 klärte Burmeister die Handwerker über die Grundprinzipien der Währungspolitik auf und führte sie in die von Feder vertretenen geldpolitischen Auffassungen ein. Eine der wesentlichen Ursachen, daß dem Handwerk der »sprichwörtliche goldene Boden ausgeschlagen« sei, seien das Fehlen des nötigen Geldumlaufs und der dadurch bedingte »Leerlauf der Wirtschaft«. Den Nationalsozialisten werde vorgeworfen, sie wollten zusätzliches Geld schaffen und damit eine neue Inflation anheizen. Dabei habe der Dawes-Plan die Rückkehr zur Goldkernwährung erzwungen, und die Golddecke nach dem Bankgesetz von 30–40 0/0 sei längst unterschritten, was eine wesentlich größere Inflationsgefahr bedeute. Diese scheinbar exakten Ausführungen waren jedoch weit entfernt von den realen Gründen des Deflationsproblems; Burmeister maß die Höhe der fehlenden Geldmenge unsinnigerweise an der Bevölkerungszahl im Deutschen Reich, und seine auf Feder zurückgehenden Vorschläge zur Geldvermehrung und der »richtigen« Deckung ließen die Warensseite ganz außer acht. Bereits in seiner Aufmerksamkeit weckenden Reichstagsrede vom Mai 1932 hatte Gregor Strasser auf die Unhaltbarkeit des sogenannten »Federgeldes«, ohne diesen freilich explizit beim Namen zu nennen, hingewiesen, das durch Immobilien gedeckt werden sollte. Diese kritische Überprüfung schien bis in die Provinz nicht vorgedrungen zu sein. Daher hatte Burmeister durchschlagenden

84 Der Aufruf ist als Annonce abgedr. in LA vom 20. 4. 1932.

85 LA vom 29. 1. 1932.

86 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, Nr. 97, Bericht der Polizeidirektion Lüneburg vom 2. 3. 1931 an den Regierungspräsidenten.

Erfolg bei den Handwerkern mit seinen Hinweisen, daß ein höherer Geldumlauf die Zinsen sinken lassen werde. Als er dann auch noch zu den Themen Schwarzarbeit und Warenhäuser nachdrücklich die bisherige Gewerbefreiheit und die »liberalistische« Wirtschaftsauffassung attackierte und dagegen die Harmonie einer berufsständischen Wirtschaftsorganisation entwickelte, legten sich auch die bisherigen Widerstände derjenigen örtlichen Vorstandsmitglieder und des Geschäftsführers, die bislang noch nicht zur NSDAP übergelaufen waren, gegen ein eindeutiges Votum des Handwerkerbundes zugunsten der Nationalsozialisten für die bevorstehenden Wahlen. Formal die Satzung beachtend, stellte sich der Bund erstmalig geschlossen hinter die NSDAP, indem er zwar auf einen Wahlauftritt verzichtete, jedoch eine Erklärung abgab, die betonte, daß die derzeitige politische Umorientierung wesentliches Verdienst der Handwerkerbünde sei⁸⁷.

Die Ergebnisse der Landtags- und Reichstagswahlen im Frühjahr und Sommer 1932 bestätigten den 1931 begonnenen Polarisierungsprozeß. Die kleinen Parteien waren fast ganz verschwunden. Die Wirtschaftspartei hatte keine Stimme bekommen, und auch die Welfenpartei war gegenüber 1930 enorm zusammengeschrumpft. Neben den Nationalsozialisten verbuchten auch die Deutschnationalen wieder wachsende Stimmenanteile wie die folgende Tabelle ausweist.

*Wahlergebnisse in Lüneburg 1932**

	Preußischer Landtag 24. 4. 1932	Reichs- tag 31. 7. 1932	Reichs- tag 6. 11. 1932	Reichs- tag 5. 3. 1933
<i>Lüneburg-Stadt</i>				
SPD	5 580	5 304	5 099	4 883
DNVP	1 300	1 497	2 435	2 485
Zentrum	241	260	253	230
KPD	1 886	2 252	2 436	2 073
DVP	579	486	783	461
DSP	660	358	240	196
Wirtschaftspartei	—	—	26	—
NSDAP	6 693	7 141	5 479	8 448
Welfenpartei	397	413	510	376
Christlich-sozialer Volksdienst	143	123	—	—
Haus- und Grundbesitzer	152	8	—	—
Wahlbeteiligung	17 677	18 211	17 282	19 402

Die Reichstagswahlen im November 1932 brachten, wie auch der Trend im gesamten Reichsgebiet zeigt, erhebliche Stimmeneinbußen für die NSDAP, während die DNVP in Stadt und Land erhebliche Stimmengewinne verbuchen konnte. Im Auflösungsprozeß der kleineren – mittelständisch orientierten – Parteien fällt der wachsende Stimmenanteil der Welfenpartei auf: Vor allem auf dem Lande kam sie von einigen Reststimmen im Frühjahr fast wieder auf die alten Stimmenanteile der zwanziger Jahre zurück.

87 Sitzung des örtlichen Hw.-Bundes am 27. 7. 1932, LA vom 28. 7. 1932.

	Preußischer Landtag 24. 4. 1932	Reichs- tag 31. 7. 1932	Reichs- tag 6. 11. 1932	Reichs- tag 5. 3. 1933
<i>Lüneburg-Land</i>				
SPD	2 471	2 513 (4 000)	3 466	2 848
DNVP	1 421	1 424 (2 565)	3 471	4 487
Zentrum	72	87 (137)	104	86
KPD	505	716 (1 220)	1 526	1 033
DVP	153	143 (276)	225	154
DSP	238	133 (208)	130	93
Wirtschaftspartei	—	— (—)	—	—
NSDAP	6 248	6 802 (12 780)	9 671	14 640
Welfenpartei	135	813 (1 505)	1 938	1 521
Christlich-sozialer Volksdienst	89	82	—	—
Haus- und Grundbesitzer	185	—	—	—
Wahlbeteiligung	11 714	12 723	20 531	25 164

* LA vom 25. 4. 1932, 1. 8. 1932, 7. 11. 1932, 7. 3. 1933. Die Wahlbeteiligung stellt das absolute Ergebnis inkl. ungültiger Stimmen und Einzelstimmen dar. Die in Klammern ausgeworfenen Zahlen für die RT-Wahlen vom 31. 7. 1932 im Landkreis stellen die Vergleichszahlen für die folgenden Wahlen dar, denn im Spätsommer wurden in einer Kreisreform zahlreiche Landgemeinden dem Landkreis Lüneburg eingegliedert, der sich damit erheblich vergrößerte, wie an den absoluten Zahlen der Wahlbeteiligung erkennbar ist.

Trotz der nationalsozialistischen Wahlerfolge lassen die Ergebnisse keine eindeutigen Aussagen im Hinblick auf die Radikalisierung des Gewerbes zugunsten der NSDAP zu. Tendenziell scheint es, daß das mittelständische Protestpotential auch 1932 nicht ausschließlich zugunsten der NSDAP wirkte. Nach anfänglichen Stimmenabzügen von der DNVP und der Welfenpartei in der Krise stabilisierte sich 1932 das Wählerverhalten wieder bei diesen etablierten Oppositionsparteien. Die Wirtschaftspartei allerdings war zerrieben worden. Die für sie bei den November-Wahlen in der Stadt abgegebenen 26 Stimmen können als Beleg für den Prozeß der Infiltration der NSDAP in den gewerblichen Organisationen verstanden werden.

Im Gegensatz zu den Erörterungen im Sommer lassen die Verhandlungen des Kreishandwerkerbundes im Herbst 1932 eindeutige parteipolitische Voten der Handwerker vermissen. Verunsichernd auf die gerade gewonnene einheitliche Opposition wirkte offensichtlich die Verabschiedung des Papen-Plans, der mit »großer Skepsis« aufgenommen wurde, da die Großindustrie so »begeistert« zugestimmt habe⁸⁸. Der immer anwesende Ortsgruppenleiter der NSDAP erklärte ebenfalls die Ablehnung jenes Wirtschaftsprogramms für seine Partei, weil es aus dem »Herrenclub« stamme und ausschließlich die größeren Betriebe sanieren wolle⁸⁹. Doch diese Ausführungen schienen bei zahlreichen städtischen Handwerkern auf Ablehnung zu stoßen, zumal die »Arbeitsgemeinschaft der freien

⁸⁸ Kreishandwerkertagung am 25. 9. 1932, LA vom 26. 9. 1932.

⁸⁹ Bürgermeister in der Sitzung des örtlichen Hw.-Bundes am 13. 10. 1932, LA vom 14. 10. 1932.

Wirtschaftsverbände Lüneburgs« mit Einschluß der Handwerkskammer sich zuvor schon für den Papen-Plan ausgesprochen hatte.

In den letzten Verhandlungen des Kreishandwerkerbundes vor der Machtergreifung wird bei den Mitgliedern eine allgemeine Skepsis gegenüber allen Parteien und deren Versprechungen deutlich. Die NSDAP versuchte jedoch, diese Stimmung für sich zu kanalisieren, da sie den Vorstand in der Hand hatte, der sich im Jahreswechsel 1932/33 parteipolitisch auffallend zurückhielt und mehr die sachliche Arbeit in den Vordergrund stellte. Mit dem Appell zur Solidarität wies der Versammlungsvorsitzende Straßberger darauf hin, daß man in »diesen Notzeiten nicht auseinanderlaufen dürfe, sondern treu zum Bunde stehen« müsse. Mit großem Entgegenkommen behandelte der Vorstand plötzlich die säumigen Beitragszahler, die künftig schonender gemahnt werden sollten. Außerdem wollte man den einfachen Mitgliedern, besonders auf dem Lande, stärker entgegenkommen, indem bei den einzelnen Ortsgruppen Sprechtage und regelmäßige regionale Informationsmöglichkeiten angeboten werden sollten⁹⁰.

DIE GLEICHSCHALTUNG VON HANDWERK, KLEINHANDEL UND KLEINGEWERBE IN LÜNEBURG

Die Mehrheit der organisierten Handwerksbewegung, des Kleinhandels sowie der Klein- und Mittelindustrie im Raum Ost-Hannover und in der Region Lüneburg begrüßte die Regierung der »nationalen Konzentration«, wobei die Genugtuung darüber, daß das parlamentarische System in Deutschland durch eine autoritäre Regierungsform abgelöst worden war, für diese Haltung bestimmend war. Insbesondere knüpfte sich daran die Hoffnung, daß auf lange Sicht seitens der neuen Regierung eine gezielte Mittelstandspolitik inaugurieren werde, die gleichberechtigt neben das industriell-großgewerbliche Krisenbekämpfungsprogramm des Papen-Plans gestellt werden müsse. Trotz des einheitlichen Tenors dieser Forderungen, die eine unübersehbar antikapitalistische Stoßrichtung aufweisen und im Kern gegen eine Bevorzugung der Großindustrie sowie auch der Banken auf Kosten von Handwerk und Kleingewerbe gerichtet waren⁹¹, machte sich relativ frühzeitig eine politische Polarisierung innerhalb dieser organisierten Gruppen bemerkbar, die von seiten des nationalsozialistischen »Kampfbundes des gewerblichen Mittelstands« noch durch die offene Frontstellung gegen die Warenhäuser und gegen die Stellung der Juden in der gewerblichen Wirtschaft vorangetrieben wurde⁹².

Schon auf der ersten großen Tagung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes nach der Machtergreifung am 21. Februar 1933 in Hannover⁹³ setzten sich, sekundiert von dem

90 Straßberger in der Sitzung des örtlichen Hw.-Bundes am 13. 12. 1932, LA vom 14. 12. 1932.

91 Vgl. dazu bereits den Tenor der Forderungen der Ortsgruppen Lüneburg des Landesverbandes Niedersachsen der Kolonialwaren-, Lebensmittel- und Feinkostkaufleute (Rekofei) am 25. 1. 1933, LA vom 30. 1. 1933: Wie kann dem Einzelhandel geholfen werden? Dort die »Front gegen großkapitalistische Konzerne, Kartelle, Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Massenfiliabetriebe«. Die Ortsgruppe erklärte sich mit den Forderungen des Handwerks solidarisch und unterstützte u. a. dessen Verlangen nach einem eigenen Ressortminister. Dem Rekofer gehörten 1932 60 000 Mitglieder an, ihm war der Edeka-Verband korporativ angeschlossen.

92 Denkschrift von Renteln, am 8. 3. 1933 der Reichskanzlei (Lammers) überreicht, vgl. dazu Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung, Berlin – DDR 1975, S. 39.

93 LA vom 22. 2. 1933: Nationale Handwerksfront; vgl. auch Resolution und Sitzungsbericht der Handwerkskammer Harburg vom 27. 2. 1933, in: LA vom 28. 1. 1933: 50. Vollversammlung der Handwerkskammer zu Harburg; *Handwerkskammer Harburg. Geschäftsbericht 1/1933*.

deutschnationalen Handwerkskammersyndikus Wienbeck⁹⁴, die beiden Handwerksvertreter in der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion, der Fleischerobermeister Schmidt–Nordstemmen, inzwischen Vizepräsident des NWHB, und der Schmiedemeister Kummerfeldt–Nordhastedt, gegen solche Handwerkerführer im Verband durch, die, wie der langjährige Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag, Schlossermeister Langeland, weiterhin für einen zurückhaltenden Kurs auch zur neuen Regierung plädierten. Einen durchschlagenden Erfolg konnten sie zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht erzielen⁹⁵. Auf diesem Hintergrund sind die hektischen Aktivitäten der mittelständischen NSDAP-Mitglieder zu sehen, im Februar und März noch vor den Reichstagswahlen mit handfesten mittelstandsfreundlichen Maßnahmen der neuen Regierung aufzutrumphen, um den Prozeß der eingeleiteten Nazifizierung des Mittelstandes zu beschleunigen. Ein Schritt in diese Richtung war der Versuch der Gruppe um Schmidt–Nordstemmen, den Draht zur Ministerialbürokratie in Berlin und zur politischen Führung selbst kurzzuschließen, indem sie im Februar z. B. ihre Wünsche direkt bei Hitler anmeldete⁹⁶. Auf der gleichen Ebene lagen die Aktivitäten des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes unter Führung von Rentelns und Parallelaktionen in Berlin seitens der beiden zu Kommissaren für die Gleichschaltung des Handwerks ernannten nationalsozialistischen Mittelstandsreferenten Zeleny und Schild⁹⁷. Alle diese Initiativen liefen darauf hinaus, an hervorragender Stelle im Kabinett einen nationalsozialistischen Vertrauensmann der mittelständischen Wirtschaft zu plazieren. Diese Vorstöße waren allerdings nicht erfolgreich, denn es gelang Hugenberg, seinen Vertrauten Wienbeck mit dem Titel eines Reichskommissars für den gewerblichen Mittelstand im April 1933 im Range eines Ministerialdirektors als Leiter der Abteilung III d (Gewerblicher Mittelstand) in das von ihm geleitete preußische Wirtschaftsministerium sowie als Leiter der Abteilung III a (Mittelstandsfragen) in das ebenfalls von ihm geführte Reichswirtschaftsministerium zu bringen. Wienbeck verfügte aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Syndikus der einflußreichen Hannoveraner Handwerkskammer, die gleichzeitig geschäftsführende Kammer des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages war, innerhalb des Handwerks über beträchtliches Ansehen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde – ganz abgesehen davon, daß Hugenberg zäh an Wienbeck festhielt, weil er in der Beeinflussung von Handwerk und Kleingewerbe politisch auf Dauer eine Möglichkeit zur Absicherung seiner eigenen Person und Partei im Kabinett erblickte – blieben auch die im Frühjahr und Frühsommer 1933 von seiten der mittelständischen NSDAP-Basis lancierten Bemühungen, ihn zu stürzen, erfolglos⁹⁸. Von Belang erscheint in diesem Zusammenhang, daß

94 Dr. Erich Wienbeck, geb. 1876, 1903 – 1933 1. Svndikus der Handwerkskammer Hannover, 1920 – 1933 MdR (DNVP), Wahlkreis Hannover-Süd.

95 Für ähnliche Schwierigkeiten, ohne weiteres eine Machtergreifung von unten durchzusetzen, vgl. das Schreiben eines nationalsozialistischen Mitgliedes im Reichsbund nationaler Gastwirte und verwandter Betriebe e. V. an von Renteln vom 25. 4. 1933, das forderte, die Mitglieder der Wirtschaftspartei in dem neuen Einheitsverband durch Nazis zu ersetzen, BA Koblenz, Nl. Hugenberg, Nr. 39.

96 Vgl. den Hinweis bei *Martin Broszat*, *Der Staat Hitlers*, München 1969, S. 208, Anm.*

97 Vgl. den Empfang des Präsidiums des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks am 17. 2. 1933 bei Hitler und die Denkschrift von Rentelns vom 8. 3. 1933, in der ein Staatssekretariat für Handel, Handwerk und Gewerbe gefordert wurde.

98 Daß diese Zielsetzung so weit ging, Hugenberg (und damit auch Wienbeck) zu stürzen, geht aus der Aufzeichnung Steinmyers (Vorstandsmitglied im Reichsverband nationaler Gaswirte) vom 26. 4. 1933 hervor. Danach gingen die Versuche des Stellvertreters von Rentelns, Sohn, in die Richtung, »Hugenberg zu stürzen [...] Herr Hugenberg müsse verschwinden«, BA Koblenz, Nl. Hugenberg, Nr. 39.

Wienbeck auch nach Hugenberg's Sturz im Juli 1933 im Amt blieb und sich mit der NSDAP arrangierte⁹⁹.

Auf regionaler und lokaler Ebene hatten die radikalen Mittelstandsvertreter der Partei größere Erfolge; nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 begann die eigentliche Phase der Nazifizierung. Jetzt trumpften nationalsozialistische Handwerksvertreter, wie Straßberger in Lüneburg, wieder auf und intensivierten ihre Propaganda¹⁰⁰. Bei den Wahlen zum Stadtparlament in Lüneburg, knapp eine Woche nach den Reichstagswahlen, wird deutlich, daß das mittelständische Gewerbe noch keineswegs einhellig auf NS-Kurs eingeschwenkt war, wenn auch die Nationalsozialisten, die bei den letzten Wahlen 1929 kaum in Erscheinung getreten waren, die meisten Stimmen erhielten. Für diese Wahlen zum sog. »Bürgervorsteher-Collegium« liegen differenzierte wahlstatistische Unterlagen vor, die insbesondere auch über die berufsspezifische Repräsentation der Parteien Aufschluß geben.

Gegenüber den letzten Gemeindewahlen von 1929, die eine Mandatsverteilung auf 13 Sozialdemokraten, 13 »Bürgerliche« der DVP/DNVP-Koalition, 4 Kommunisten und 2 Demokraten ergeben hatten, verteilten sich die 32 Sitze des Collegiums jetzt in der Reihenfolge: NSDAP 14, SPD 9, »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« 6, KPD 2 und Deutsch-Hannoversche Partei 1¹⁰¹. Ein Teil des mittelständischen Gewerbes votierte noch immer für die etablierten bürgerlichen Parteien, die Welfenpartei konnte seit 1924 erstmalig wieder einen Handwerksmeister als Vertreter in das Stadtparlament entsenden.

Einen Überblick über die berufliche Vertretung vermitteln die Wahlvorschläge der Parteien. Danach kandidierten für die Parteien:*

	NSDAP	Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	Welfenpartei
Handwerksmeister	8	7	5
Kaufleute	6	6	3
Einzelhändler	4	3	3
Arbeiter	7	2	1
Angestellte	5	2	–
Beamte (Mittlerer Dienst)	7	3	2
Lehrer	1	2	–
Landwirte	2	–	1
Freie Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Syndizi)	5	5	–
Gastwirte	1	–	1
Hausfrauen	–	1	3
	46	31	19

* LA vom 23. 2. 1933. Der »Gewerkschaftsbund der Angestellten« (GdA) hatte ebenfalls eine Wahlvorschlagsliste mit 10 Kandidaten, ausschließlich Angestellten, aufgestellt, die sich jedoch nicht platzieren konnten.

99 Für die Politik *Erich Wienbecks* zu dieser Zeit vgl. seinen Aufsatz: *Neubau des gewerblichen Mittelstandes*, in: *Wirtschaftsblatt Niedersachsen*, Nr. 15/16, 1933, S. 132 ff.

100 LA vom 11. 3. 1933, Ausführungen Straßbergers auf der lokalen Siegesfeier der NSDAP nach den Reichstagswahlen.

101 LA vom 13. 3. 1933.

Die Überrepräsentation des Handwerks war dabei keinesfalls auf die Fraktionen der politischen Rechten beschränkt, auch bei der SPD ist ein überproportionaler personeller Einfluß des selbständigen Handwerks feststellbar. Bei der Plazierung ihrer Kandidaten im neuen Parlament kamen bei den Parteien aus den Berufen:

	NSDAP	SPD	Kampffront	KPD	Welfenpartei
Handwerker	3	4	2	–	1
Kaufleute	1	2	1	–	–
Arbeiter	2	1	–	2	–
Selbständige (Ärzte, Rechtsanwälte)	2	–	2	–	–
Mittlere Beamte	2	1	–	–	–
Angestellte	2	–	–	–	–
Händler	–	–	1	–	–
Hausfrauen	–	1	–	–	–
Landwirte	2	–	–	–	–
32 Sitze	14	9	6	2	1

Unübersehbar ist in diesem Zusammenhang, daß die NSDAP über gezielte personelle Entscheidungen unmittelbar nach den Wahlen ihren Einfluß im mittelständischen Sektor zu konsolidieren suchte. Beim Zusammentritt des Stadtparlaments schlug der Ortsgruppenleiter Burmeister nämlich als Fraktionsführer der stärksten Partei den selbständigen Arzt Dreßler zum Vorsitzenden, zum »Bürgervorsteher-Worthalter«, vor. Bei der Besetzung der unbesoldeten, den Magistrat beratenden fünf Senatoren stellte die NSDAP drei, den Kaufmann Burmeister, den Stellmachermeister und kurz darauf zum Kreishandwerksmeister gekürten Straßberger sowie den Lehrer Voges. Die SPD besetzte einen der Senatorenposten mit dem Handwerker Braune und die »Kampffront« ebenfalls einen mit dem Handelskammerpräsidenten Reichenbach, Inhaber einer kleinen Faßfabrik. Charakteristisch ist, daß die NSDAP auf die Repräsentation der Arbeiterschaft innerhalb des Parlaments keinen großen Wert mehr legte. Während nämlich auf der Kandidatenliste der NSDAP noch ein Arbeiter (Rehr) auf Platz 2 nach Burmeister, vor Straßberger (Platz 3) und Dreßler (Platz 4) kandidiert hatte und der Arbeiter Johannsdotter, Mitglied der SS, auf den Wahlkundgebungen mit dem Hitler-Wort werbend: »Diejenigen, die sich heute noch nicht neben den Arbeiter stellen wollen, sondern glauben, über ihm zu stehen, die werde ich zwingen, sich unter ihn zu stellen«, in exponierter Weise im Wahlkampf herausgestellt worden war¹⁰², wurde ein Arbeitervertreter bei der Postenverteilung nach den Wahlen nicht mehr berücksichtigt. Rehr figurierte lediglich weiterhin als einer der lokalen Führer eines SA-Sturms. Neben Dreßler als Vorsitzendem des Stadtparlaments und den beiden Senatoren Burmeister und Straßberger rückte der Lehrer Voges, der erst an 10. Stelle auf der Kandidatenliste der Lüneburger NSDAP plazierte worden war, zum dritten Senator auf¹⁰³. Er wurde im April 1933 auf der örtlichen Kreistagung der Amtswalter seiner Partei

102 LA vom 11. 3. 1933.

103 LA vom 28. 3. 1933.

auch zum Kreisleiter bestimmt¹⁰⁴. Seine erste politische Absichtserklärung bestand darin, zu betonen, künftig werde kein Lehrer ohne seine bzw. des Pastors Pg. Hahn^{104a} Zustimmung mehr eingestellt resp. entlassen¹⁰⁵. In dieser Richtung arbeitete Voges eng mit den bürgerlichen SA-Führern der Region zusammen, so dem Hauptmann a. D. Dr. Weber aus Adendorf, einem Lüneburger Vorort, der auch Mitglied des preußischen Landtages war.

Mit der Rückendeckung der NSDAP-Senatoren im Stadtrat, der Unterstützung der SA und der Gauleitung Ost-Hannover in Harburg (die nach 1937 im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes nach Lüneburg übersiedelte, so daß Lüneburg fortan »Gauhauptstadt« wurde) sowie dem Rückhalt des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin¹⁰⁶ bzw. seiner Harburger Außenstelle vollzog sich relativ geräuschlos und schnell die personelle Gleichschaltung der Kammern und Verbände im Raum Lüneburg. Unterstützt wurde dieser Prozeß von der bereits sehr früh einsetzenden Welle der Amtsenthebungen der Regierungspräsidenten in Stade, Hannover und Hildesheim, dann auch in Lüneburg, sowie der Polizeipräsidenten in Harburg und in Hannover; hier wurde der SA-Führer Lutze nach einem Zwischenspiel als Polizeipräsident in Hannover auch Nachfolger Noskes als Oberpräsident, bis er dann 1934 nach der Ermordung Röhm zum obersten SA-Führer im Reiche aufstieg^{106a}. Einer der wichtigsten Vertrauensmänner der Partei für das Handwerk war Gauleiter Telschow selbst, ein ehemaliger Polizeiobersekretär. Es ist kein Zufall, daß gerade er wegen seiner Verdienste um das niedersächsische Handwerk 1938 den Ehrenring des Deutschen Handwerks erhielt, eine Auszeichnung, die außer ihm nur noch dem Hamburger Gauleiter Kaufmann sowie Göring (seit 9. 4. 1938 Ehrenmeister des Deutschen Handwerks) verliehen wurde, handelte es sich doch um die höchste Ehrung, die das Handwerk zu vergeben hatte¹⁰⁷.

In Lüneburg exponierte sich Straßberger, der zum Kreishandwerksführer avancierte und als solcher allen rd. 1800 Handwerkern vorstand, die nunmehr in insgesamt 24 Zwangsinnungen organisiert wurden. Im Januar 1936 rückte er zusätzlich in den Vorstand der Handwerkskammer Harburg auf¹⁰⁸. Hier wurde der langjährige Präsident, der Baumeister Bardowicks, durch den Harburger Friseurmeister Heinrich Heisig abgelöst, der seit 1934 auch als Gauamtsleiter für Handwerk und Handel (NS-Hago für Ost-Hannover) in der Deutschen Arbeitsfront fungierte. In Hildesheim rückte z. B. auch Schmidt-Nordstem-

104 Kreisleiter bis dahin war eine nicht näher zu identifizierende Person, Brändel, gewesen, vgl. LA vom 6. 2. 1933.

104a Pastor Pg. Hahn war Vors. der niedersächsischen protestantischen Pfarrer im NS-Lehrerbund, vgl. *Noakes*, S. 208; 1932 rückte er als Abgeordneter in die NS-Landtagsfraktion in Preußen ein.

105 LA vom 23. 4. 1933.

106 Vgl. dazu H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, Nr. 28, Funkschreiben der Gestapo Berlin vom 21. 6. 1933 an sämtliche Staatspolizeistellen: »Mittwoch den 21. Juni morgens 9 Uhr Aktion energisch durchführen, auf deutschnationale Betriebszellen und deutschnationalen Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes ausdehnen«; dito vom 20. 6. 1933, An alle Staatspolizeistellen: »Umgehenden Bericht über Organisation, Stärke und Betätigung des deutschnationalen Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes«.

106a Für die Art und Weise und das Tempo der Umbesetzungen in diesem Raum vgl. BA Koblenz, Nl. Hugenberg, Nr. 85 (Vorschläge des politischen Vertrauten Hugenbergs, des Staatssekretärs Bang, vom 7. 3. 1933) und LA vom 27. 3. 1933: Wieder Umbesetzungen in Preußen. Zu dieser Zeit waren Noske als Oberpräsident, die Regierungspräsidenten in Stade, Hildesheim und Osnabrück, die Polizeipräsidenten in Hannover und Harburg – Wilhelmsburg bereits beurteilt. Gleiches galt für die Mehrheit der Regierungsvizepräsidenten und einzelne Landräte.

107 *Jahrbuch des deutschen Handwerks 1938/1939*, Berlin 1939, S. VI.

108 *Handwerkskammer Harburg – Wilhelmsburg. Geschäftsbericht vom 1. 10. 1935 bis 31. 3. 1936*, S. 9.

men zum Präsidenten der Kammer auf. Diese Machtergreifung in den lokalen Kammern wurde regional im NWHB und in der Handwerkerspitze in Berlin im Deutschen Handwerks- und Gewerbeamttag durch die Gleichschaltungskommissare Zeleny und Schild weiter abgestützt¹⁰⁹, die in engem Einvernehmen mit von Renteln vorgingen. Dieser war an die Spitze des Anfang August 1933 zur NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) umgebildeten Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes getreten, nachdem er bereits im Juni 1933 den Präsidentenposten im Deutschen Industrie- und Handelstag in Personalunion mit dem des Reichsstandes des Deutschen Handels usurpiert hatte. Das noch bestehende Nebeneinander von nationalsozialistischen Dachverbänden und alten Spitzenverbänden im Handwerk wurde nach der Bildung einer einheitlichen Spitzenorganisation, des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, im Mai 1933, in dessen Leitung ebenfalls von Renteln trat, mit dem Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Handwerks im Herbst 1933 organisatorisch abschließend bereinigt.

An der Spitze des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, seit 1935 zur Reichsgruppe Handwerk umgewandelt, stand der Reichshandwerksmeister (bis 1938 W. G. Schmidt, danach der ehemalige Landeshandwerksmeister der Nordmark, der Altonaer Handwerkskammerpräsident und Maschinenbaumeister F. Schramm). Zu dessen persönlichen Vertretern wurden in den einzelnen Bezirken Landeshandwerksmeister bestellt. Diesen wiederum unterstanden sowohl die Bezirksstellen der Reichs-Innungsverbände, welche als Zwangsinnungen konstituiert waren, als auch die Handwerkskammern sowie die Kreis-Handwerkerschaften als pflichtmäßige Zusammenschlüsse aller örtlichen Innungen innerhalb eines Gebietes. Die neu geschaffenen Wirtschaftsgebiete, denen der Landeshandwerksmeister vorstand, stimmten mit denen der Treuhänder der Arbeit überein: Im Treuhänderbezirk Niedersachsen hatte dieses Amt eine Zeitlang der Gau-Hago-Führer von Süd-Hannover–Braunschweig, Behme, inne, und nicht, wie es die Regel war, einer der regionalen Handwerkskammerpräsidenten. Danach verwaltete dieses Amt ab 1936 der neu ernannte Landeshandwerksmeister, der Bäcker- und Konditormeister Willy Michel aus Hannover, der damit den Handwerkskammern in Aurich, Braunschweig, Hannover, Harburg, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück und der Gewerbeamt Bremen mit insgesamt 115 134 Handwerksbetrieben vorstand¹¹⁰. Im Zuge der Vierjahresplan-Organisation 1936 fungierten die Landeshandwerksmeister zudem innerhalb der neu errichteten Bezirkswirtschaftskammern, so z. B. Michel in der Wirtschaftskammer Niedersachsen in Hannover, als Leiter der Handwerksabteilung. Während der Hannoveraner Industrielle Tischbein von den Continental-Gummiwerken AG Vorsitzender dieser Kammer war, amtierte Michel als stellvertretender Vorsitzender, was zugleich den Stellenwert des Handwerks im Gesamtgau markiert.

Insgesamt war personell das niedersächsische Handwerk in den gleichgeschalteten Gremien auf Reichsebene hinreichend durch Schmidt–Nordstemmen repräsentiert, der nicht nur zum Reichsinnungsmeister für das Fleischerhandwerk avancierte, sondern 1936 zusätzlich zum Mitglied des dreiköpfigen Beratungsgremiums des Reichshandwerksmeisters bestellt wurde¹¹¹. Außerdem amtierte Wienbeck im preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie im Reichswirtschaftsministerium als Ministerialdirektor.

109 Vgl. *Carl Zeleny*, Die Gleichschaltung im Handwerk, in: *Deutsches Handwerk*, Jg. 2, Nr. 7, April 1933, S. 70 ff.; *Adrian von Renteln*, Die Neuorganisation des Handels, Handwerks und Gewerbes, in: *Wirtschaftsblatt Niedersachsen*, Nr. 33/34, September 1933, S. 279 ff.

110 *Heinz Spitz*, Die Organisation des deutschen Handwerks, Berlin 1936, S. 50.

111 *Ebda.*, S. 116; für den Zusammenhang vgl. auch *Chesi*; *Schweitzer*, *passim*.

Wie im Handwerk so vollzogen sich vergleichbare Entwicklungen auch im Bereich der klein- und mittelbetrieblich organisierten Industrie. Im Bereich der Industrie- und Handelskammer Lüneburg usurpierte der Führer der Lüneburger NSDAP, Burmeister, das Amt des Präsidenten, das er bis zum Kriegsende 1945 ununterbrochen innehaben sollte. Gleichzeitig erfolgte die Gleichschaltung des Vereins Lüneburger Kaufleute als Standesorganisation der Kaufmannschaft¹¹². Die IHK Lüneburg wurde zudem 1934 organisatorisch dadurch erweitert, daß ihr eine Kleinhandelsvertretung für Einzelhandel, Handelsvertreter, Gastwirte und ambulantes Gewerbe inkorporiert wurde, welche bis 1933 immer wieder am Widerstand der kaufmännischen Honoratioren gescheitert war. Damit wurden jetzt neben den Vollkaufleuten durch Gesetz auch die kleinen Gewerbetreibenden integriert, eine soziale Gruppe, die, abgesehen vom Handwerk, bis dahin am stärksten – ganz im Gegensatz zu den Kaufleuten in den alten Lüneburger Handelshäusern – nazifiziert worden war. 1935 gehörten dieser Einzelhandelsvertretung rd. 3500 Kleingewerbetreibende an, 1936 ging die Zahl der Mitglieder, die Beiträge entrichteten, zwar auf rd. 3000 zurück, die Gesamtzahl erhöhte sich aber auf rd. 4000, von denen allein rd. 1200 aus dem Bereich des sog. Landhandels kamen¹¹³. Man geht sicher nicht fehl in der Interpretation, daß es Burmeister nicht zuletzt aufgrund der zahlenmäßigen Stärke dieser Gruppe gelang, die Lüneburger IHK auf nationalsozialistischem Kurs zu halten. Ferner kam dem Präsidenten zustatten, daß der 1. Syndikus der Kammer, Mackensen, der noch 1933 auf der Liste der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot für das Stadtparlament kandidiert hatte, als Deutschnationaler der Hugenbergschen Richtung schnell zum neuen Kurs aufschloß, ein Prozeß, der ihm auch durch seinen völkisch motivierten Antisemitismus erleichtert wurde¹¹⁴. Parteigänger fand Burmeister ebenfalls in dem Generaldirektor des Lüneburger Eisenwerks, dem langjährigen Vizepräsidenten der Kammer, Hansen. Die Mehrheit der alten Honoratioren verhielt sich demgegenüber eher zurückhaltend und exponierte sich kaum¹¹⁵.

Insgesamt wird man für die Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft – und gleichermaßen für die Zeit bis zum Kriegsausbruch – beim Lüneburger Mittelstand ein Gefühl des solidarischen Optimismus konstatieren können. Diesem Gefühl verlieh im Herbst 1933 stellvertretend für seine Berufskollegen in der mittelständischen Wirtschaft der Lüneburger Vorsitzende der Zwangsinnung für das Herren- und Damen-Schneiderhandwerk, Heinemann, mit den Worten Ausdruck, daß gesinnungsmäßig »alle anständigen, ehrlichen Deutschen«, ohne der NSDAP anzugehören, hinter der »Regierung unseres hochverehrten Herrn Reichskanzlers Adolf Hitler«¹¹⁶ ständen.

112 LA vom 13. 4. 1933: Gleichschaltung im Verein Lüneburger Kaufleute.

113 Vgl. dazu die ungedruckten Berichte der IHK Lüneburg für die Jahre 1935 und 1936.

114 Vgl. Mackensen, bes. S. 90 ff.

115 Vgl. *ebda.*, S. 107.

116 St. A. Lüneburg, I Gb, Nr. 8, A. Heinemann an Magistrat der Stadt, 28. 10. 1933; ähnlich: *Handwerkskammer Harburg. Geschäftsbericht 1/1933 und 2/1933*, u. ö.

DIE ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DES MITTELSTÄNDISCHEN GEWERBES 1933—1938

In einer ersten Jahresbilanz nationalsozialistischer Handwerkspolitik betonte der Vizepräsident des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, Zeleny, Anfang 1934¹¹⁷, das Handwerk müsse langfristig wieder die Beschäftigtenzahlen des Jahres 1907 erreichen: Seiner Meinung nach könnten etwa eine Million Gesellen im Handwerk neu beschäftigt werden. Ansätze hierfür erblickte er in den bereits eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung, insbesondere in den Fernwirkungen des sog. Reinhardt-Programms: Über 1,5 Millionen Bauarbeiter und Handwerker seien mit Reparaturarbeiten wieder beschäftigt worden, zudem zeitigten die 75 000 Eheschließungen bis Ende 1933 aufgrund der Vergabe von Ehestandsdarlehen auch für das Handwerk spürbare Wirkungen. Insgesamt war diese Bestandsaufnahme eine Mischung von rückwärtsgewandter Sehnsucht nach einer stärkeren gesellschaftspolitischen Position des Handwerks und vorausschauender Prophetie, die von der Voraussetzung ausging, daß das Handwerk als ›Kulturträger‹ allerersten Ranges staatlicher Protektion in ungleich höherem Maße als alle anderen ›Stände‹ bedürfe. Von diesem Verständnis her waren auch die engeren gesellschaftspolitischen Postulate nur konsequent, die in der Forderung nach einer berufsständischen Gesellschaftsordnung kulminierten, deren eine wichtige Säule – neben der Landwirtschaft und der Industrie – das Handwerk bilden sollte. Die Reaktion im niedersächsischen Handwerk und im Bereich der mittelständischen Industrie im Raum Lüneburg nach der Machtergreifung auf die ersten Maßnahmen nationalsozialistischer Politik waren von einem ähnlichen Tenor bestimmt¹¹⁸. Abgesehen von den erkennbaren Wirkungen der Arbeitsbeschaffungs- und Kreditmaßnahmen, z. B. der Reichsbürgschaften, in den Jahren 1933/34, wirkten vor allem die berufsständischen Maßnahmen systemintegrierend, auch wenn seit dem Frühjahr 1934 deutlich wurde, daß der berufsständische Staat, den man sich erträumt hatte, nicht realisiert wurde. Die Festschreibung der Innungen als Zwangsinnungen (1934), die Einführung der sog. Handwerkerkarte sowie des sog. Großen Befähigungsnachweises im Jahre 1935 brachten schrittweise die Erfüllung alter handwerklicher Forderungen, die in der Weimarer Republik nicht realisiert worden waren.

Eine Analyse der im Einzugsbereich der Handwerkskammer Harburg–Lüneburg eingetragenen Handwerksbetriebe nach 1933 ergibt folgendes Bild: Die meisten Betriebe hatten den Sitz ihrer Innung im Kreis Harburg, gefolgt von den Kreisen Stade, Wesermünde, Lüneburg und Celle. Diese 5 Kreise allein vertraten bereits die Hälfte der Handwerksbetriebe des Kammerbezirks, die sich auf rd. 29 000 insgesamt beliefen¹¹⁹ und wiederum in 298 Zwangsinnungen und 16 Kreishandwerkerschaften organisiert waren.

Bezogen auf die Einwohnerzahl der 16 Kreise des Kammerbezirkes, verschob sich dieses Bild deutlich: In Kreisen mit geringer Einwohnerzahl waren die Betriebe verhältnismäßig stark vertreten, während sie in den bevölkerungsdichten Kreisen stark zurücktraten¹²⁰:

117 Karl Zeleny, Das Handwerk im nationalsozialistischen Staat, in: *Nationalsozialismus in Staat, Gemeinde und Wirtschaft*, Essen o. J. (1934), S. 151 ff.

118 Vgl. *Handwerkskammer Harburg. Geschäftsberichte 1933; 1934*, passim; Hitler wurde als »Volkskanzler« gefeiert und als Protektor des Handwerks hingestellt.

119 *Handwerkskammer Harburg – Wilhelmsburg. Geschäftsbericht vom 1. 10. 1935 bis 31. 3. 1936*, S. 28.

120 *Ebda.*; vgl. auch Spitz, S. 48 ff. (mit etwas abweichenden Zahlen).

Kreis	Zahl der Handwerksbetriebe im März 1936	Einwohnerzahl	Handwerksbetriebe auf je 1000 Einwohner
Osterholz	1 650	75 705	weniger als 25
Harburg	3 891	178 177	weniger als 25
Wesermünde	2 837	118 864	weniger als 25
Verden	1 511	61 140	weniger als 25
Lüneburg	1 890	72 640	25—30
Celle	1 887	71 532	25—30
Soltau	666	25 122	25—30
Burgdorf	1 540	55 903	25—30
Dannenberg	1 300	43 196	30—35
Uelzen	1 737	56 989	30—35
Bremervörde	1 395	42 830	30—35
Stade	2 638	80 803	30—35
Rotenburg	1 031	29 864	30—35
Land Hadeln	1 513	43 000	über 35
Gifhorn	2 206	62 532	über 35
Fallingbostal	1 240	34 508	über 35

Innerhalb der Handwerksbetriebe selbst war auch nach 1933 das Bekleidungs-gewerbe, insbesondere das Herren- und Damenschneiderhandwerk, am stärksten vertreten, danach rangierte das Bauhandwerk, während Ernährungs-, Metall- und Holzhandwerke stärker zurücktraten. Strukturelle Verschiebungen zwischen 1933 und dem Kriegsausbruch lassen sich aufgrund des vorhandenen Materials (vgl. Tab. 1, S. 46) zumindest in der Grobanalyse gewichten. Dabei ist deutlich, daß die absolute Zahl der Betriebe von 28 818 (1. 1. 1936) und 28 502 (1. 1. 1937) bis 1938 auf 26 623¹²¹ zurückging, d. h. um knapp 8 %. Dieser Rückgang, der in der Lüneburger Region sogar rd. 15 % betrug – hier lauten für 1936 und 1938 die Zahlen 2100 bzw. 1822 –, scheint in erster Linie durch den Vierjahres-Plan 1936 bedingt zu sein. Im Frühjahr 1937 konstatierte die Handwerkskammer Harburg die deutlich rückläufige Bewegung der Betriebszahlen, vor allem bei Schuhmachern, Maurern, Herrenschnidern und Friseuren, sie wollte dieses aber keineswegs als »Krisenzeichen« verstanden wissen.

Im Gegenteil, der Weg vom »unrentablen Handwerker« zum gut bezahlten Facharbeiter in der Rüstungsindustrie wurde in doppelter Hinsicht als erwünscht gewertet: Einmal würden die übersetzten Kleinbetriebe, die sog. »Notselbständigen«¹²², der Jahre 1929–1933 reduziert, ferner werde die noch immer zu Klagen Anlaß gebende Schwarzarbeit eingedämmt und außerdem dem Arbeitskräftemangel in der Rüstungsindustrie abgeholfen, d. h. eine nationale Tat vollbracht. Durch Abmachungen zwischen Reichsstand des Deutschen Handwerks und dem Reichswirtschaftsministerium sollte diesen Ein-Mann-Betrieben, die

121 *Handwerkskammer Harburg – Wilhelmsburg. Geschäftsbericht vom 1. 4. 1936 bis 31. 3. 1937*, S. 23 f.; *Spitz, 1. Nachtrag 1938*, S. 14 f.

122 *Jahrbuch des deutschen Handwerks 1938/39*, S. 21.

nicht aus der Handwerkskarte gestrichen wurden, später einmal wieder die Chance gegeben werden, wieder zu eröffnen. Auf diese Weise konnte das handwerkliche Standesdenken befriedigt werden.

Jene Selbstinterpretation kann indes nur partiell überzeugen, denn es ist unübersehbar, daß der Vierjahresplan mit seiner zwangsläufigen Orientierung auf den leistungsfähigen Industriebetrieb vor allem in der forcierten Phase der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung 1937/1938 das Handwerk in seiner Substanz gefährdete. Diesen Zusammenhang erhellt indirekt auch eine Analyse der Lehrlingszahlen: Betrachtet man deren Entwicklung zwischen dem 1. 1. 1931 und dem 1. 1. 1938¹²³, so wird man seit 1936/37 eine Stabilisierung auf einem Niveau erkennen können, das das Krisentief der Jahre 1932 bis 1934 z. T. um rd. 100 % übertraf. In dem Maße, in dem die Gesellen seit 1936 in die Rüstungsindustrie abwanderten, nahm die Zahl der Lehrlinge im Handwerk wieder zu und bildete einen Ersatz für die Entblößung von Fachkräften, der jedoch kaum der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Handwerksbetriebe diente, auch wenn kurzfristig die Lohnmenge sank:

Entwicklung der Lehrlingszahlen im Bereich der Handwerkskammer Harburg (-Wilhelmsburg) 1931 bis 1938

1. 1. 1931	10 603	1. 1. 1936	8 252
1. 1. 1932	8 913	1. 7. 1936	9 601
1. 1. 1933	7 134	1. 1. 1937	9 839
1. 1. 1934	5 640	1. 7. 1937	10 307
1. 1. 1935	7 344	1. 1. 1938	10 051

Gegenüber 1926 und 1933 vollzogen sich nach 1933 in den Branchen selbst signifikante Wandlungen (vgl. Tab 1, S. 46): Die sog. ›alten Handwerke‹ in den Kleinbetrieben nahmen zu; die Berufe, die industriell verwertbar waren und teilweise einen Funktionswandel im Sinne partieller Modernisierung vollzogen, nahmen ab (z. B. Klempner, Schlosser). Leider fehlen in diesem Zusammenhang Daten über Steueraufkommen und Gewinne; für die Umsatzentwicklung liegen nur Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung aus dem Jahre 1935 auf Reichsebene vor, die demnach von 10,11 Milliarden RM im Jahre 1933 (= 54 % der Umsätze, bezogen auf das Jahr 1928) auf 14,50 Milliarden RM anstiegen (= 77,2 % von 1928)¹²⁴; die Gewinne stiegen von 1,37 Milliarden RM 1933 (= 43,5 % von 1928) auf 1,80 Milliarden RM (= 57,4 % von 1928), blieben also beträchtlich hinter der Umsatzsteigerung zurück¹²⁵. Maßgebend dafür dürften außer der relativ ungünstigen Preisentwicklung für handwerkliche Produkte¹²⁶ die ungünstige Entwicklung der Lohnstruktur gewesen sein. Seit 1936 war die Entwicklung der Löhne, besonders in den ländlichen Gebieten des Kammerbezirkes, Angelpunkt der kontinuierlich vorgebrachten Klagen¹²⁷. Die übertarifliche Bezahlung, die das Landhandwerk leisten mußte, um zunächst noch ein Abwandern der Gesellen in die besser bezahlten Betriebe der Rüstungswirtschaft

123 *Das Handwerk im Gau Ost-Hannover. Geschäftsbericht der Handwerkskammer Harburg für die Zeit vom 1. 4. 1937 bis 31. 3. 1938*, S. 43.

124 Zit. nach Ulrich Müller, Die Entwicklung des Handwerks in den letzten Jahren unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Handwerkspolitik und Handwerksgesetzgebung, Phil. Diss. Berlin 1938, S. 111.

125 *Ebda.*, S. 112.

126 *Das Handwerk im Gau Ost-Hannover . . .*, 1. 4. 1937 bis 31. 3. 1938, S. 78 ff.

127 *Ebda.*

verhindern zu können, in der ein z. T. überhaupt nicht zu befriedigender Arbeitskräftebedarf bestand, minderte die Verdienstspannen derartig, daß viele Landhandwerker nahezu ohne Gewinn arbeiteten. Hier bildete sich ein erhebliches Konfliktpotential heraus¹²⁸, das noch dadurch vergrößert wurde, daß die handwerklichen Regiebetriebe in der Landwirtschaft, gefördert von der expansionistischen Politik des Reichsnährstandes bzw. der Landesbauernschaften, seit 1936/37 wieder zunahmen¹²⁹.

Im Bereich der mittelständischen Industrie¹³⁰ war die Entwicklung ebenfalls uneinheitlich: Die konjunkturelle Erholung seit 1933/34 setzte sich 1934 nur sehr zögernd fort. So bemerkte die Staatspolizeistelle Harburg–Wilhelmsburg Mitte 1934, daß die Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Stadt Lüneburg, wieder zugenommen habe, nachdem die ersten öffentlichen Bauprogramme ihren Abschluß erreicht hätten¹³¹. Die Zahl der Arbeitslosen beim Arbeitsamt Lüneburg betrug z. B. im Juni 1934 rd. 840, während sie im Mai des gleichen Jahres nur rd. 500 betragen hatte¹³². Diese Zahlen wurden zwar intern als »groß« qualifiziert, aber die allgemeine Stimmung im Stadtkreis Lüneburg dennoch 1934 im allgemeinen als »zufriedenstellend« gewertet. Prekärer war dagegen die Situation in Harburg–Wilhelmsburg, das prozentual die stärkste Arbeitslosigkeit im gesamten Deutschen Reich aufwies. Durch die Devisenknappheit wurden die großen Betriebe, etwa die Wilhelmsburger Wollkämmerei und die Wilhelmsburger Zinnwerke, zu Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen. Innerhalb der Arbeiterschaft breitete sich eine tiefgreifende Unzufriedenheit aus¹³³. In Lüneburg dagegen mußte 1935 nur eine alteingesessene Tapetenfabrik endgültig Konkurs anmelden, wodurch 80 Beschäftigte arbeitslos wurden¹³⁴. Andere Betriebe konnten durch kommunale Stützungsaktionen über Wasser gehalten werden. Versuche, Rüstungs-Zulieferindustrien wie die Kreidlerwerke 1935 nach Lüneburg zu ziehen, blieben trotz erheblichen Engagements und finanzieller Versprechungen des Magistrats erfolglos¹³⁵. Im Frühjahr 1935 klagte der Oberbürgermeister intern über die in Lüneburg bestehende »sehr große Arbeitslosigkeit«¹³⁶, ungeachtet der Tatsache, daß einzelne Werke wie z. B. die Lüneburger Eisenwerke durch Partizipation an der Rüstungskonjunktur florierten und sogar expandieren konnten, was sich in vermehrten Neueinstellungen niederschlug¹³⁷.

Im Bereich des Einzelhandels verlief die Entwicklung positiver, mißt man diese an den Anträgen zur Errichtung eines Einzelhandelsgeschäftes im konjunkturellen Aufschwung

128 Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Geheimbericht des Treuhänders der Wirtschaft für Niedersachsen vom 15. 7. 1936 und die Diskussion im Landesarbeitsamt Hannover, 7. 8. 1936, H. St. A. Hannover, Des. Hann. 122 a, XXXIII, Nr. 11, Bd. VI. Für den Zusammenhang vgl. auch *Mason*, S. 194 ff.

129 *Das Handwerk im Gau Ost-Hannover . . .*, 1. 4. 1937 bis 31. 3. 1938, S. 82.

130 Für die zeitgenössische Diskussion dieses Problems vgl. den Tenor der folgenden Bücher und Broschüren: *Dietrich Gehrke*, Der kleine und mittlere Betrieb im Bereich der deutschen Industrie, Diss. oec. Handelshochschule Königsberg 1936; *Kurt Kampmann*, Das Problem der Versorgung der deutschen Mittel- und Kleinindustrie mit langfristigem Kredit, (Wiso. Diss. Köln) Emsdetten 1936; *Carl Adolf Schleußner / Erwin Barth v. Wehrenalp*, Lebensfragen des Mittelbetriebes, Berlin 1937; *Herbert Rost*, Wozu noch Mittelbetriebe? Stuttgart/Berlin 1940.

131 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, Nr. 5, Bericht der Staatspolizeistelle Harburg – Wilhelmsburg vom 1. 6. 1934.

132 Ebda., Bericht der Ortspolizeistelle Lüneburg vom 27. 6. 1934.

133 Ebda., Bericht der Staatspolizeistelle Harburg – Wilhelmsburg vom 1. 6. 1934.

134 St. A. Lüneburg, II Hi, Nr. 9.

135 St. A. Lüneburg, VI A, Nr. 19, Kreidler an Oberbürgermeister Schmidt, 23. 12. 1935.

136 St. A. Lüneburg, II Hi, Nr. 9, OB Mohrmann an Bente, 18. 5. 1935.

137 Mdl. Information seitens der ehemaligen Firmenleitung vom Jan. 1977.

bis 1936. Diese steigerten sich zwischen 1933 und 1936 im Bereich der Industrie- und Handelskammer Hannover von rd. 400 im Jahre 1933 und 600 im Jahre 1934 auf 1042 im Jahre 1935¹³⁸. Für den Bereich der Industrie- und Handelskammer Lüneburg liegen Zahlen in diesem Zeitraum nicht vor. Aus den vorhandenen Angaben für die Jahre 1936 bis 1939¹³⁹ läßt sich vermuten, daß der Trend eher rückläufig war. Ähnlich wie das Handwerk konnte der Einzelhandel viele seiner protektionistischen Forderungen der Jahre vor 1933 durchsetzen: Er hatte eine Einschränkung der Gewerbefreiheit sowie die Zurückdrängung resp. Ausschaltung der Kaufhäuser, Kleinpreisgeschäfte, Serienpreisgeschäfte, der Filialbetriebe und Konsumgenossenschaften gefordert und mit der Verabschiedung des Einzelhandelsgesetzes vom 12. 5. 1933 im Ansatz erreicht. Auf dieser Linie bewegten sich auch die inhaltlichen Forderungen der IHK Lüneburg, die eine gestaffelte erhöhte Umsatzbesteuerung der wenigen großkapitalistischen Einzelhandelsbetriebe, so des Kleinpreis-Warenhauses GUBI, das der Leipziger Großhandelskette Grohag angeschlossen war, vorsahen¹⁴⁰. Die Ausführung der Gesetzgebung zugunsten des Einzelhandels verlief indes insgesamt relativ schleppend: Erst 1935 wurden z. B. die in Lüneburg domizilierende Beamten-genossenschaft liquidiert und andere Betriebe dieser Art in privatkapitalistische Hände überführt. Das geschah deshalb relativ spät, weil die Deutsche Arbeitsfront als Rechtsnachfolgerin dieser Betriebe die usurpierten Institutionen zur Versorgung ihrer Mitglieder nicht ohne weiteres aufgeben wollte¹⁴¹.

Eine gewisse Verschlechterung der ökonomischen Situation im Kleinhandel scheint mit der Inaugurierung des Vierjahresplans eingetreten zu sein. Die Ernährungskrise 1935/36 und die Preisstop-Verordnung vom 26. 11. 1936 bedrohten vor allem den Lebensmitteleinzelhandel, dessen Verdienstspannen erheblich schrumpften¹⁴². Diese Tendenz setzte sich jedoch 1937 nicht fort, vielmehr trat eine gewisse Konsolidierungsphase ein, obwohl Krisenerscheinungen unübersehbar blieben.

Im Agrarsektor wich die gehobene Stimmung des Jahres 1933, die nicht zuletzt durch die starke Stellung regionaler Bauernführer in der Partei beeinflusst wurde – so Aumüller aus Winsen und insbesondere Weidenhöfer, Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, gleichzeitig stellvertretender Gauleiter –, schnell einer gewissen Ernüchterung. 1934 wurde die Stimmung seitens des Geheimen Staatspolizeiamtes Harburg-Wilhelmsburg im Landkreis Lüneburg als »nicht mehr so einheitlich gut wie zu Anfang«¹⁴³ qualifiziert, wobei vor allem auch die »Mißgriffe örtlicher Unterführer« der Partei herausgestellt wurden, ein Indiz für zentrifugale Tendenzen in der Partei. Infolge der Dürre des Sommers 1934 kam es zusätzlich zu einem erheblichen Ernteausfall, teilweise blieben die Erträge mehr als 50 % hinter der Vorjahresernte zurück. Im Juni 1934, vor dem sog. Röhmputsch, erschien die Stimmung als »sehr gedrückt«. Seit 1935/36 läßt sich jedoch eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und, damit korrespondierend, der Stimmung konstatieren. Die handfeste agrarische Preispolitik, initiiert von dem zum schlagkräftigen Instrument ausgebauten Reichsnährstand resp. der Landes- und Kreisbauernschaft, führte

138 Vgl. u. a. *Pernau*, Drei Jahre Einzelhandelsschutz, in: Wirtschaftsblatt Niedersachsen, Nr. 11, Juni 1936, S. 289 ff.

139 1936: 241 Anträge; 1937: 210 Anträge; 1938: 238 Anträge; vgl. *Die Industrie- und Handelskammer zu Lüneburg im Jahre 1936 ff.*

140 *Mackensen*, S. 513 ff.

141 *Ebda.*, S. 517.

142 *Die Industrie- und Handelskammer zu Lüneburg im Jahre 1936*, S. 9 f.

143 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, Nr. 5.

dazu, daß sich eine erhebliche Polarisierung zwischen Stadt und Land auftrat. Das gilt weniger für die Lüneburger Region, trotz einzelner Klagen. Andere Regierungspräsidenten dagegen, wie z. B. der von Osnabrück, polemisierten in äußerst scharfer Form gegen die massiven Preiserhöhungen für Agrarprodukte, die die Mißstimmung innerhalb der arbeitenden Bevölkerung und des Handwerks sowie des Einzelhandels anheizten¹⁴⁴. Verschärfend trat in diesen Fällen hinzu, daß im Zuge der Aufrüstung nach 1936 auch die Landarbeiter noch ihre Lohnforderungen erhöhten, z. T. sogar verdoppelten, wobei sie mit einem Abwandern in die Rüstungsindustrie drohten, sollte man ihrem Verlangen nicht nachkommen¹⁴⁵.

KONFLIKTE UND KONFLIKTREGELUNGEN 1933—1939:

MITTELSTÄNDISCHER ANTIKAPITALISMUS UND ANTISEMITISMUS ALS ELEMENTE SEKUNDÄRER INTEGRATION

Die Masse der auf den Mittelstand bezogenen Gesetzgebungsakte nach 1933 stand, ungeachtet ihrer direkt oder indirekt wirkenden protektionistischen Effekte, in mehr oder minder großer Distanz zu den mittelständischen Aktionen und Parolen aus den Kampfjahren der NSDAP vor 1933. Das galt sowohl für die Behandlung der Warenhäuser wie der Einheitspreisgeschäfte, die nicht kommunalisiert wurden, sowie für die Tatsache, daß auch die großkapitalistischen Betriebe nicht vergesellschaftet bzw. verstaatlicht wurden, wie es z. B. Feder oder Wagener als Exponenten des kleinbürgerlich-antikapitalistischen Flügels in der Partei mehrfach vor 1933 gefordert hatten. Ebenfalls wurde der Arierparagraph der Beamtengesetzgebung nicht auf den wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt.

Jene Gesetzgebung, die zweifelsfrei opportunistischen Gesichtspunkten der Parteiführung sowie Effizienzdenken mit Blick auf die reibungslose Ausrichtung der Volkswirtschaft auf das expansive außenpolitische Programm der Reichsregierung Rechnung trug, scheint innerhalb der engeren Führung der NSDAP im Gau Ost-Hannover ohne Widerspruch akzeptiert worden zu sein. Gleiches gilt nicht für die Basis, speziell für die SA sowie die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation NSBO. Arbeiter, Angestellte und Klein-gewerbetreibende, die sich in diesen Organisationen sammelten, glaubten im Gegenteil am 30. 1. 1933 erst eine vorläufige Etappe der nationalsozialistischen »Revolution« beendet zu haben und stimmten in der Folgezeit in den, insbesondere innerhalb der SA, populären Ruf nach der »Zweiten Revolution« mit ein. In diesen Gruppen scheint ein echtes »sozial-revolutionäres«, anti-kapitalistisches Protestpotential vorhanden gewesen zu sein, das sich von den »Bonzen«, den arrivierten Funktionsträgern sowie von den neu ernannten Amtswaltern in der Partei selbst, in der Wirtschaft und in der Bürokratie pointiert absetzte. Auch in Lüneburg sind diese Unterströmungen besonders innerhalb der SA erkennbar, die sich z. T. aus Arbeitern ehemals unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung bis hin zu ehemaligen Aktivisten der KPD zusammensetzte¹⁴⁶. In ihrem Elan erhielt die SA Unterstützung von jungen, relativ spät zur »Bewegung« gestoßenen Mitgliedern, wie z. B. dem

144 St. A. Lüneburg, I Ge, Nr. 170; ebda., Gc, Nr. 170, Obermeister der Schlachterinnung an OB der Stadt Lüneburg, 9. 10. 34 (Fleischpreis-Entwicklung); H. St. A. Hannover, Des. Hann. 122 a, XXX, III, Nr. 11, Bd. VII, Bericht des Regierungspräsidenten von Osnabrück an den Oberpräsidenten vom 23. 9. 1936.

145 H. St. A. Hannover, Des. Hann. 122 a, XXX, III, Nr. 11, Bd. VI, Bericht des Treuhänders der Arbeit vom 15. 7. 1936.

146 Private Informationen der Verf. aufgrund von Interviews.

Führer der Marinejugend Lüneburg, dem Bootsbauer Ahlers, der noch 1932 Vorsitzender der rechtsbürgerlichen Not- und Kampfgemeinschaft gewesen war¹⁴⁷. Jene zählten zu den Wortführern gegen die ›Verbürgerlichung‹ und ›Verbonzung‹. Die ökonomische Krise der Jahre 1933–1935 in den industriellen Ballungsgebieten und die politische Unzufriedenheit dort sind dabei, zumindest für die Jahre 1933 und 1934, direkt proportional. Im Raum Harburg-Wilhelmsburg, wo die Arbeitslosigkeit bekanntlich am größten war, ging die Staatspolizeistelle 1934 in Zusammenarbeit mit der Politischen Organisation der NSDAP sowie der Staatsanwaltschaft in Lüneburg »besonders scharf gegen die Nörgler und Miesmacher«¹⁴⁸ vor, und zwar nicht nur innerhalb derjenigen Gruppen der Bevölkerung, die der Partei sowieso gegnerisch gegenüberstanden, sondern gerade auch innerhalb der eigenen Reihen. Schutzhaftverfügungen, Aburteilungen im Schnellverfahren häuften sich in dieser Zeit. Das Landgericht Lüneburg unterstützte dabei nachdrücklich die Methoden der Staatspolizeistelle, die eine »viel zu langsame und daher für die politischen Zwecke nutzlose Strafgerichtsbarkeit« beklagt und statt dessen auf eine schnelle Abschreckungsjustiz gedrängt hatte.

Auf jenem atmosphärischen Hintergrund erhalten auch die Rufe nach einer »zweiten Revolution« ab Sommer 1933 prägnantere Aussagekraft. Hierfür scheint der Rekurs auf die Entwicklung der Lüneburger NSDAP einige Hinweise zu bieten. Schon bei der Betrachtung der sozialen Struktur der Lüneburger NSDAP vor 1933 war die starke mittelständisch-handwerkliche Repräsentanz deutlich geworden. Das galt u. a. für Straßberger, für Burmeister wie für einen seiner zeitweiligen Amtsvorgänger, den Klempnermeister Fritz aus Neuhaus¹⁴⁹. Auch in der neuen Kreisleitung der NSDAP überwog das bürgerlich-mittelständische Element. Ihre 13 Mitglieder setzten sich neben dem Lehrer Voges (Lüneburg) aus mehreren Ingenieuren, einigen Bauern, einem Gemeindevorsteher, mehreren selbständigen Handwerksmeistern, wie dem langjährigen Reichstagsabgeordneten der NSDAP, dem Maurermeister Paul Brusck aus Neuhaus, sowie aus Kaufleuten zusammen¹⁵⁰. Deutlich geschieden von diesem Sozialmilieu war die Zusammensetzung der Nachfolgeorganisation des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, der lokalen NS-Hago: Ihr Leiter in Lüneburg, Ruppel, kam aus der Handlungsgehilfenbewegung. Ähnliches gilt für die Zusammensetzung der örtlichen SA; der Führer der SA-Standarte 16, Herwig-Ebstorf, der Schwiegersohn des Klempnermeisters Fritz, war von Beruf Landwirtsgehilfe, und der Führer der SA-Standarte zbV, Peter Bösch, war Arbeiter im Eisenwerk Lüneburg und ehemaliger Sozialdemokrat¹⁵¹. Als SA-Mann wurde er dort bald zum Betriebsratsvorsitzenden nominiert.

Insgesamt wird deutlich, daß die Spitzen jener Unterabteilungen der Partei relativ schnell in der sozialen und politischen Hierarchie aufstiegen. Bösch wurde schnell vom Facharbeiter zum Meister im Eisenwerk befördert, Herwig figurierte 1934 bereits als Sonderbeauftragter beim Lüneburger Regierungspräsidenten im Rang eines SA-Oberführers und scheint auf

147 Persönliche Informationen der Verf.

148 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, Nr. 5, Bericht der Staatspolizeistelle Harburg – Wilhelmsburg vom 1. 6. 1934.

149 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, Nr. 182.

150 Ebda., XXV, Nr. 21; vgl. auch bereits die Kandidatenliste der NSDAP für die Landtagswahlen 1932 in Preußen in diesem Raum, in: *Handbuch für den preußischen Landtag*, Berlin 1932, S. 315 f. Von 20 Kandidaten insgesamt waren 3 Handwerksmeister, 8 Landwirte, 1 Hauptmann a. D. (Dr. Weber-Adendorf), 2 Ärzte, 1 Pastor (Hahn), 2 Gastwirte, 1 Handlungsgehilfe, 1 Fabrikant, 1 Landwirtsgehilfe.

151 Persönliche Informationen der Verf.

diese Weise als Amtswalter hervorgehobener Art auf höherer Stufe sozialen Prestiges einrangiert worden zu sein. Dieser Aufstieg war charakteristisch für viele obere SA-Führer, als deren typischer Fall im Raum Niedersachsen Lutze stehen mag, der vom SA-Oberführer zum Oberpräsidenten von Hannover aufgestiegen war. Einzelne Lüneburger SA-Truppführer, wie der Arbeiter Rehr, reüssierten innerhalb der SS; zusammen mit dem SA-Führer Stackmann wurde er schon im Frühjahr 1933 – zum Geburtstag Hitlers – auch offiziell geehrt. Solche Entwicklung traf auf das eigentliche Fußvolk in der SA und besonders in der NSBO nicht zu, die die »Lamettaträger« resp. »Goldfasane«, d. h. die neu ernannten Funktionsträger der Partei, mit Verachtung und Neid strafen¹⁵² und deren rasche Entfernung von der Basis kritisierten.

Die soziale Zusammensetzung der NSBO spiegelt noch schärfer die Bedeutung der Arbeiterschaft in der Partei wider. Im Raum Ost-Hannover erst relativ spät, im Juli 1931, gegründet, war ihre Führung, sieht man von dem Kreisbetriebszellenleiter, einem Diplom-Landwirt, ab, von Arbeitern und Handwerksgesellen beherrscht. An der Spitze stand als Gaubetriebszellenleiter 1933 der Handwerksgeselle Walter, dessen politische Forderungen im März 1933 nach den Reichstagswahlen weiterhin scharf antikapitalistisch und insbesondere antisemitisch motiviert waren: »er [Walter] lehne jede Judenhetze ab, aber diese Lösung der Lebensfrage des deutschen Volkes sei unbedingt erforderlich«¹⁵³, wobei er gezielt die Entfernung aller Juden aus öffentlichen Ämtern und aus der Presse, aber auch Beschlagnahme der Vermögen der seit 1918 eingewanderten Ostjuden und die Anmeldepflicht aller im Ausland befindlichen Vermögen forderte. Sein »antikapitalistischer Sozialismus« – »Schließung bzw. Verstaatlichung aller Banken, Börsen, Warenhäuser, Konsumvereine usw.« – war ebenfalls in erster Linie antisemitisch motiviert. Überdies machte Walter deutlich, daß sich der zukünftige nationalsozialistische Ständestaat auf Bauern und Arbeiter als tragende Säulen stützen müsse, d. h. er ließ die explizit mittelständische Programmatik deutlich zurücktreten. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde zwar von einigen anwesenden SA-Führern, so dem SA-Oberführer Hasse (MdR), die mittelständisch-bürgerlichem Milieu entstammten, solcher Führungsanspruch deutlich eingeschränkt¹⁵⁴ und statt dessen das Postulat des Interessenausgleichs erhoben, so daß der Primat der Arbeiterpolitik von Seiten Walters ohne Affront in der Öffentlichkeit relativiert werden konnte, immerhin ist jedoch ein gewisses Konfliktpotential auszumachen¹⁵⁵.

Tatsächlich meldete die Staatspolizeistelle Harburg-Wilhelmsburg in ihrem Lagebericht an die Gestapo Berlin vom 5. 7. 1934, eine Woche nach der Niederschlagung des sog. Röhmputsches, daß sie seit Monaten auf das Anwachsen des »Rufes nach der Zweiten Revolution in der SA« hingewiesen habe, der einer wachsenden Mißstimmung gegen die Politischen Organisationen der NSDAP, die SS, den Stahlhelm und die Behörden entsprungen sei¹⁵⁶

152 BA Koblenz, NS 22, vorl. Nr. 204, Auszug aus dem Monatsbericht der Gauleitung Ost-Hannover vom 12. 7. 1934; dort auch Belege für die Opposition in der SA gegenüber den Amtswaltern vor dem 30. 6. 1934; vgl. auch Pätzold, S. 165.

153 LA vom 7. 3. 1933: Die NSBO in Lüneburg; Walter erklärte u. a.: »Heute habe ein Handwerksgeselle die Macht in Händen, der sich durchgesetzt habe [...]«.

154 Ausführungen des SA-Oberführers Hasse, ebda.

155 Walter wurde bereits am 15. 10. 1933 von Willy Andreessen, Pg. seit 1929, Buchhalter aus Stade, abgelöst; jener stieg zum Gauamtsleiter der NSBO und der DAF sowie zum Gauwart der KdF auf, vgl. *Das Deutsche Führerlexikon 1934/35*, Berlin 1934, S. 549.

156 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, Nr. 5. Von ähnlichem Tenor waren bereits die Berichte der Ortspolizeibehörde Lüneburg und die des Landrates von Burgdorf aus dem Frühjahr 1934 an den Regierungspräsidenten bzw. an die Gauleitung bestimmt gewesen, vgl. ebda., Nr. 22.

und sich insonderheit auch gegen die Umgebung des Führers, jedoch nicht gegen diesen persönlich, gerichtet habe. In der SA sei der Appell zur Durchführung der ›Zweiten Revolution‹ äußerst populär gewesen. Nach Auffassung der Gestapo hätte deren Realisierung insbesondere deshalb einen »kommunistischen SA-Terror« bedeutet, weil ein großer Teil der SA – »in Harburg-Wilhelmsburg der größte Teil« – sich aus »ehemaligen Marxisten und Kommunisten« zusammensetze, die mangels konkreter politischer Zielsetzungen der NSDAP ihre »innere kommunistische Einstellung zum großen Teil noch nicht verdrängt« hätten. Wortführer beim Ruf nach der ›Zweiten Revolution‹ seien in erster Linie die älteren SA-Männer gewesen, die in den Jahren 1930 bis 1932 zur nationalsozialistischen Bewegung gestoßen seien, außerdem jüngere unverheiratete SA-Männer, die erst nach der Machtergreifung in die SA eingetreten seien, weil sie auf Anstellung bei Behörden und Ämtern gehofft, dann aber hinter Versorgungsanwärtern der NSDAP hätten zurückstehen müssen. Diese Analyse kennzeichnet – trotz ihres nicht zu übersehenden Rechtfertigungscharakters – recht genau die Struktur jenes sozialrevolutionären Protestpotentials nicht allein aus Großstädten wie Harburg-Wilhelmsburg, sondern auch, sozial allerdings anders determiniert, aus der Lüneburger Region.

Trotz einzelner Schutzhaftmaßnahmen, etwa gegen Ahlers in Lüneburg, verlief im Gau Ost-Hannover die Entmachtung der SA insgesamt reibungslos. Die Entwaffnung der Einheiten traf auf keinen Widerstand, z. T. wurden lokale SA-Führer durch ehemalige Stahlhelm-Führer ersetzt. In die alten Führerstellungen drangen SS-Chargen vor, die auf diese Weise auch in der Provinz ihren Führungsanspruch durchzusetzen suchten¹⁵⁷. Innerhalb der Bevölkerung wurde die Aktion, dem Gestapo-Bericht zufolge, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, wobei jedoch die Forderung laut wurde, daß die Parteiführung in Berlin auch gegen die »örtlichen Mussolinis« vorgehen müsse, ein Indiz dafür, daß sich regionale und lokale NSDAP-Führer z. T. Machtpositionen erobert hatten, die unangreifbar, vor allem auch gegenüber der regionalen und lokalen Bürokratie (Regierungspräsidenten und Landräten), erschienen. Diese Kritik wurde bezeichnenderweise auch von der Gestapo in Harburg mit der Begründung unterstützt, auf diesem Wege könne das Gegenüberarbeiten von Partei und Behörde wirksam aufgehoben und die Effizienz im staatlichen Formierungsprozeß beschleunigt werden. Auch die SS orientierte sich im Gau Ost-Hannover primär an solcher Effizienz staatlicher Infiltration auf Kosten von Parteiideologie und -programm.

Eine dauernde Integration der Parteibasis im engeren Sinne wie auch des weiteren mittelständischen Anhangs scheint sich indessen nach 1934 kaum vollzogen zu haben. Anfang 1935 bemerkte die Gestapo, daß eine »gewisse Enttäuschung« sowohl in der Landwirtschaft – und hier vor allem in den ökonomisch traditionell schwachen Gruppen der Kleinbauern¹⁵⁸, denen die Politik der Regierung zu wenig radikal sei – als auch in der Handwerkerschaft und im Kleinhandel um sich greife¹⁵⁹.

Allein im Bereich der Industrie sowie in Kreisen der Landarbeiterschaft sei die Stimmung durch die vermehrte Beschäftigung im Zuge der Großbauten (Autobahntrasse) als zufried-

157 Dieser Sachverhalt wird verdeckt in den Gestapoberichten angedeutet, ebda.

158 Für die Erfolge der SPD auf dem Lande – in Winsen-Luhe existierte ein sozialdemokratisch geführter Kleinbauernbund – bzw. der KPD – in den Jahren 1928 bis 1931 wurde mit einigem Erfolg mit einem eigenen Organ (Stadt und Land – Hand in Hand) auf dem Lande agitiert (persönliche Informationen der Verf.) – vgl. auch die Wahlstatistiken in Teil I dieser Arbeit.

159 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXV, Nr. 5, Bericht vom 4. 1. 1935.

denstehend zu bezeichnen. Stimmungsberichte aus den Jahren nach 1935/36 fehlen leider für diesen Sektor. Immerhin wird man anhand der Berichte der örtlichen Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern vermuten dürfen, daß die forcierte ideologische Aufrüstung seitens der Partei vor allem seit 1936, die der militärisch-wirtschaftlichen parallel ging, wenigstens Erfolge in der sekundären ideologischen Integration zeitigte. Quer dazu stehen allerdings die erwähnten Befunde, insbesondere im Landhandwerk.

Jener ideologischen Aufrüstung hatten bereits die sog. ›Braune Messe‹ im April 1934 in Lüneburg¹⁶⁰ sowie zuvor eine große Kundgebung für den Handel in Braunschweig am 18. und 19. 11. 1933 gedient¹⁶¹. Planung, Organisation und Durchführung dieser großen Messe für Handwerk, Industrie und Landwirtschaft 1934 zeigen die propagandistische Zielsetzung dieser Aktion seitens des Regimes recht deutlich. Bereits Mitte März hatten sich unter Führung der NS-Hago in Lüneburg, mit Ruppel an der Spitze, Vertreter des Handwerksamtes, als dessen Abgeordneter der schnell in die Partei eingetretene Syndikus Dr. Struck auftrat, des lokalen Handwerks selbst und des Einzelhandels sowie auch ein Beauftragter des Berliner Instituts für deutsche Wirtschaftspropaganda aus der Reichsamtsleitung der NS-Hago versammelt. Eine maßgebliche Rolle in dieser Institution als stellv. Präsident und geschäftsführendes Mitglied spielte der frühere Leiter des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes im Gau Groß-Berlin, Hunke, ein enger Mitarbeiter von Renteln¹⁶². Über das Berliner Institut wurde auch die Finanzierung dieser Messe sichergestellt, was den Stellenwert dieser Aktion noch unterstreicht. Durch die Anwesenheit des Gauleiters Telschow sowie die Kopplung der Handwerker- und Handelsmesse mit einem Bauerntag, zu dem die regionalen Kreisbauernschaften Lüneburg-Bleckede, Lüchow-Dannenberg, Winsen-Luhe, Uelzen und Soltau mit rd. 4000 Bauern aufmarschieren sollten, sowie durch die gleichzeitige Abhaltung von Jugend- und Hausfrauentagen, die der Demonstration dienen sollten, wie man sinnvoll die staatlichen Ehestandsdarlehen anlegen könne, ferner durch die Einbringung eines Kulturtages mit Konzerten und endlich die Großkundgebung der NS-Hago mit anschließender Amtswalsertertagung sollte die Bevölkerung im Raum Lüneburg im Sinne der Partei ›total‹ erfaßt und ideologisch indoktriniert werden. Abgesehen davon versprach sich die Partei eine direkte ökonomische Wirkung dadurch, daß die einzelnen mittelständischen Produktionszweige nicht nur in Festzelten ihre Fertigkeiten demonstrieren, sondern auch an speziellen Verkaufstagen ihre Produkte verkaufen sollten, wobei auch vor allem die Verbundenheit von Stadt- und Landkreis zum Ausdruck kommen sollte. Durch die Einschaltung des ›Kampfbundes der Deutschen Kultur‹ endlich sollte das nationalsozialistische Gedankengut, völkisch-kulturell verbrämt, verbreitet werden.

Auf der gleichen Ebene ist auch die Abhaltung einer sog. Kulturtagung des niedersächsischen und nordmärkischen Handwerks am 20. Februar 1936 in Lüneburg zu interpretieren. Sie war durch die damals neu geschaffene Presse- und Propagandaabteilung der NSDAP im Gau Ost-Hannover vorbereitet worden¹⁶³ und versammelte unter der Leitung des Reichs-

160 St. A. Lüneburg, VI A, Nr. 21, auch für das Folgende.

161 Vgl. Wirtschaftsblatt Niedersachsen, Nr. 45/46, Dez. 1933, S. 407 ff.: Der Tag des deutschen Handels.

162 Heinrich Hunke, geb. 1902, Pg. seit 1923, seit 1928 Wirtschaftsreferent der Berliner NSDAP-Gauleitung; 1933 Gauleiter des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes Berlin, danach Geschäftsführer und ständiger Stellv. des Präsidenten des Werberates der Deutschen Wirtschaft.

163 *Handwerkskammer Harburg – Wilhelmsburg. Geschäftsbericht vom 1. 10. 1935 – 31. 3. 1936*, S. 54 f.; *Hannoverscher Anzeiger*, Nr. 45, 22. 2. 1936: Schöpferisches Handwerk.

handwerksmeisters Schmidt sowie des Landeshandwerksmeisters der Nordmark, Schramm, nicht nur die Handwerksführer des Gaus, sondern auch den Gauleiter Telschow, den Obersten SA-Führer Lutze, den Reichskommissar für den Mittelstand, Wienbeck, sowie die Landesbauernführer. Die Auswirkungen dieser Indoktrination lassen sich seit 1936/37 in einer qualitativ neuen Stufe der Formierung des Handwerks hinter Partei und Staat fassen. Diese Interpretation geht aus dem veränderten Tenor der Berichte der Handwerkskammer Harburg hervor; der Ton relativ nüchterner Bestandsaufnahme machte zunehmend hymnischer Feier Platz¹⁶⁴. 1937 wurde erstmals betont das »enge Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Handwerk«¹⁶⁵ herausgestellt, und zwar nicht nur aufgrund der Tatsache, daß der Kammerpräsident Heisig gleichzeitig Gauamtsleiter der Hauptstelle für Handel und Handwerk bei der Gauleitung Ost-Hannover und stellv. Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront war, sondern auch, weil die »nationalsozialistische Durchsetzung des Handwerks« im Kammerbezirk sich darin dokumentierte, daß 6073 Handwerker insgesamt in der NSDAP organisiert seien¹⁶⁶. Davon kamen 168 aus Gruppen der Obermeister und Kreishandwerksmeister, 4034 waren Innungsmeister (Betriebsführer) und 1871 Gefolgschaftsmitglieder, d. h. Gesellen. Zusätzlich seien 44 800 Mitglieder in der Deutschen Arbeitsfront organisiert sowie 5431 in SA und SS, weiterhin 4916 männliche bzw. weibliche Lehrlinge in der HJ bzw. im BDM; von den 6073 NSDAP-Mitgliedern ständen 50 im Rang eines Parteiführers vom Ortsgruppenleiter an aufwärts, 1000 seien NSDAP-Unterführer und die restlichen 5023 einfache Parteibuch-Mitglieder.

Diese Zahlen, die sich auf rd. 56 000 Beschäftigte im Handwerk überhaupt beziehen, sind in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. War auch das handwerkliche Resümee überzogen: »Die Parteigenossen bilden somit den Kern des handwerklichen Wirtschaftssektors im Gau Ost-Hannover«¹⁶⁷, so ist doch die starké Repräsentanz der Innungsmeister bzw. Kreishandwerksmeister auf mittlerer Parteiebene unübersehbar¹⁶⁸. Das Ergebnis innerhalb der Gesellenschaft ist demgegenüber eher dürftig zu nennen, setzt man es in Relation zur Beschäftigungszahl. Die Qualität der Repräsentation lief deutlich von oben nach unten, nicht etwa umgekehrt. Dieser Kurs, die enge Verbindung zwischen Partei und Handwerk »bis in den letzten Kreis und die letzte Ortschaft hinein«¹⁶⁹ auszubauen und zu vertiefen, wurde auch 1938 dezidiert herausgestellt, wohingegen die langjährige Personalunion mit den Ämtern innerhalb der Deutschen Arbeitsfront im gleichen Jahr aufgekündigt wurde. Heisig trat von diesem Amt zurück, womöglich ein Hinweis dafür, daß sich auf diesem Sektor aufgrund des Führungsanspruchs der Arbeitsfront besonders in der beruflichen Bildung und z. T. aufgrund unterschiedlicher Beurteilungen in der Frage der Entlohnung der Gesellen bzw. der Funktion der Gesellenausschüsse innerhalb der Betriebe Konflikte häuften¹⁷⁰. Im Gegenzug scheinen die Kontakte zur Politischen Organisation der Partei über den Gauleiter

164 Vgl. z. B. *Handwerkskammer Harburg – Wilhelmsburg. Geschäftsbericht vom 1. 4. 1936 bis 31. 3. 1937*, S. 18: »Der Nationalsozialismus kennt in seinem Weltbild keine Lücken, weder im Großen noch im Kleinen«.

165 *Ebda.*, S. 49.

166 *Ebda.*, S. 50, auch für das Folgende.

167 *Ebda.*, S. 51.

168 Vgl. auch *Das Handwerk im Gau Ost-Hannover. Geschäftsbericht der Handwerkskammer Harburg für die Zeit vom 1. 4. 1937 bis 31. 3. 1938*, S. 32 f.; vor allem Kreishandwerksmeister waren in erster Linie Kreisamtsleiter für das Amt Handwerk und Handel sowie deren Geschäftsführer zum Teil Kreiswirtschaftsberater der Partei.

169 *Ebda.*, S. 32.

170 Dieser Sachverhalt wird *ebda.*, S. 33, angedeutet; für den Zusammenhang vgl. *Chesi*, S. 107; *Schweitzer*, S. 58 ff.

Telschow (seit 1937/38 in der »Gauhauptstadt« Lüneburg) und zur Bürokratie (Regierungspräsidium Lüneburg) verstärkt worden zu sein, ein Prozeß, der allem Anschein nach zur Zufriedenheit des Handwerks verlief¹⁷¹.

Inwieweit womöglich diese forcierte Öffnung zur Partei indirekt auch von der Befürchtung diktiert war, das Handwerk könne gegenüber anderen sozialen Gruppen, insbesondere der Landwirtschaft und der expandierenden Rüstungsindustrie, in den Hintergrund gedrängt werden, läßt sich nicht mit abschließender Eindeutigkeit beantworten. Einige Indizien, vor allem die Krise im Landhandwerk seit 1936, sprechen für diese These.

In einer allgemeinen Perspektive, sowohl was die personelle Durchsetzungsfähigkeit innerhalb der NSDAP-Gliederungen, die Realisierung der Kontakte zur Bürokratie als auch die Bündnisse und Konflikte mit anderen sozialen Großgruppen (Landesbauernschaften; Zusammenarbeit mit der Industrie in der Bezirkswirtschaftskammer Hannover) angeht, muß das Urteil Winklers¹⁷², die Handwerker hätten nach 1933 genauso wenig Einfluß besessen wie vor 1933 und vor 1918, deutlich eingeschränkt werden. Das gilt zumindest für den Gau Ost-Hannover, allem Anschein nach aber auch für die Entwicklung auf Reichsebene. Es stellt sich die Frage, ob Winklers Beleg für seine These, die auf der Selbstdarstellung eines langjährigen NS-Mittelstandsfunktionärs in Berlin im Reichsstand des Deutschen Handwerks basiert, nicht stärker quellenkritisch hinterfragt werden und angesichts des verfügbaren empirischen Materials nicht neu gewichtet werden muß. Zureichender wird man davon sprechen können, daß es dem Handwerk durch eine geschickte Taktik der Rückversicherung gegenüber der Gauleitung und den höchsten politischen Instanzen in Berlin, nämlich bis 1937 Schacht, später Göring, abgestützt durch die personelle Infiltration der Partei auf lokaler und regionaler Basis, gelang, in einem traditionell kleingewerblich-mittelständischen Sektor seine Interessen bis zum Kriegsausbruch weitgehend durchzusetzen. In diesem Bemühen war das Handwerk trotz der Expansion der Rüstungsindustrie in Niedersachsen und trotz des Führungsanspruchs der Deutschen Arbeitsfront im innerbetrieblichen Bereich insgesamt erfolgreich. Erst der Kriegsausbruch schuf eine neue Situation, die den Prozeß der Integration und Stabilisierung des Herrschaftssystems nachhaltig erschütterte.

In dieser weiteren Perspektive läßt sich auch unschwer der organisierte Antisemitismus in seiner systemstabilisierenden innenpolitischen Funktion mit Blick auf die Integration von Handwerk und Kleinhandel, weniger von mittelbetrieblicher Industrie, zwischen 1933 und 1939 gewichten.

Die im Frühjahr 1933 bis in den Sommer hinein sich im übrigen Deutschen Reich häufenden aktivistischen Übergriffe seitens der Partei, und hier insbesondere der SA und der NSBO, in die Bereiche von wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Verwaltung (Behörden, Polizei), d. h. die Mobilisierung der Basis gegen die etablierte, »faule« bürgerliche Ordnung, entwickelten in Lüneburg nur bedingt eine politische Eigendynamik bzw. wurden relativ schnell aufgefangen. Anders als z. B. in den Handelskammern und Betrieben im Ruhrgebiet¹⁷³ wurde die Lage in Lüneburg dadurch charakterisiert, daß mit Burmeister der Führer der örtlichen NSDAP an die Spitze der IHK Lüneburg trat; Vergleichbares galt, wie angeführt, für den Bereich der Handwerkerorganisationen bzw. des Kleinhandels. Zusätzlich wurde

171 *Das Handwerk im Gau Ost-Hannover . . . vom 1. 4. 1937 bis 31. 3. 1938*, S. 33.

172 *Winkler*, S. 187.

173 Vgl. die knappen Hinweise bei *Dirk Stegmann*, *Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929 – 1934*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 6, Frankfurt 1976, S. 19 – 91, hier S. 65.

innerhalb der SA – abgesehen von der angesprochenen Einbindung der Führer in die Ämterhierarchie – eine gewisse Integration dadurch erreicht, daß 1933 SA-Ränge gemäß dem Göringschen Erlaß für einige Zeit hilfspolizeiliche Aufgaben übernahmen. Die Landräte, ursprünglich verunsichert durch diese Taktik, tolerierten diese Politik uneingeschränkt, nachdem der Regierungspräsident in Lüneburg sein Plazet erteilt hatte¹⁷⁴. Reibungsflächen mit der Bürokratie – in Lüneburg wurde Dr. Reschke neu ernannt – und dem Polizeipräsidenten in Lüneburg, der in Harburg residierte – hier wurde der sozialdemokratische Amtsinhaber sehr schnell von dem Nationalsozialisten Christiansen abgelöst¹⁷⁵ –, gab es aufgrund der nationalsozialistischen Ämterpolitik nicht; der langjährige Oberbürgermeister Dr. Schmidt blieb vorerst im Amt und konnte sich dank einer flexiblen Anpassungspolitik auch mit dem nazifizierten Stadtparlament auf Dauer arrangieren. Appelle, »wilde« Besetzungen wieder rückgängig zu machen, wie sie sich im Frühjahr 1933 seitens der Führung in Berlin bzw. der von Hugenberg eingesetzten Kommissare häuften, waren aus diesem Grunde im Raum Ost-Hannover und speziell in Lüneburg nicht nötig. Die Machtergreifung und Gleichschaltung stellte sich als eine stille, geräuschlose, beinahe »provinzielle« dar, was nicht bedeutet, daß die dezidierten Gegner des neuen Regimes in Lüneburg, die Aktivisten der KPD und der SPD, sofort in Schutzhaft genommen wurden; einer der maßgeblichen Männer der Lüneburger SPD, Lopau, der Mitbesitzer des Lüneburger »Volksblattes«, beging im Frühjahr 1933 Selbstmord¹⁷⁶.

Allein der mittelständische Antisemitismus, der primär völkisch, aber auch antikapitalistisch motiviert war, spielte insbesondere innerhalb der Parteibasis – weniger für die örtlichen Führer der Partei – eine gewisse Rolle. Das Handwerk in seinen Gliederungen selbst beteiligte sich an entsprechenden Aktionen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht; die Initiative ging aus von der Politischen Organisation der Partei, der SA, der NSBO und vor allem der NS-Hago, wirksam unterstützt von dem Gauleiter Telschow, der die eigentlich treibende Kraft hinter diesen Aktivitäten war¹⁷⁷. In Lüneburg tat sich auf diesem Gebiet der Kreisamtsleiter der NS-Hago, der Handlungsgehilfe Ruppel, hervor, im Verein mit dem Funktionär des lokalen Handwerksamtes Struck, dem vormaligen Geschäftsführer des örtlichen Kreishandwerkerbundes.

Zu ersten Aktionen kam es in Lüneburg bereits im Vorfeld des ersten gesamtstaatlichen antijüdischen Boykotts vom 1. 4. 1933¹⁷⁸. Am 29. März 1933 wurde das Kleinpreis-Warenhaus GUBI, das dem jüdischen Kaufmann Jacobson in Lüneburg gehörte, an den Eingängen von bewaffneten SA-Leuten besetzt; in seinem Bericht an den Regierungspräsidenten noch am gleichen Tage machte der Oberbürgermeister als Leiter der Ortspolizeibehörde geltend¹⁷⁹, daß solche »spontanen Einzelaktionen nicht unterdrückt werden sollten«, wie ihm

174 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, Nr. 21, Landrat des Kreises Burgdorf an Oberpräsident in Hannover, 3. 5. 1933, betr. Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens; Regierungspräsident Lüneburg an Landrat, 17. 5. 1933: »keine Bedenken«.

175 Vgl. dazu Anm. 106 a.

176 Persönliche Informationen der Verf.

177 Dieser Sachverhalt geht daraus hervor, daß auf Betreiben Telschows bereits im Frühjahr 1934 der langjährige Leiter des Lüneburger Stadtarchivs, Prof. Reinecke, von seinem Posten wegen einiger judenfreundlicher Passagen in seiner zweibändigen Geschichte der Stadt Lüneburg – trotz der Intervention des Oberbürgermeisters Schmidt zugunsten Reineckes und einschlägiger Gutachten seitens Berliner Professoren – abgelöst wurde, H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XVI, Nr. 406, Telschow an Regierungspräsident in Lüneburg, 15. 2. 1934.

178 Für den Zusammenhang vgl. zuletzt Pätzold, S. 53 ff.

179 St. A. Lüneburg, VI A, Nr. 17; H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XVI, Nr. 430, Ortspolizeibehörde Lüneburg an Regierungspräsident, 29. 3. 1933.

der stellv. SA-Führer, Hauptmann Ziegler, sowie der Rechtsberater der NSDAP, Rechtsanwalt Bohlmann – im übrigen vor 1933 2. Vorsitzender der rechtsbürgerlichen Not- und Kampfgemeinschaft in Lüneburg – mitgeteilt hätten. Das sei auch die offizielle Losung, die die Regierungsstellen in Berlin ausgegeben hätten: Bohlmann sei mit dieser Information gerade aus Berlin zurückgekehrt. Im übrigen solle »nur dafür gesorgt werden, daß sie [die Demonstrationen] in Disziplin abliefen«. Von daher wurden offizielle Weisungen oder Befehle an die SA nicht erteilt, lediglich sollte »Disziplin« gewahrt werden.

Wie sich dieser rechtsfreie Raum auswirkte, zeigt anschaulich das Beispiel des jüdischen Rechtsanwalts Strauß, der im März im Landgericht von SA-Leuten verhaftet wurde. Am offiziellen Boykott-Tag, dem 1. 4. 1933, wurden diese Aktionen weitergeführt und massiv ausgeweitet: SA-Posten zogen ab 10 Uhr morgens geschlossen vor den Häusern bzw. Geschäften jüdischer Kaufleute und Gewerbetreibender, Händler, vor den Büros und Praxen jüdischer Rechtsanwälte, Notare und Ärzte auf. Flugblätter wurden verteilt und Kunden fotografiert, die dennoch in jüdischen Geschäften einzukaufen versuchten¹⁸⁰. Im Verlauf dieser Aktion kam es zu einer zentralen Demonstration vor dem Kaufhaus GUBI, die dazu führte, daß das Warenhaus geschlossen werden mußte. Diese Aktionen reißen sich ein in ähnliche Maßnahmen auf Reichsebene vor und nach dem 1. 4. 1933, die, obwohl nicht offiziell von der Parteileitung organisiert, doch durch Delegation an ein zentrales Aktionskomitee unter der Führung Julius Streichers, dem unter anderem Mittelstandsfunktionäre wie von Renteln angehörten, auch die Billigung der politischen Führung der NSDAP hatten¹⁸¹. Unschwer ist zu erkennen, daß Antisemitismus, der in der Wahlbewegung zum 5. 3. 1933 kaum ein Eigengewicht entfaltet hatte, hier zum erstenmal kalkuliert als politisches Integrationsinstrument eingesetzt wurde: nach innen mit Blick auf die ideologische Ausrichtung und soziale Einbindung der alten und neuen Parteibasis und nach außen im Sinne nationaler Sammlung zur Abwehr der sog. ausländischen Greuelpropaganda, die als gezielt vom internationalen Judentum inszeniert hingestellt wurde. Innenpolitisch hatte dieser organisierte Antisemitismus zudem die Funktion, den mittelständischen Antikapitalismus auf das Judentum abzuleiten, d. h. von gleichgerichteten Aktionen gegen »arische« Warenhäuser, Konzerne, Kartelle und andere großkapitalistische Betriebsformen abzuhalten. Gerade diese Betriebe wurden ja zur Realisierung der ehrgeizigen außenpolitischen Zielsetzungen des Regimes – Autarkie und Aufrüstung – dringend benötigt. Diese doppelte Stoßrichtung brachte immer wieder Reibungszonen mit sich, denn es war dem einfachen SA-Mann nicht ohne weiteres klarzumachen, inwiefern ein Unterschied bestehen sollte zwischen identischen volkswirtschaftlichen Organisationsformen, die sich unmittelbar für den Konsumenten gleich auswirkten.

Diese Situation implizierte ein gewisses Gegeneinanderarbeiten von politischer Zentrale in Berlin und nachgeordneten Parteistellen sowie der regionalen Bürokratie. Einen selbständigen Stellenwert sollten gerade diese sog. spontanen aktivistischen Bewegungen von unten nicht entfalten, im Gegenteil, sie sollten lediglich die Funktion eines Ventils haben. Die Aufrufe seitens Hitlers und Görings, Disziplin zu wahren, zielten unmittelbar in diese Richtung, wurden aber nicht ohne weiteres von der Basis verstanden. Um die Effizienz der eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht zu gefährden, beschloß die Reichsregierung, auch den sog. Arierparagraphen der Beamtengesetzgebung in der gewerblichen Wirtschaft

180 LA vom 1. 4. 1933: Die Boykottmaßnahmen in Lüneburg.

181 Pätzold, S. 53 ff.

nicht anzuwenden. Die Reichswirtschaftsminister Schmitt und später Schacht wiesen wiederholt darauf hin, daß Boykotte und ähnliche Maßnahmen gegen jüdische Gewerbetreibende unzulässig seien¹⁸². Das gilt 1933 wie 1934, als z. B. der Leiter der NS-Hago in Lüneburg, Ruppel, in seiner Funktion als Leiter der Erhebungskommission gegen Preiserhöhungen, begleitet von Struck vom Handwerksamt, wiederum durch Postenstehen bzw. Einschüchterung der Kundschaft den Geschäftsgang im GUBI zu stören suchte. Dieses Vorgehen scheint wieder in erster Linie von der Politischen Organisation der NSDAP (Ley), sekundiert von der Gauamtsleitung der NS-Hago in Harburg-Wilhelmsburg, Ende Oktober 1934 initiiert worden zu sein¹⁸³. Schacht stoppte sofort von Berlin aus diese Aktion, und zwar unter Hinweis auf die einschlägigen Erlasse des Jahres 1933. Der sich anbahnende Konflikt zwischen Berlin und Gau-Parteistellen wurde jedoch nicht ausgetragen, sondern auf einer Ebene beigelegt, auf der die übergeordneten langfristigen Zielsetzungen des Regimes herausgestellt wurden, denen gegenüber kurzfristiger Aktionismus zurückzutreten habe. Ganz unterbunden werden konnten diese antijüdischen Aktionen aber nicht: So versuchte im Jahre 1935 der Verkäufer der antisemitischen Zeitschrift ›Der Stürmer‹, ein Arbeiter, den jüdischen Kleinpreis-Laden wieder zu boykottieren¹⁸⁴. Einzelaktionen im engeren Sinne fanden ebenfalls weiterhin statt, so als der örtliche SA-Führer Stackmann, der zum Stab der Standarte 16 gehörte, Käufer des GUBI-Warenhauses fotografierte und als »Judenknechte« beschimpfte¹⁸⁵ oder als der Kreiswalter der NS-Hago im Sommer 1935 gezielt Namen von Personen an Parteistellen weitergab, die in jüdischen Geschäften gekauft hatten, Informationen, die die Lüneburger Ortspolizeistelle an die Gestapo-Ämter weiterleitete¹⁸⁶. Von offizieller staatlicher Seite wurden diese Ausschreitungen nach innerparteilichen Verlautbarungen von Heß und Anordnungen des preußischen Innenministers Frick durch eine neuerliche Verfügung Schachts¹⁸⁷ vom 24. 8. 1935 unterbunden, wobei im Kontext unklar bleiben muß, ob – wie geplant – gegen die Aktivisten vorgegangen wurde.

Anscheinend wurden diese Konflikte zwischen staatlicher Bürokratie und Partei im Gau wieder heruntergespielt; es habe sich lediglich um »spontane« Manifestationen des »Volkszorns« gehandelt. Immerhin ist in diesem Zusammenhang deutlich, daß sich die Bürgermeister in den Kommunen und auch die Mehrzahl der Landräte bei solchen antisemitischen Aktionen zurückhielten und diese den Parteigliederungen überließen, so sehr sie auch gegenüber übergeordneten Behörden betonten, daß es »selbstverständlich ist, daß die Beamten des Staates und die Gemeindebehörden den Kampf gegen das Judentum tatkräftig zu unterstützen haben«¹⁸⁸. Während der Landrat des Landkreises Lüneburg im August 1935 konstatieren konnte, daß im Landkreis keine jüdischen Geschäfte mehr vorhanden seien, stellte der Landrat des Kreises Fallingb. in seinem Bericht an den Regierungspräsidenten

182 St. A. Lüneburg, VI A, Nr. 18, RWM Schmitt an DIHT vom 8. 9. 1933, in Abschrift an die Ober- und Regierungspräsidenten.

183 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XVI, Nr. 430, Schacht an Reg.-Präs. in Lüneburg vom 12. 12. 1934; Ortspolizeibehörde in Lüneburg an Reg.-Präs., 24. 12. 1934 (Bericht, der deutlich abzuwiegen versucht); Großhandelsgesellschaft m. b. H. (Grohag) an Schacht, 10. 12. 1934 (Beschwerde, als Anlage des Schacht-Briefes).

184 Ebda., Ortspolizeibehörde Lüneburg an Staatspolizeistelle für den Reg.-Bez. Lüneburg, Harburg – Wilhelmsburg, 11. 6. 1935.

185 Ebda., Ortspolizeibehörde Lüneburg an Reg.-Präs., 29. 8. 1935.

186 Ebda., Schreiben vom 19. 8. 1935.

187 Für den Zusammenhang dieser Aktion vgl. *Pätzold*, S. 210 ff.

188 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XVI, Nr. 430, Der Landrat des Kreises Fallingb. an den Reg.-Präs. in Lüneburg (geheim), 19. 8. 1935.

in Lüneburg vom August 1935¹⁸⁹ fest, daß in »zahlreichen Gemeinden der Provinz Hannover [...] in den letzten Wochen Plakate angebracht [worden seien] mit Aufschriften wie: ›Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr‹, ›Juden sind unerwünscht‹ usw.«; die Anbringung solcher Tafeln sei auch im Kreise Fallingbostal beabsichtigt. Nach Verkündung der Nürnberger Gesetze und im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele scheinen diese Maßnahmen zurückgenommen worden zu sein; die ideologische Ausrichtung zumal auf den Vierjahresplan 1936 tat ein übriges. Latent wirkten diese antisemitischen Strömungen aber weiter.

Antijüdischer Boykott und offener Terror führten dazu, daß sich die jüdische Landbevölkerung weg vom Land in die Städte bewegte. Diese strukturelle Bevölkerungsverschiebung läßt sich an den internen Statistiken ablesen, vor allen in den Jahren seit 1937, als sich endgültig im Zuge der Demission Schachts und anderer rechtsbürgerlicher Bündnispartner Hitlers aus der ersten Stunde die radikalen Nationalsozialisten in Partei und Staat durchsetzten. 1937 lassen sich wieder konzentrierte antisemitische Aktionen feststellen. Zum Stichtag 1. 8. 1937 erfolgte im Stadtkreis Lüneburg auch die erste Judentzählung¹⁹⁰; es existierten demnach noch 39 jüdische Einwohner. In Celle waren es 42, und in den 9 Landkreisen (Burgdorf, Celle, Dannenberg, Fallingbostal, Gifhorn, Harburg-Wilhelmsburg, Lüneburg, Soltau und Oldendorf) lebten zusammen noch 173 Juden. Am 1. 5. 1938 waren es 167, am 31. 10. 1939 lediglich 116 Personen. Insgesamt stieg die Anzahl der Juden in städtischen Gebieten leicht an, während sie in den Landgebieten abnahm. Zwischen dem 1. 5. 1938 und dem 31. 10. 1939, d. h. nach der Reichskristallnacht und bis in die ersten Monate des Krieges hinein, sank dann auch die Zahl jüdischer Einwohner in den Städten stark ab. Als gemäß einem Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 14. 7. 1938 in Ausführung der Verordnung über die Anmeldung der Vermögen der Juden vom April des gleichen Jahres auch im Landkreis Lüneburg ein Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe angelegt wurde, waren jüdische Betriebsinhaber überhaupt nicht mehr vorhanden¹⁹¹. Bei den im Kreisgebiet wohnenden Juden, insgesamt 6 Personen, handele es sich, wie der Landrat des Landkreises Lüneburg Ende November 1938 lapidar feststellte, um »2 jüdische Familien in Bleckede, die früher Viehhandel betrieben, als wohlhabend galten und auch Eigenbesitz hatten, [...] nunmehr völlig verarmt und auf die Wohlfahrtsunterstützung allein angewiesen«¹⁹² seien. In der Stadt Lüneburg selbst wurden gemäß der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. 11. 1938 die noch vorhandenen zwei größeren jüdischen Geschäfte (u. a. das Kleinpreis-Warenhaus des jüdischen Kaufmanns Jacobson) verboten und polizeilich geschlossen¹⁹³. Gleiches galt für die wenigen noch bestehenden jüdischen Einzelhandelsgeschäfte, auf deren Schließung insbesondere die Gauleitung Ost-Hannover gedrängt hatte¹⁹⁴. So wurden z. B. in Lüneburg die letzten zwei Einzelhandelsgeschäfte 1938 ebenfalls polizeilich geschlossen und in »arischen Besitz«¹⁹⁵ überführt. Inwieweit diese Aktionen auf dem Hintergrund der relativen Krise im Handwerk, insbe-

189 Ebda., Schreiben des Landrates des Kreises Lüneburg an den Leiter der Staatspolizeistelle Harburg, 15. 8. 1935; Landrat des Kreises Fallingbostal an dens., 19. 8. 1935.

190 Ebda.; und: Hann. 80, Lüneburg III, Nr. 15, Oberbürgermeister von Lüneburg an Regierungspräsident, 6. 9. 1938.

191 Ebda.

192 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, Nr. 15, Landrat an Reg.-Präs. 24. 11. 1938.

193 Ebda., Oberbürgermeister an Reg.-Präs., 10. 12. 1938.

194 Ebda., Gauleiter an Reg.-Präs., 8. 5. 1939.

195 Ebda., Oberbürgermeister an Reg.-Präs., 25. 5. 1939.

sondere auf dem Lande, und der Verschlechterung der ökonomischen Situation des Einzelhandels zu interpretieren sind, in dem Sinne, daß die forcierte antijüdische Gesetzgebung instrumental seitens der Reichsregierung, unterstützt und befördert von den Gauleitern, eingesetzt wurde, um die mittelständische Basis der Partei auf Systemkurs zu halten, muß offen bleiben. Immerhin spricht einiges dafür¹⁹⁶, daß der Kurs antijüdischer Repression direkt proportional dem Anwachsen eines relativen Krisenpotentials innerhalb von Handwerk und Kleingewerbe war. So verbesserte z. B. vor allem im übersetzten Einzelhandel im Gau Ost-Hannover die Schließung der jüdischen Betriebe – wobei die Waren in der Regel von ›arischen‹ Kaufleuten übernommen wurden¹⁹⁷ – zumindest kurzfristig die Absatzchancen in diesen Berufen; das galt weniger für den handwerklichen Sektor. In dieser Perspektive bildete der forcierte Antisemitismus seit 1937/38 zusammen mit der forcierten ideologischen Aufrüstung im Zuge des Vierjahresplans ein gewichtiges Instrument zur sekundären Integration der mittelständischen Bevölkerung im Raume Ost-Hannover, speziell auch in Lüneburg. Dadurch wurde der mittelständische Protest eingebunden, richtete sich nicht mehr, wie ansatzweise bis 1934, gegen die Unterführer des eigenen Regimes, sondern wurde ausgerichtet auf den inneren und äußeren Feind. Man kann diese Taktik mit einem gewissen Recht als eine gesteigerte, völkisch-rassistische Form sozialimperialistischer Herrschaftstechnik begreifen.

196 Vgl. dazu *Helmut Genschel*, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966, S. 157, dort die Motivation der NS-Führung: Heß an die Gauleiter, 2. 8. 1938 in diesem Sinne; vgl. auch *Richard Grunberger*, *A Social History of the Third Reich*, London 1971, S. 173.

197 So auch mittelbar der Tenor der IHK Lüneburg, vgl. *Die Industrie- und Handelskammer Lüneburg im Jahre 1938*, S. 4 f.; dort war von Plänen der Regierung die Rede, die die Schließung von 250 000 Einzelhandelsgeschäften vorsahen, um der außergewöhnlichen Übersetzung abzu- helfen. Das habe jedoch verhindert werden können.

ANHANG I

Soziale Zusammensetzung der NSDAP-Führerschaft im Raum Lüneburg nach dem Stand vom 1. 4. 1931¹⁹⁸

Gau Ost-Hannover
der N. S. D. A. P.

Gauleiter ist der frühere Polizeiobersekretär Telschow in Buchholz, Kr. Harburg.

Stellvertretender Gauleiter ist Georg Weidenhöfer, Kloostergutspächter in Burgsittensen.

Gaugeschäftsführer ist Heinrich Oltmann in Buchholz, Kr. Harburg.

Lfd.

Nr.	Ortsgruppe	Stärke	Führer	Beruf	Wohnort
<i>Kreis Harburg</i>					
1.	Harburg-Wilhelmsburg	363	H. Stummeyer	Kaufmann	Harburg-Wilhelmsburg
2.	Buchholz	56	Fr. Kayarzt	Arbeiter	Buchholz
3.	Tostedt	180	Herbert Schütte	Genossenschaftsbeamter	Tostedt
4.	Hittfeld	85	Fr. Tewes	Landwirt	Jehden
5.	Hollenstedt	26	Heinr. Behrens	Landwirt	Appel
6.	Moisburg	21	Aug. Schulz	Händler	Moisburg
7.	Welle ¹⁹⁹	15/20	Aug. Prigge	Landwirt	Welle
8.	Lauenbrück	21	z. Zt. kein Führer vorhanden		
9.	Klecken	25	Gerhard Walter	Reichsbankinspektor	Bendestorf
10.	Immenbeck	18	Wilh. Foth	Landmann	Immenbeck
11.	Jesteburg	37	Harry Maack	Tischler	Jesteburg
<i>Kreis Winsen (Lube)</i>					
12.	Winsen	40	Karl Cordes	Kaufmann	Winsen
13.	Pattensen	30	Aug. Neven	Landwirt	Pattensen
14.	Brackel	25	Ed. Köster	Landwirt	Brackel
15.	Radbruch	12	Wilh. Jürgens	Bäckergeselle	Radbruch
16.	Stelle	25	Heinr. Schön	Gärtner	Stelle
17.	Salzhausen	26	Hermann Otte	Landwirt	Salzhausen
18.	Handorf	35	Otto Schröder	Maler	Handorf
19.	Garlstorf	15	Rud. Putensen	Landwirt	Garlstorf
20.	Gödenstorf	30	Karl Petersen	Landwirt	Gödenstorf
21.	Hoopte	Noch	Heinr. Grell	Gemüsebauer	Stöckte
22.	Marxen	nicht	Georg Wedemann	Hofbesitzer	Marxen

198 H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, Nr. 97, Polizeipräsident von Harburg - Wilhelmsburg, i. V. Zenke, an Landeskriminalpolizeiamt Berlin vom 8. 4. 1931 - Geheim - Auszug; ohne die Kreise Bremervörde, Blumenthal, Geestemünde, Hadeln, Kehdingen, Neuhäus (Oste), Osterholz, Rotenburg, Verden, Zeven, Achim, Lehe und York.

199 Hier und im folgenden hat eine im Original auftauchende Sperrung keine Funktion. Allem Anschein nach handelt es sich hierbei nur um ein willkürliches Springen der Schreibmaschine.

Lfd. Nr. Ortsgruppe	Stärke	Führer	Beruf	Wohnort
23. Ramelsloh	er-	Heinr. Detje	Arbeiter	Ramelsloh
24. Schierhorn	mit-	Ernst Röhrs	Kaufmann	Schierhorn
25. Toppenstedt	telt	Herm. Martens	Hofbesitzer	Toppenstedt
<i>Kreis Lüneburg</i>				
26. Lüneburg	40	Wilh. Burmeister	Kaufmann	Lüneburg
27. Amelinghausen	30	Heinr. Hassebrauk	Kaufmann	Rehlingen
28. Echem	12	Herm. Böther	Haussohn ²⁰⁰	Echem
29. Melbeck	18	Max Wiegartner	Arbeiter	Melbeck
30. Betzendorf	10	Hans Greve	Schweinemeister ²⁰¹	Drögen- Nindorf
31. Dtsch. Evern	20	Henry Ullmar	Hofpächter	Dtsch. Evern
32. Embsen	18	Gust. Helms	Stellmacher	Embsen
33. Adendorf	10/12	Fritz Paulsen	Arbeiter	Adendorf
34. Barförde	12	Friedr. Böther	Haussohn ²⁰⁰	Barförde
<i>Kreis Bleckede</i>				
35. Neuhaus/Elbe	146	Georg Fritz	Klempnermeister	Neuhaus/Elbe
36. Barskamp	19	Karl Meyer	Landwirt	Köstorf
37. Tripkau	6	Wilh. Grädener	Tischlergeselle	Tripkau
38. Dahlenburg	30	Walter Fraß	Gastwirt	Dahlenburg
<i>Kreis Soltau</i>				
39. Soltau	300	Hans Wengert	Magnetopath ²⁰²	Soltau
40. Munster	180/200	Theod. Dette	Schlosser	Munster
41. Schneverdingen	80	Walter Bähnert	Schuhmacher	Schneverdingen
42. Neuenkirchen	35	Aug. Baden	Gärtner	Neuenkirchen
43. Bispingen	80	Karl Rüter	Haussohn ²⁰⁰	Steinkenhöfen
44. Heber	13	Gust. Lüdemann	Landwirt	Surbostel
45. Tewel	120/150	Heinr. Witte	Pflugkötner ²⁰³	Tewel
46. Uelzen	150	Friedr. Moos	Kaufmann	Uelzen
47. Bevensen	300	Franz Nagel	Elektr.-Techn.	Bevensen
48. Bodenteich	58	Otto Dierken	Ofensetzer	Bodenteich
49. Gerdau	38	Georg Gloystein	Hofbesitzer	Holthusen
50. Himbergen	22	Johann Behn	Hofbesitzer	Rohrstorf
51. Langenbrügge	39	Reinhardt Schulze	Hofbesitzer	Langenbrügge
52. Lüder	40	Heinr. Meyer	Landwirt	Lüder
53. Oitzen	90	Werner Pohlmann	Hofbesitzer	Oitzendorf

200 Wahrscheinlich ein auf dem elterlichen Hofe lebender Bauernsohn, der nicht Hoferbe war.

201 Auf einem Bauernhof für die Schweinezucht verantwortlicher Knecht mit besonderer Ausbildung.

202 Mit magnetischen Kräften behandelnder Heilkundiger, d. h. Quacksalber.

203 Landarbeiter, der ein kleines Stück Eigenland bewirtschaftet.

Lfd. Nr. Ortsgruppe	Stärke	Führer	Beruf	Wohnort
54. Suderburg	56	Albert Buhr	Altenteiler ²⁰⁴	Suderburg
55. Ebstorf	209	Otto Meyer	Kaufmann	Tatendorf
56. Hösseringen	40	Wilh. Niemann	Hofbesitzer	Hösseringen
57. Suhlendorf	20	Johann Junge	Mühlenbesitzer	Suhlendorf
58. Eimke	16	Wilh. Munstermann	Hofbesitzer	Eimke
59. Edendorf	24	Georg Oetzmann	Bäckermeister	Edendorf
60. Molzen	20	Robert Bock	Werkmeister	Molzen
61. Altenmedingen	35	Heinr. Schulz	Hofpächter	Niendorf
62. Masbrock	27	Heinr. Niebuhr	Hofbesitzer	Gollern
63. Emmendorf	30	Otto Mennerich	Landwirt	Emmendorf
64. Weste	33	Herm. Meyer	Malermeister	Weste
65. Soltendiek	18	Herm. Nieschulz	Landwirt	Bockholt
66. Bienenbüttel	20	Ernst Buchmann	Pächter	Wichmannsburg
67. Borg	15	Rolf Scharnhop	Haussohn ²⁰⁰	Borg
68. Velgen	6	Alb. Hinrichs	Hofbesitzer	Velgen
69. Römstedt	18	Heinr. Schulz	Hofbesitzer	Niendorf
<i>Kreis Lüchow</i>				
70. Lüchow	100	Fritz Schulz	Landwirt	Güstritz
71. Wustrow	24	Helmuth Dahle	Kaufmann	Wustrow
72. Dünsche	20	Paul Krahn	Gastwirt	Dünsche
73. Schnega	13	Rud. Nahtsche	Molkereihilfe	Schnega

204 Auf seinem Altenteil (entweder im eigenen, »alten« Haus oder in einem besonderen Altenteil) sitzender Bauer.

ANHANG II

Soziale Zusammensetzung der SA-Führerschaft im Raum Lüneburg nach dem Stand vom 31. 12. 1931²⁰⁵

Gausturm XIV (Ost-Hannover) Untergruppe.

Führer: Erich Hasse, M. d. R., jetzt: *Ebstorf, Krs. Uelzen*, Bahnhofstraße 210

Gausturm geldverwalter: Wilhelm Kind, Uelzen (Adjutant)



Standarte 9

(ehem. Pionierbatl. 9 in *Harburg/Elbe*)

Führer: *Buchhalter Friderici*, Harburg-Wilhelmsburg

Sturmbann . . .

(Sturm 11, 13 und Reservesturm.)

Führer: Olaf Christensen, Harburg-Wilhelmsburg

Sturm 11 (Harburg-Wilhelmsburg) 120 Mann

Führer: Wilhelm Degener, *Kaufmann*, Harburg-Wilhelmsburg

Sturm 13 (Harburg-Wilhelmsburg) 70 Mann

Führer: Erich Henning, Harburg-Wilhelmsburg

Reservesturm (Harburg-Wilhelmsburg) 30 Mann

Führer: Wilhelm Kestermann

Scharführer: unbekannt

Truppführer: unbekannt

Sturm 5 (Harburg-Land/Süd)

Führer: unbekannt

Schar Sprötze 2 Mann

Schar Drestedt 1 Mann

Schar Trelde. *Führer*: Wilhelm Manner, *Volonteur* 2 Mann

Trupp Buchholz. *Führer*: H. Menke, *Maurer*, *Steinbeck* 22 Mann

Schar Jesteburg. *Führer*: z. Zt. nicht vorhanden 6 Mann

Schar Marxen. *Führer*: Alfred Wedemann, *Landarbeiter* 10 Mann

Sturm 6 (Harburg-Land/Süd-Ost)

Führer: Nicht bekannt

Schar Heidenau. *Führer* Heinrich Oelkers

Trupp Welle. *Führer* Ernst Köster 25 Mann

Trupp Tostedt. *Führer* Schriftsetzer Hans Koch 31 Mann

Sturm 8 (Harburg-Land/Westen)

Führer: Mohrenweiser, Appel

Trupp Immenbeck. *Führer* Wilh. Foth, *Landwirt* 18 Mann

Trupp Buxtehude. *Führer* Fritz Baasch

²⁰⁵ H. St. A. Hannover, Hann. 80, Lüneburg III, XXX, Nr. 97, Polizeipräsident von Harburg – Wilhelmsburg an Landeskriminalpolizeiamt Berlin vom 31. 12. 1931 – Geheim – . Auszug; ohne die Standarte 26 (Verden).

Schar Hollenstedt	
Schar Moisburg. Führer Heinr. Wulf, Arb., Emmen	12 Mann
<i>Sturm 2</i> (Harburg–Land/Osten)	
Führer: Willi Knupper, Elektriker, Tötensen	
Schar Nenndorf	2 Mann
Schar Eckel	3 Mann
Schar Tötensen	1 Mann
Trupp Klecken. Führer Haussohn ²⁰⁰ Frommann	32 Mann
Trupp Harmstorf/Helmstorf. Führer Heinz Dedert	20 Mann
Trupp Hittfeld. Führer Martens, Harmstorf	18 Mann

Sturmbann Winsen/Luhe

Führer: Arbeiter Otto Schumann in Winsen/Luhe

Sturm (Salzhausen)

Führer: Abbauer²⁰⁶ August Meyer in Luhmühlen

Schar Garlstorf. Führer Dipl.-Ldw. Bergmann	15 Mann
Schar Eyendorf. Führer Schlachter Riekmann	
Trupp Salzhausen. Führer Aug. Maack, Hofbesitzer	20 Mann
<i>Sturm</i> (Winsen)	
Schar Borstel. Führer Haussohn ²⁰⁰ Gustav Lüllau	15 Mann
Schar Luhdorf. Führer Ldw. Alex Bleecken, Roydorf	
Schar Rottorf. Führer Milchkontrolleur Karl Gorn	15 Mann
Schar Oldershausen. Führer Arb. Herm. Bruns	8 Mann
Schar Wittorf. Führer Haussohn ²⁰⁰ Herm. Tödter	6 Mann
Trupp Stelle. Führer Otto Wilkens	16 Mann
Schar Handorf. Führer Fritz Burmester	



Standarte 16

(ehem. Dragonerregiment 16 in Lüneburg)

Führer: Wirtschaftsgehilfe Adalbert Herwig in Uelzen

Sturm 1 (Uelzen)

Führer: Wirtschaftsgehilfe Wilkens in Uelzen

5 Scharen in Uelzen/Stadt

Schar Altenmedingen. Führer Haussohn ²⁰⁰ Wilh. Lietz	10 Mann
Schar Berg. Führer Haussohn ²⁰⁰ Friedr. Schierwater	8 Mann
6 Scharen <i>Ebstorf</i> . Führer Landarb. Herm. Schulz	55 Mann
Schar Edendorf. Führer Haussohn ²⁰⁰ Arnold Müller	10 Mann
Schar Masbrock. Führer Arb. Franz Kulber	10 Mann
2 Scharen Oitzen u. Umg. Führer Ldw. Heinr. Riepe; Ldw. Werner Schulz	22 Mann
Schar Rosche. Führer Maler Heinr. Heuer	10 Mann

²⁰⁶ Wahrscheinlich Bauer, der fern vom Dorf in einer besonderen Gemarkung wohnt.

Schar Suderburg		
Schar Oldendorf. Führer Autoschlosser Müller		12 Mann
Schar Suhlendorf. Führer Landw. Arb. ²⁰⁷ Georg Zengel		14 Mann
Schar Weste. Führer Landwirt Wilhelm Gugel		9 Mann
Schar Wieren. Führer Heinrich Penshorn		10 Mann
<i>Sturm 12</i> (Dannenberg)		
Schar Bergen/Dumme. Führer Kaufmann Lilie		11 Mann
Trupp Schnega. Führer Hofbesitzer Hermann Giffey		20 Mann
<i>Sturm 5</i> (Lüneburg)		
Führer: Dr. Weber, Adendorf		
Schar Adendorf. Führer Arb. Alfred Johannsdotter, Lbg.		6 Mann
Schar Amelinghausen	} Führer Arb. Greve in Drögen-Nindorf	8 Mann
Schar Drögen-Nindorf		2 Mann
Schar Rehlingen		1 Mann
Schar Wohlenbüttel		1 Mann
Schar Bardowick	} Führer Kfm. Wilh. Schiemann, Bardowick	12 Mann
Schar Barum		2 Mann
Schar Brietlingen	} Führer Ldw. Otto Hagelberg, Brietlingen	14 Mann
Schar Harburg		3 Mann
Schar Lüdershausen. Führer Ldw. Herm. Benecke		12 Mann
Schar Embsen. Führer Stellmacher Gust. Helms		15 Mann
Schar Barförde. Führer Hofbes. Benecke, Garlstorf		7 Mann
Trupp Lüneburg. Führer Arb. Alfr. Johannsdotter		25 Mann
Schar Brackede	} Führer Ldw. Wilh. Benecke, Garlstorf	1 Mann
Schar Garlstorf		5 Mann
Schar Wendewisch		6 Mann
Schar Melbeck/Kolkhagen. Führer Ernst Benecke, Lbg.		
<i>Sturm 11</i> (Neuhaus/Elbe)		
Schar Dahlenburg. Führer Haussohn ²⁰⁰ Rud. Meyer, Köstorf		10 Mann
Trupp Barskamp. Führer Bäckergehilfe Willi Meyer		26 Mann
Trupp Neuhaus/Elbe. Führer Landw. Friedr. Poppe, Vockfey		68 Mann
Schar Laave	} Führer Adolf Hengvoss, Stixe	2 Mann
Schar Strachau		1 Mann
Schar Zeetze		6 Mann
Schar Stixe		5 Mann
Schar Caarssen	} Führer Ldw. Friedr. Poppe, Vockfey	4 Mann
Schar Rassau		2 Mann
Schar Vockfey		4 Mann
<i>Sturm 14</i> (Dannenberg)		
Führer: Knecht Heinz in Klein-Gusborn		
Scharen in Stadt und Kreis Dannenberg		72 Mann
<i>Sturm 15</i> (Lüchow)		
Führer: Landwirt Alfred Schulze in Güstritz		
Trupp Wustrow. Führer Arb. Alwin Becker		19 Mann

207 Landarbeiter.

Schar Steine. Führer Schmiedeges. Alb. Böhme in Steine	4 Mann
Schar Weddewitz. Führer Ldw. Eleve, Alb. Grau in Gohlau	8 Mann
Schar Dünsche. Führer Haussohn ²⁰⁰ Heinr. Dresch, Pannecke	11 Mann
Schar Meetschow. Führer Hofbes. Otto Ostermann	8 Mann
Schar Gorleben. Führer Kfm. Bernh. Zinziow	5 Mann
2 Scharen Lüchow. Führer Angst. W. Kühne und Drogist W. Zabel . . .	20 Mann
Truppführer Wustrow/Steine: Schreiber Alb. Wolter in Canse	
Truppführer Dünsche/Meetschow/Gorleben: Kfm. Bernhard Zinziow in Gorleben	
Truppführer Lüchow: Ldw. Alfred Schulze in Güstritz	

Sturm (Soltau)

Führer unbekannt

Trupp Soltau. Führer Karl Hilker, Wolterdingen	30 Mann
Schar Munster-Lager. Führer Anton Scheidt, Schmiedeges. Munster . .	15 Mann
Schar Neuenkirchen. Führer Fuhrm. Otto Meyer, Neuenk.	12 Mann
Schar Schneverdingen. Führer Emil Siebel, Schleifer, Dannhorst.	